



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



1
—
18

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Frühjahr 2018 jährt sich die Gründung der „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfH) zum hundertsten Mal, ein Datum, das man mit guten Argumenten als Beginn der institutionalisierten politischen Bildung in Deutschland betrachten könnte. Noch im Kaiserreich als Institution für staatliche „Aufklärungsarbeit“ ins Leben gerufen, existierte die Reichszentrale in der Weimarer Republik bis 1933, bis sie vom nationalsozialistischen Regime aufgelöst wurde. 1952 entstand mit der Bundeszentrale für Heimatdienst ihre Nachfolgebehörde. Gudrun Hentges beschreibt in diesem Heft, wie es zur Gründung der Reichszentrale kam und welches Profil ihre Arbeit hatte.

Vom 15. bis 17. Mai 2018 veranstaltet die Landeszentrale in Augsburg einen Kongress zum Thema „100 Jahre Politische Bildung“, der sich unter anderem diesem und anderen wichtigen Themen der politischen Bildung widmet (Informationen demnächst auf www.blz.bayern.de).

Weitere Beiträge in diesem Heft:

Im letzten Teil seiner Serie über den russischen Revolutionszyklus 1905-1932 erklärt Klaus **Gestwa**, wie die kommunistischen Machtkader schrittweise das Erbe der Revolution in die sowjetische Diktatur transformierten. Die Serie wird auch als Monographie bei der Landeszentrale erscheinen.

Elisabeth **Joris** kommentiert anlässlich des Films „Der göttliche Weg“ den langen Weg der Schweiz zum Frauenwahlrecht.

Das Autorenteam **Spath/Lange/Ortloff** beschreibt, wie sich aus Sicht der Unternehmen die Digitalisierung die Arbeitswelt verändern wird und was dafür getan werden muss.

Bernhard **Sauer** berichtet über den sogenannten „Röhm-Putsch“ 1934, bei dem die führende NS-Riege unter dem Deckmantel der Niederschlagung eines angeblich bevorstehenden Umsturzversuchs große Teile der SA-Führung sowie einige Regimegegner inhaftieren bzw. ermorden ließ.

Im diesmaligen Interview spricht Tim **Frohwein** mit Jimmy Hartwig über Dinge, die ihn antreiben.

Schließlich stellt Ulla-Britta **Vollhardt** die derzeit im NS-Dokumentationszentrum München zu sehende Sonderausstellung „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“ vor.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Die Redaktion

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmbw.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Dipl.-Soz. Tim Frohwein ist Pressesprecher bei der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) sowie Lehrbeauftragter für Soziologie und Kommunikation.

Prof. Dr. Klaus Gestwa ist Lehrstuhlinhaber und Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen.

Prof. Dr. Gudrun Hentges habilitierte sich zum Thema „Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“ und ist Lehrstuhlinhaberin für Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Universität zu Köln.

Dr. phil. Elisabeth Joris ist frei schaffende Historikerin in Zürich. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Frauen- und Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Dr. Thomas Lange ist Leiter des Themenschwerpunkts Bildung und Fachkräfte bei acatech.

Luise Ortloff ist Wissenschaftliche Referentin bei acatech.

Dr. Bernhard Sauer ist Historiker und hat mit einer Arbeit über die „Schwarze Reichswehr“ promoviert.

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Dieter Spath, Institutsleiter Fraunhofer IAO und IAT Universität Stuttgart, ist Präsident von acatech und Co-Gastgeber des Human-Resources-Kreis von acatech und der Jacobs Foundation.

Dr. Ulla-Britta Vollhardt ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am NS-Dokumentationszentrum in München.

Inhalt



Frontdienst – Heimatdienst – politische Bildung

Ein Jahrhundert Reichszentrale für Heimatdienst
von Gudrun Hentges

4



Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 4: Geschehnisse, 1918-1932
von Klaus Gestwa

16



Der sogenannte „Röhm-Putsch“ - eine Zäsur in der Geschichte des nationalsozialistischen Regimes

von Bernhard Sauer

42

Das Frauenstimmrecht in der Schweiz – Geschichte eines scheinbaren Anachronismus

von Elisabeth Joris

54



Arbeit mit Zukunft – Die digitale Transformation gestalten

von Dieter Spath, Thomas Lange und Luise Ortloff

68

Rechtsextremismus revisited. Die Sonderausstellung

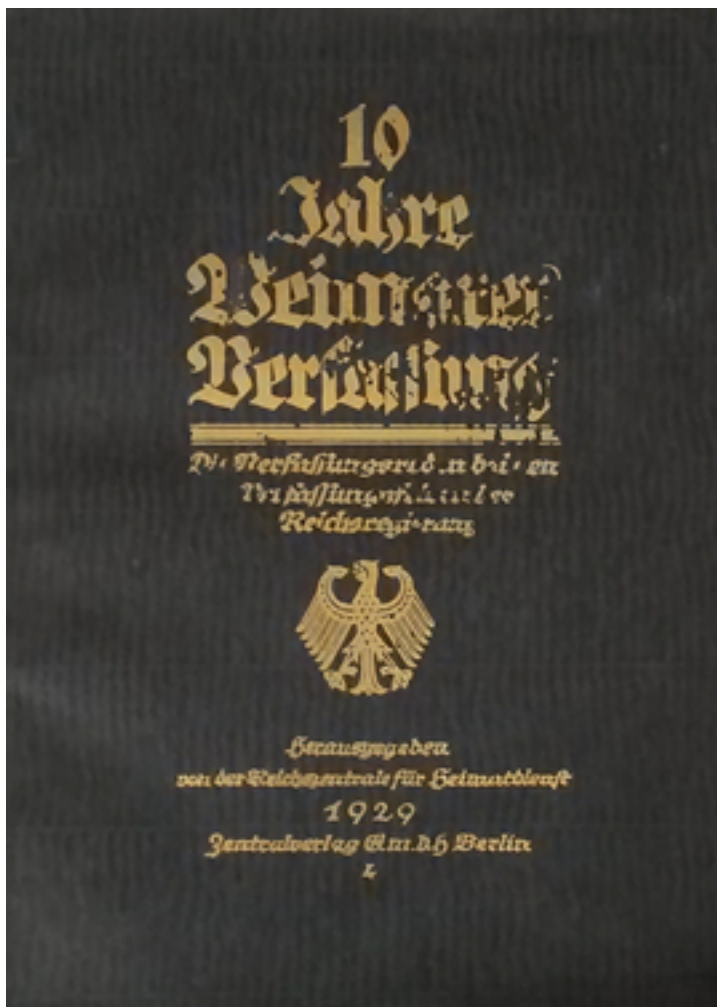
„Nie wieder. Schon wieder. Immer noch.
Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“

von Ulla-Britta Vollhardt

74

Frontdienst – Heimatdienst – politische Bildung: Ein Jahrhundert Reichs- zentrale für Heimatdienst

von Gudrun Hentges



Im Dienst der Republik: Broschüre der Reichszentrale für Heimatdienst zum zehnjährigen Bestehen der Weimarer Verfassung
Quelle: RfH

Das Jahr 2018 bietet Anlass, an verschiedene Jahrestage zu erinnern: am 9. November vor 100 Jahren fand die Novemberrevolution statt, am 11. November endete der Erste Weltkrieg mit Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, am 12. November erhielten Frauen das aktive und passive Wahlrecht in der Weimarer Republik, der ersten Demokratie auf deutschem Boden.

Weniger Aufmerksamkeit hingegen erfährt der 100. Jahrestag der Gründung der „Reichszentrale für Heimatdienst“, die weitgehend in Vergessenheit geraten ist – jedoch im Kontext einer Studie zu „Staat und politische Bildung“ nicht ignoriert werden darf.¹

Aus der heutigen Perspektive wirkt der Begriff „Heimatdienst“ merkwürdig antiquiert, denn er verknüpft den ambivalenten Begriff „Heimat“ mit dem Begriff „Dienst“. Während Heimat auf die Beziehung zwischen Menschen und Raum rekurriert und damit auf den Ort verweist, an dem die frühe Sozialisation einer Person erfolgt ist, verweist der „Dienst“ – je nach Interpretation – auf eine dienende Tätigkeit, auf die Erfüllung von Pflichten und weckt Assoziationen an eine dienende Haltung des Sich-Unterwerfens. Der Begriff „Heimatdienst“ legt nahe, dass der einzelne Staatsbürger der Heimat zu dienen habe.

Vorgeschichte der Gründung der Reichszentrale für Heimatdienst

Begibt man sich auf die Spurensuche, so landet man im Deutschen Kaiserreich, genau genommen in der letzten Phase des Ersten Weltkriegs (1914 - 1918). Zu propagandistischen Zwecken wurde eine „Zentrale für Frontdienst“ errichtet, die sich an die kämpfenden Truppen richtete und deren Kampfmoral und Durchhaltewillen stärken sollte. Der Unterricht für die Truppe sah vor, dass Diskussionen während der Unterweisungen nicht nur unerwünscht, sondern sogar verboten waren.

Die Propaganda im Ersten Weltkrieg hatte zunächst die kämpfenden Truppen und damit die Kriegsfrente im Blick; ab 1916/1917 gewann die „Heimatfront“ an Bedeutung. Aus den ersten Anfängen einer Einflussnahme auf die politische Stimmung innerhalb der Bevölkerung kristallisierte sich schließlich im März 1918 eine organisatorische Struktur heraus: die Zentrale für Heimatdienst.

Folgt man der Aussage des Vorsitzenden des Parlamentarischen Beirats der RfH, Senatspräsident Schulte, so verdankte sie ihre „Entstehung den politischen Verhältnissen und dem Charakter der Volksstimmung, die [sich] in Deutschland [...] im Sommer 1917 in der Heimatbevölkerung entwickelt hatten.“ Schulte traf in seiner Rede anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Reichszentrale die Einschätzung, dass die „bisherige Form der Propaganda und Aufklärung, wie sie das militärische Kriegspresseamt und die Generalkommandos betrieben“, in der Zivilbevölkerung nicht die erhoffte Wirkung hervorgerufen habe und auch nicht vertrauensvoll angenommen wurde. Darüber hinaus wollte die Reichsregierung, namentlich Reichskanzler Graf Hertling, die starke militärische Einflussnahme auf innerpolitische und zivile Angelegenheiten zurückdrängen.² Adressatin dieser Zentrale für Heimatdienst war die sogenannte Heimatfront und es galt, deren Durchhaltewillen und Kampfgeist zu stärken. In diesem Prozess vermied es die Reichszentrale absichtlich, öffentlich als solche aufzutreten. Stattdessen versuchte sie, durch die „großen innerdeutschen Organisationen des Volkslebens“ und durch die „großen Berufsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft als den Trägern des sozialen Lebenswillens“ zu wirken und vermittelte über diese Organisationen die Stimmung in der Bevölkerung zu beeinflussen.³

Noch vor der offiziellen Gründung der Reichszentrale richtete sich die Propaganda in Sachen Heimatdienst auch speziell an Frauen. So erschien im Jahre 1916 die Schrift „Heimatdienst im ersten Kriegsjahr“ – mit einer Einführung von Gertrud Bäumer – im Jahrbuch des Bundes Deutscher Frauenvereine.

¹ Vgl. Gudrun Hentges: Staat und politische Bildung. Von der „Zentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“, Wiesbaden 2013.

² 10 Jahre Reichszentrale für Heimatdienst, in: Mitteilungs-Blatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst, Nummer 5 v. 01.03.1928, 9. Jahrgang, S. 1.

³ Ebd.



Antikriegsdemonstration im Berliner Lustgarten am achten Jahrestag des des Beginns des Ersten Weltkriegs, 30. Juli 1922
Foto: ullstein

Konkreter Anlass, um eine solche Zentrale zu errichten, waren pazifistische Bewegungen, die mit Aufständen, Streiks und Demonstrationen dafür kämpften, dass das Deutsche Kaiserreich kapitulieren und einen Friedensvertrag unterzeichnen solle, um somit dem verlustreichen Krieg ein Ende zu setzen. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte sich eine Friedensbewegung formiert – im Kampf gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Auch im Laufe und vor allem gegen Ende des verlustreichen Krieges machte sich die Friedensbewegung stark für eine Ende des Blutvergießens. Sie forderte die Reichsregierung dazu auf, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, um somit dem Krieg ein Ende zu bereiten. Dieses Bündnis umfasste u.a. KriegsgegnerInnen in der SPD, in der Gruppe Internationale, im Spartakusbund, in der USPD sowie unter Gewerkschaftern und Pazifistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung. Gemeinsam war ihnen das Ziel, den verlustreichen und blutigen Krieg zu beenden. In zahlreichen Regionen des Deutschen Reiches kam es zu Protesten, Aufständen und Streiks. Vor dem Hintergrund dieser pazifistischen Bewegungen innerhalb der Zivilbevölkerung befasste sich der Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Erhard Deutelmoser, ab Winter 1917/1918 mit den Plänen über die Errichtung einer zivilen Aufklärungsstelle. Diese sollte zunächst unter dem Begriff „Zentrale für Heimatdienst“ firmieren.



Erhard Deutelmoser – Chef des Kriegspresseamtes bei der Obersten Heeresleitung, Leiter der Presseabteilung im Auswärtigen Amt und Pressechef des Reichskanzlers, Aufnahme um 1916
Foto: ullstein/Nicola Perscheid

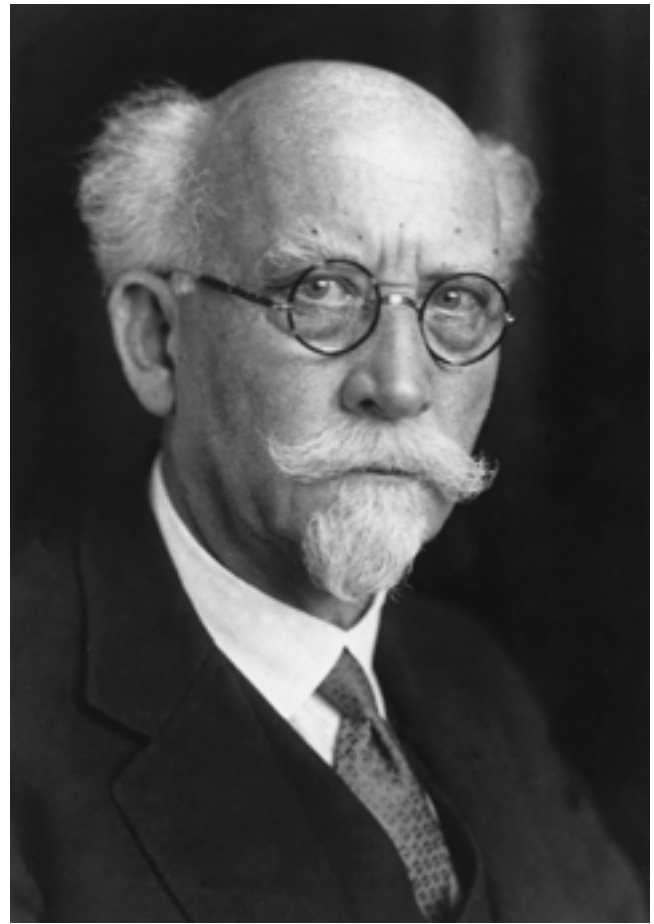
Während sich die militärische Aufklärung vor allem auf die Armee konzentrierte, sollte sich die Zentrale für Heimatdienst an „den weniger standfesten Teil der Arbeiterschaft“ richten und die „breiten Volksmassen, besonders in den größeren Städten“, ansprechen. Dieser Adressatenkreis sollte im Sinne der Regierung beeinflusst werden.⁴

Die „Zentralstelle für Heimataufklärung“ (ZfH), geleitet von dem deutschen Offizier Erhard Deutelmoser nahm am 1. März 1918 ihre Arbeit auf. Es war erklärtes Ziel der ZfH, die sog. Heimatfront dahingehend zu beeinflussen, dass sie die Kriegspolitik der Reichsregierung – und auch die damit verbundenen Opfer – mitzutragen bereit war. An die Stelle des sperrigen Begriffs trat im Laufe des Sommers 1918 die Bezeichnung „Zentrale für Heimatdienst“.

.....
4 Erhard Deutelmoser: „Die politische Mobilmachung für den Frieden“, zit. n. Klaus Wippermann: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 114), Bonn 1976, S. 29.



Matthias Erzberger, um 1920. 1921 wurde er von Mitgliedern der Brigade Ehrhardt als Vertreter der verhassten Republik ermordet.
Foto: sz photo/Scherl



Philipp Scheidemann – Reichsministerpräsident bis 20. Juni 1919
Foto: ullstein

Mit dem Umbau der Reichsregierung im Oktober 1918 veränderten sich die Zuständigkeiten: Fortan unterstand die ZfH der Kontrolle des Staatssekretärs Matthias Erzberger. Der Zentrum-Politiker fungierte als Bevollmächtigter der deutschen Regierung und leitete die Waffenstillstandskommission. In dieser Funktion unterzeichnete er am 11. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne, welches zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Westmächten Frankreich und Großbritannien geschlossen wurde. Mit Unterzeichnung dieses Abkommens endeten die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs.

Infolge der Novemberrevolution 1918 konstituierte sich ein Rat der Volksbeauftragten als Übergangsregierung, in dem die SPD und die von ihr abgespaltene USPD vertreten waren. In dieser Phase der politischen Turbulenzen nutzte Erzberger die ZfH im Interesse der neuen Reichsregierung unter Leitung von Friedrich Ebert.⁵ Am

9. November, dem Beginn der Novemberrevolution und dem Sturz der Monarchie, druckte und verbreitete die ZfH Plakate, deren politische Aussagen darauf ausgerichtet waren, die Politik von Friedrich Ebert zu flankieren, zu legitimieren und massenwirksam zu verbreiten.

Aufgrund eines Beschlusses der Übergangsregierung, dem Rat der Volksbeauftragten, vollzog sich im Laufe des Novembers eine erneute Verschiebung der Zuständigkeit. Fortan unterstand die ZfH Philipp Scheidemann. Der SPD-Politiker Scheidemann hatte am 9. November 1918 die Republik ausgerufen und wurde vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert mit der Regierungsbildung beauftragt. Für eine Übergangszeit – von der Regierungsbildung am 13. Februar bis zur Annahme der Weimarer Verfassung am 20. Juni 1919 – fungierte Scheidemann, beauftragt durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, als Reichsministerpräsident.

Die propagandistische Tätigkeit der ZfH konzentrierte sich in den Monaten Dezember 1918 bis Januar 1919 in erster Linie darauf, die politischen Entscheidungen des

.....
⁵ Die Weimarer Nationalversammlung wählte den SPD-Politiker Friedrich Ebert im Februar 1919 zum ersten Reichspräsidenten.

Rats der Volksbeauftragten propagandistisch zu verbreiten. Die Aktivitäten der ZfH umfassten vor allem Rednerschulungen und Plakataktionen. Zugleich wird deutlich, dass die Propaganda darauf ausgerichtet war, politische Strömungen zu bekämpfen, die sich links von der Sozialdemokratie und der USPD formiert hatten. Der politische Kampf und die Propaganda waren vor allem gegen den Spartakusbund gerichtet, aus dem im Januar 1919 die KPD hervorging. Politisches Ziel des Spartakusbundes war die Errichtung einer gesamtdeutschen Räterepublik.

Erst im November 1919 erhielt die Zentrale ihren endgültigen Namen, den sie im Laufe der Weimarer Republik behalten sollte. So verkündete der Chef der Staatskanzlei, dass diese Behörde künftig als „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfH) firmieren solle. Flankiert wurde ihre Arbeit ab Januar 1920 durch die Gründung des Deutschen Zentralverlags, in dem die RfH-Publikationen betreut und gedruckt wurden. Als Ableger des Deutschen Zentralverlags wurde 1922 der Deutsche Lichtbilddienst gegründet. Sowohl der Zentralverlag als auch der Lichtbilddienst waren privatrechtlich organisiert und Eigentum der Reichszentrale.

Nach einer ausführlichen Debatte legte der Deutsche Reichstag in seiner Entschließung vom 5. Juli 1921 die Aufgaben der Reichszentrale für Heimatdienst wie folgt fest: „Die Reichszentrale für Heimatdienst dient der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen.“⁶

Zu den Aufgaben zählte die Finanzierung von Rednern und die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen. Von der Reichszentrale wurde erwartet, dass sie bei den Veranstaltungen jeweils die Position der Reichsregierungen zu propagieren habe. Als offizielles Organ der Reichszentrale erschien ab August 1920 alle zwei Wochen die Zeitschrift „Heimatdienst“, deren Funktion in der publizistischen Aufklärungsarbeit bestand. Mit der Eingliederung der RfH in die Reichskanzlei (1. April 1927) unterstand diese ab sofort dem jeweils amtierenden Reichskanzler und konnte von ihm im Sinne eines Propaganda-Instruments politisch genutzt werden.

Arbeit und Organisation der Reichszentrale für Heimatdienst

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der RfH erschien ein Band unter dem Titel „Zehn Jahre Reichsheimatdienst“. Die in diesem Band versammelten Beiträge beleuchteten die erste Dekade der Arbeit der RfH in der noch jungen Demokratie auf deutschem Boden.



Inhalt.	
	Seiten
Vorwort	3
Arbeit und Organisation des Reichsheimatdienstes. Von Ministerialrat Dr. Strauß	7
Zehn Jahre Reichsheimatdienst. Von Reichsminister a. D. Dr. Marx, M. d. R.	21
Warum ich Ministerialrat des Reichsheimatdienstes bin. Von Professor Dr. Kurt Hübner	31
Probleme der politischen Volkserziehung. Von Ministerialpräsident Dr. Edmund Spangenberg	36
Wissenschaft und Volkserziehung. Von Professor Dr. Dr. Heffner, M. d. R.	56
Volkserziehung und Massenpsychologie. Von Dr. G. Schulze-Pfleger	61
Heimatschutz und Führerbildung. Von Reichsminister des Innern Karl Heineking	73
Erziehung zum Staat. Von Hugo Haack-Kordensfeld	81

6 Entschließung des Deutschen Reichstags vom 5. Juli 1921, zit. n. Marr: Zehn Jahre Reichsheimatdienst. Wesen und Aufgabe der Reichszentrale für Heimatdienst, in: Zehn Jahre Reichsheimatdienst, hg. von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1928, S. 21–30, hier S. 21.

Publikation „Zehn Jahre Reichsheimatdienst“, hg. v. d. Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1928. Fünf Jahre später wurde die Institution aufgelöst. Quelle: RfH



Ein wichtiges Thema der Reichszentrale waren die Folgen des Versailler Vertrages wie die Abstimmungen über die östlichen Grenzgebiete oder die Reparationen.
Foto oben: sz photo/Scherl

Der langjährige Leiter der RfH, Richard Strahl, befasst sich in seinem einleitenden Beitrag mit grundlegenden Fragen. Den Ausgangspunkt der Arbeit der RfH formuliert er wie folgt: „Bei der wesentlich erweiterten und gesteigerten Mitwirkung des Volkes am öffentlichen Leben liegt es nicht nur im Interesse des Staates, sondern auch des Staatsbürgers selbst, daß die objektive Unterrichtung über die Geschehnisse und Zusammenhänge des politischen Lebens zur Vervollkommnung und Vertiefung des politischen Wissens und der politischen Urteilsfähigkeit auch der breiten Massen gewährleistet wird.“⁷

Da dem „heutigen Staatsbürger“ eine Verantwortung zugeschoben worden sei, müsse dieser über Sachkenntnis und Urteilsvermögen verfügen, um der neuen staatsbürgerlichen Verantwortung gerecht zu werden. Demnach habe man dem Staatsbürger auch die Gelegenheit zur Aneignung von Sachkenntnis und Urteilsvermögen zu geben. Dieser Gedanke, dass der Staatsbürger über die Voraussetzungen verfügen müsse, um seiner Verantwortung gerecht zu werden, findet seinen Ausdruck, so Strahl, auch in der Verankerung des staatsbürgerlichen Unterrichts in der Schule.⁸

7 Richard Strahl: Arbeit und Organisation des Heimatdienstes, in: Zehn Jahre Reichsheimatdienst, hg. von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin 1928, S. 7-20, hier S. 7.

8 Ebd.



Quelle: RfH/www.bpb.de

Strahl brachte zum Ausdruck, dass der Krieg und auch die Entwicklung nach Ende des Ersten Weltkriegs „auch den letzten Volksgenossen die Augen darüber geöffnet [habe], wie stark die Entscheidung des Staates in das Schicksal des Einzelnen eingreift.“ Diese Erkenntnis, dass das staatliche Handeln direkte Auswirkungen auf den Einzelnen habe, habe zu einer „raschen Politisierung des deutschen Volkes beigetragen.“⁹ Zugleich sei auch deutlich geworden, dass für den Einzelnen, der seinen staatsbürgerlichen Pflichten nachgehen wolle, nicht nur die „richtige Einstellung gegenüber den Fragen des alltäglichen Lebens“ erforderlich, sondern „auch die Kenntnis der größeren Zusammenhänge nützlich und notwendig“ sei.¹⁰ Auch wenn in den Zeitungen oder in öffentlichen Veranstaltungen über Neuigkeiten berichtet werde, so müsse man jedoch berücksichtigen, dass Printmedien und politische Reden immer durch politische Standpunkte

9 Ebd.

10 Ebd.

gefärbt seien. Um hier ein Gegengewicht zu schaffen, sei es Aufgabe des Staates, „eine objektive staatsbürgerliche Unterweisung sicher zu stellen“. Hier handelt es sich laut Strahl „schlechterdings [um] ein lebenswichtiges Interesse an der politischen Qualität seiner Bürger“.¹¹ In der folgenden Passage wird nicht nur die Dringlichkeit deutlich, die Strahl einem solchen „Reichsheimatdienst“ beimaß; deutlich wird an der Terminologie („Gemeinschaft, wie sie in Nation und Staat verkörpert ist“) ebenso, dass Strahl von der Prämisse der Existenz einer in sich homogenen Volksgemeinschaft ausgeht, die es zu erhalten gelte. Somit bewegt er sich letztlich in der Gedankenwelt der völkischen Ideologie, die ihre Wurzeln in der völkischen Bewegung des 19. Jahrhundert hat.¹²

„Denn gerade vom Standpunkt der Gemeinschaft, wie sie in Nation und Staat verkörpert ist, ist es von größter Bedeutung, daß der einzelne Staatsbürger für seine politischen Pflichten gegenüber der Gesamtheit auf das beste vorbereitet und geschult ist. Beruht doch heute in dem Zeitalter des Volksstaates und des Selbstbestimmungsrechts Gesundheit und Kraft eines Staates im höchsten Maße auf dem Gemeinsinn und den politischen Fähigkeiten des Volkes.“¹³

Der Staat müsse im Zuge der Volkserziehung dazu beitragen, dass die „wirklichen Zusammenhänge, die realen Kräfteverhältnisse, die tatsächlichen Grundlagen des politischen und wirtschaftlichen Geschehens“ für den einzelnen Staatsbürger klar erkennbar seien.¹⁴ Dies sei vor allem von Bedeutung in einer „Zeit des Kämpfens und Ringens um staatliche Selbsterhaltung und Geltung“.¹⁵ Die Fragen der Volkserziehung und somit auch für den Reichsheimatdienst entscheiden laut Strahl über die „Lebens- und Schicksalsfragen für den Staat“.¹⁶

Er wirft die Frage danach auf, in welcher Weise der Staat denn dieser „schwierigen und delikaten Aufgabe [...] gerecht werden und was verlangt und was geboten werden könne.“¹⁷ Immer wieder betont er in seinem grundlegenden Beitrag, dass es der Reichszentrale keineswegs um reine Nachrichtenvermittlung gehe, sondern dass sie bestrebt sei, die „zusammenfassende Darstellung ganzer politischer

Gebietskomplexe“ dem Staatsbürger zu vermitteln. Es gehe also darum, die politische Lage und die Geschehnisse den breiten Massen des Volkes verständlich zu machen, aber auch darum, „das Verständnis und die Urteilsfähigkeit insgesamt allmählich zu heben“.¹⁸ Das Ziel der Arbeit bestehe in der Vermittlung der „elementare[n] Kenntnisse über die dauernden Grundlagen und Grundfragen der deutschen Politik“.

In diesem Sinne sind laut Strahl vor allem die folgenden Themen von Bedeutung für den Reichsheimatdienst: die Reichsverfassung, der Aufbau des Reiches und der Länder, die Gesetzgebung, der Reichshaushalt, die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, der Staat und die Gemeinden, die Lage der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen, die Beziehungen zu anderen Staaten, die Auswirkungen des Friedensdiktats, die Reparationslasten, der Völkerbund, die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage, die wirtschaftlichen Grundlagen der Gegenwart, der Stand der Sozialgesetzgebung sowie kulturelle Aufgaben und Leistungen.¹⁹

Auch die von Strahl vorgenommene Abgrenzung gegenüber der Verbreitung von „totem Wissen“ deutet darauf hin, dass die Reichszentrale jenseits der Wissens- und Nachrichtenvermittlung weitreichendere Ziele verfolgte, wie dies auch in der folgenden Passage deutlich wird: „In diesen Überlegungen liegt schon der Hinweis, daß es auf politischem Gebiet jenseits der reinen positiven Kenntnisse etwas gibt, was den wahren Sinn aller Volksaufklärung ausmacht. Politische Aufklärung ist staatsbürgerliche Volkserziehung. Ihr letzter Zweck kann es nicht sein, totes Wissen zu verbreiten, sondern denkende, wollende und handelnde Staatsbürger mit ausgeprägtem Staatsbewußtsein heranzubilden. Die Kenntnisse sollen dazu dienen, der vernünftigen, sachkundigen Beurteilung der politischen Verhältnisse gegenüber der Unwissenheit, der Unsachlichkeit, der Phrase und der Verhetzung zum Siege zu verhelfen. Abschwächung und ritterlicher Austrag der inneren Gegensätze, Toleranz gegenüber einem Gegner, dessen wirkliche Lage man versteht, Gemeinschaftsbewußtsein gegenüber den Volksgenossen im Ganzen wie im Einzelnen: Alles diese für Deutschlands Wiederaufstieg so entscheidenden Imponderabilien sind nur durch Steigerung der staatspolitischen Einsicht, also im Wege der Aufklärung, volkserzieherisch zu erreichen. Man darf erwarten, daß durch eine zielklare, sachliche und parteipolitisch neutrale Volksaufklärung unbestreitbarer Erkenntnisse

11 Ebd., S. 8.

12 Stefan Breuer: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt 2008.

13 Strahl (wie Anm. 7), S. 8 f.

14 Ebd., S. 9.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 9 f.

19 Ebd., S. 10.

allmählich der Grundstock des wirklich unbestrittenen Wissens und Willens um Staat und Volk mehr und mehr verstärkt wird und daß die Grenze zwischen dem, was alle politischen Anschauungen als nationales Gemeingut anzusehen bereit sind, und dem noch Strittigen immer wieder vorgerückt wird. Das wird mittelbar wieder dem Gedanken der Volksgemeinschaft und seiner Verwirklichung zugute kommen. Natürlich kann und soll auch der Kampf der Weltanschauungen und Parteien und der Wettstreit der wirtschaftlichen Interessen selbst durch die umfassendste Volkserziehungsarbeit nie beseitigt, sondern nur entgiftet und eingeschränkt werden.“²⁰

Wie sich Strahl die Arbeit und Organisation der Reichszentrale vorstellt, wird an diesen Passagen bereits sehr deutlich. Durch die Einberufung eines 15-köpfigen Kuratoriums, bestehend aus Repräsentanten der im Reichstag vertretenen großen Parteien, sollte die parlamentarische Kontrolle erfolgen. Seit 1928 vertrat mithin Joseph Goebbels, der später als Propagandaminister Berühmtheit erlangen sollte, die NSDAP im Kuratorium.

Abstimmungskämpfe

Deutlich wird die Funktion der Reichszentrale vor allem mit Blick auf die Abstimmungskämpfe in den ehemaligen deutschen Gebieten (Eupen und Malmedy, Nordschleswig, Südliche Teile Ostpreußens, Ostoberschlesien). Entsprechend der Vereinbarungen mit den Alliierten sollte die Bevölkerung dieser Regionen darüber abstimmen, ob die Gebiete dem Deutschen Reich zugeschlagen oder in das Staatsgebiet der Nachbarstaaten Belgien, Dänemark und Polen eingegliedert werden sollten. Zugleich war es der Reichsregierung untersagt, in den Abstimmungsgebieten propagandistisch tätig zu sein. Die Alliierten wollten auf diese Weise eine Beeinflussung der Abstimmungskämpfe durch die Reichsregierung vermeiden. Vor dem Hintergrund dieser territorialen Auseinandersetzungen eröffnete sich mit der Reichszentrale die Möglichkeit, das Abstimmungsverhalten zu beeinflussen, ohne direkt die vertraglichen Verbote zu verletzen.²¹

Die Reichszentrale wählte aus dem Kreis ihrer Vertrauensmänner insbesondere Verwaltungsbeamte, Lehrer, Juristen, Bürgermeister und Redakteure aus und bildete sie im Rahmen von „Redner-Schulungswochen“ fort. Die Zentraleitung der Reichszentrale lud prominente Redner in größere Städte ein und veranstaltete „Staatsbürgerliche

Lehrgänge“, die Landesabteilungen initiierten und organisierten „Staatsbürgerliche Bildungstage“ auf Kreisebene unter Beteiligung ihrer Vertrauensmänner.²²

Schätzungsweise umfasste der Kreis der Vertrauensmänner ca. 25.000 ehrenamtliche Mitarbeiter. Daraus kristallisierte sich eine kleinere Gruppe von 200 Referenten heraus, die die ehrenamtlichen Träger der Reichszentrale waren. In Einklang mit dem Prinzip der Dezentralisierung der propagandistischen Arbeit wurden neben der Reichszentrale, die zunächst nur ein kleines Büro in Berlin unterhalten hatte, auch 17 Landeszentralen für Heimatdienst aufgebaut. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats der Reichszentrale, Schulte, trifft in seiner Rede (1928) die Einschätzung, dass die Reichszentrale durch diese Struktur in sich den „Charakter einer Behörde und einer freien Volksorganisation verkörpere“.²³

Weimarer Republik: Staatsbürgerliche Erziehung, Heimatdienst und Propaganda

Wie Klaus Wippermann in seiner detaillierten Studie nachweisen konnte, war die Reichszentrale in der Weimarer Republik ein Instrument der Propaganda und diente der direkten und indirekten Beeinflussung der Bevölkerung.²⁴

Von 1920 bis 1933 erschienen 14-tägig Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst unter dem Titel „Der Heimatdienst“.²⁵ Ferner publizierte die RfH zwischen September 1919 und Februar 1933 insgesamt 233 Richtlinien nicht nur zu staats-, wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, sondern auch zu innen- und außenpolitischen Fragen und grenzpolitischen Problemen. Zu nennen sind hier beispielsweise „Das deutsche Selbstbestimmungsrecht“, „Bildung und Politik“, „Was uns in Oberschlesien verloren ging“, „Unsere Not – Unser Lebenswille“, „Friedensvertrag, Reparationen und Deutschlands Not“, „Deutschlands Schicksalsstunde!“, „Deutschland im Abwehrkampf! Um das Ruhrrevier!“, „Die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen“, „Die Reparationen – Deutschlands Schicksalsfrage“, „Minderheitenschutz und Völkerbund“, „Die Minderheitenfrage als europäisches Problem“, „Der Kampf des Memel-

22 Vgl. ebd., S. 261 ff.

23 10 Jahre Reichszentrale für Heimatdienst (wie Anm. 2), S. 2.

24 Wippermann (wie Anm. 4).

25 Die Zeitschrift „Heimatdienst“ umfasste zwischen 32 und 64 Seiten, deren Auflage ging jedoch allmählich von 250.000 auf 40.000 Exemplare zurück. Vgl. BA Koblenz B 106/28441, Vermerk, betr.: Rücksprache mit Herrn Dreyer über die frühere „Reichszentrale für Heimatdienst“, v. 20.11.1951, S. 7.

20 Ebd., S. 10 f.

21 Vgl. Wippermann (wie Anm. 4), S. 274–280.



Die Zeitschrift „Der Heimatdienst“ war ein publizistisches Hauptorgan der Reichszentrale.
Quelle: RfH/www.bpb.de

deutschtums“, „Neuordnung im Donauraum. Um die Rettung Südost-Europas“.²⁶

Unter den zahlreichen von der Reichszentrale publizierten Schriften, die Propaganda gegen die laut Versailler Vertrag vorgenommenen Grenzziehungen und Gebietsabtretungen betrieben, sind exemplarisch die folgenden zu nennen: Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und Deutschlands Entwaffnung²⁷; Die Befreiung des Rheinlandes²⁸; Das mitteleuropäische Grenz- und Auslandsdeutschtum.²⁹

Die Landeszentralen für Heimatdienst – auch diese entstanden nicht erst nach 1945 – gaben u.a. folgende Publikationen heraus:

26 Vgl. Verzeichnis der ‚Richtlinien‘ der Reichszentrale für Heimatdienst 1919–1933, in: Wippermann (wie Anm. 4), S. 522–530.

27 Reichszentrale für Heimatdienst: Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und Deutschlands Entwaffnung. Eine Materialsammlung, Berlin 1925.

28 Reichszentrale für Heimatdienst: Die Befreiung des Rheinlandes, Berlin 1929.

29 Reichszentrale für Heimatdienst: Das mitteleuropäische Grenz- und Auslandsdeutschtum. Eine Materialsammlung, Berlin 1929.

- Grenzschau. Mitteilungsblatt der Reichszentrale für Heimatdienst (Landesabteilung Schleswig-Holstein);
- Der Wegwart. Aussprache- und Mitteilungs-Blatt für die Mitarbeiter der Reichszentrale für Heimatdienst (Landesabteilung Baden);
- Mitteilungsblatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst.

Zahlreiche Publikationen des Reichsheimatdienstes richteten sich gegen den Versailler Vertrag, vor allem gegen die im Vertrag festgeschriebenen neuen Grenzziehungen und gegen die damit einhergehenden Gebietsverluste des Deutschen Reiches, wie folgendes Beispiel verdeutlicht:

„Blutende Grenze? Blutet sie wirklich noch? Ist nicht die Unrast des täglichen Lebens längst darüber hinweggegangen? Hat die quälende Not und die zehrende Sorge der Gegenwart nicht auch das alles verschüttet? Hat man Zeit, an blutende Grenzen zu denken und von blutenden Grenzen zu reden, wenn Tausende lebender Menschenherzen bluten und hunderttausende Menschenleben zerbrochen und zerrissen sind wie die Grenzen unserer Heimat im

Osten? Ist's klug, immer wieder daran zu rühren und alte Wunden zum Bluten und Brennen zu bringen, anstatt den Schlußstrich endlich zu ziehen unter das Kapitel ‚Versailles‘ und kraftvoll und mutvoll nur der Gegenwart zu leben und für die Zukunft zu arbeiten? [...] Es hat sich bitter gerächt in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands, daß weite Kreise nur zu schnell bereit waren, die preußische und die deutsche Vergangenheit aus dem Buche der Geschichte zu streichen. Die Vergangenheit läßt sich nicht auslöschen; gerade dann, wenn man meint, sie überwunden zu haben, hebt sie mahnend und fragend ihr Gesicht aus dem Grau der Alltäglichkeit: ‚Hast Du vergessen? Nein! Wir vergessen die Zeit nach Versailles nicht, wir können sie nicht vergessen, wir Leute hier im Osten, weil ihre Geschichte für uns geschrieben ist mit dem Herzblut unserer ostmärkischen Heimatliebe und weil für Tausende von uns über der Geschichte dieser Zeit die Inschrift steht: ‚Verlorene Heimat.‘ Ob Jahr um Jahr darüber hinweggeht – die Grenze blutet, weil unser Herz blutet –, aber mehr noch! Die Grenze brennt, weil unser Herz brennt in heißem Groll, aber auch in heißer Liebe.“³⁰

Der Vergleich des Deutschen Reiches nach Ende des Ersten Weltkrieges mit einem „blutenden Organismus“, dessen Grenzen und dessen Menschenherzen bluteten, zeugt von enormem nationalistischem Pathos, das damals offenbar als legitimes sprachliches Mittel der politischen Bildung empfunden wurde. Die rhetorische Frage, ob man die alten Wunden denn immer wieder zum Bluten und Brennen bringen solle, beantwortet der Artikel mit dem Hinweis darauf, dass es ein Fehler gewesen sei, sich in der Nachkriegszeit zu wenig gegen die neuen Grenzziehungen gewehrt zu haben. Die „preußische und die deutsche Vergangenheit“ dürfe, so die politische Handlungsempfehlung aus Perspektive des Reichsheimatdienstes, nicht „aus dem Buche der Geschichte“ gestrichen werden. Der Artikel bedient sich des Frames eines „blutenden Organismus“ und evoziert heftige Emotionen in Anbetracht der lebensbedrohlichen Verletzungen des „Volkskörpers“, um revisionistische Zielsetzungen zu propagieren.³¹

Sowohl die Reichs- als auch die Landeszentralen unterhielten Lichtbild-Archive, bei denen Lichtbildserien und auch Projektoren gegen ein geringes Entgelt ausgeliehen

werden konnten.³² Ebenso wie die Printprodukte befassten sich die Lichtbildserien schwerpunktmäßig mit Grenzlandkämpfen und Gebietsabtretungen sowie mit dem Versailler Vertrag. Der Lichtbild-Stock umfasste Vorführungen wie „Der deutsche Rhein“, „Das rheinisch-westfälische Industriegebiet“, „Der deutsche Osten“, „Ostpreußen“, „Grenz- und Auslandsdeutschtum“, „Das Land an der Saar“, „Schleswig-Holstein“, „Oberschlesien in Not“, „Der großdeutsche Gedanke“, „Das Burgenland“, „Deutsch-Südtirol unter der Fremdherrschaft“, „Sudetenland“, „Der deutsche Grenzkampf im Süden“ und „Deutsche Koloniarbeit“.³³

Wenngleich die Nutzung der neuen Massenmedien – Rundfunk und Film – der Reichszentrale für Heimatdienst wegen Kompetenzstreitigkeiten verwehrt blieb, fand bereits in den 1920er Jahren innerhalb der Reichszentrale eine Diskussion darüber statt, in welcher Weise man die Zusammenarbeit mit dem Rundfunk intensivieren könne.³⁴

Richard Strahl als Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst

Richard Strahl, auf dessen Beitrag „Arbeit und Organisation des Reichsheimatdienstes“ bereits eingegangen wurde, hatte von 1918 bis 1933 das Amt des Leiters der Reichszentrale inne, und es kann kein Zweifel daran bestehen, dass er in dieser Funktion die Ausrichtung der von der Reichszentrale betriebenen „Volksaufklärung“ maßgeblich prägte. Ohne an dieser Stelle auch nur annähernd einen Überblick über seine 15-jährige Tätigkeit als Leiter geben zu können, soll im Folgenden anhand einer von ihm verfassten Denkschrift sein Verständnis der Aufgaben der R.f.H. skizziert werden.

Im Jahre 1926 veröffentlichte Strahl „Grundsätze der Volksaufklärung“, in denen er eingangs konstatierte, dass in „Deutschland das Interesse an der Aufklärung und der Propaganda gestiegen“ und der von der Presse geprägte Ausdruck „Propaganda als politische Waffe“ völlig zutreffend sei.³⁵ Insbesondere aufgrund der politischen Lage in Deutschland (Versailler Vertrag, Reparationszahlungen, Besetzung der

.....

32 Das Lichtbild-Verzeichnis der RfH aus dem Jahre 1928/29 umfasst Lichtbildserien zu folgenden thematischen Bereichen: Geschichte, Deutsche Heimat, Kolonialarchiv, Länder- und Völkerkunde, Volks- und Weltwirtschaft, Verkehr, Sozialpolitik – Kulturpolitik, Weltpolitik und Staatsbürgerkunde, Kunst- und Kunstgeschichte, Leibesübungen – Gesundheitspflege, Biologie, Märchen und Unterhaltung. Vgl. Reichszentrale für Heimatdienst: Lichtbild-Verzeichnis, Berlin 1928/29, S. 8–11.

33 Ebd., S. 3–6.

34 Vgl. Wippermann (wie Anm. 4), S. 274–280.

35 Richard Strahl: Grundsätze der Volksaufklärung, Berlin 1926, dokumentiert in: Wippermann (wie Anm. 4), S. 474–485.

30 Schneidemühl: Blutende Grenze, in: Mitteilungsblatt der Landesabteilung Sachsen der Reichszentrale für Heimatdienst, Nr. 2, 15. Januar 1933, 14. Jahrgang, S. 3.

31 Vgl. Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln 2016.

Ruhr etc.) sei Aufklärungs- und Propagandaaufbau sowohl eine „Volksangelegenheit“ als auch „Staatsnotwendigkeit“.³⁶

Als ersten Leitgedanken formuliert Strahl: „Vornehmste Aufgabe ist es, die im Deutschen wurzelnde starke Liebe zur Heimat aufs engste mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft, der Not- und Schicksalsverbundenheit aller deutschen Stämme, Stände und Staatsbürger und mit einem gesunden und berechtigten Nationalbewusstsein zu verknüpfen. [...] Fern von jeder Überspannung sind die nationalen Werte ohne laute Überheblichkeit, aber im festen Bewusstsein der Unentbehrlichkeit des deutschen Schaffens und des deutschen Geistes auch für den Welt- und Menschheitsfortschritt zu betonen.“³⁷

Aus der hier geforderten Verbindung zwischen Heimatliebe, Volksgemeinschaft, Not- und Schicksalsverbundenheit leitete Strahl die Notwendigkeit einer „Unterstützung des Deutschtums an unseren bedrohten Grenzen im Osten, Norden und Westen“ ab.³⁸ Ein „lebendiger Kreislauf geistigen Lebens“ müsse zwischen den „Zellen des Deutschtums in der Welt“ und den „Urzellen in der Heimat“ hergestellt werden.³⁹

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete Strahl es als „heilige Pflicht“, darauf hinzuwirken, dass die „unmöglichen und unerträglichen Bedingungen, die der Versailler Vertrag noch immer dem Vaterlande auferlegt“, erträglich gestaltet werden sollten. Erforderlich sei ein Eintreten für die Durchsetzung von „Deutschlands Lebensnotwendigkeiten und sein Recht auf Leben und Freiheit“. Das deutsche Volk müsse verlangen, dass weder seine „innere Freiheit und Selbstbestimmung“ angetastet noch seine Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt werden dürften, und es müsse das Selbstbestimmungsrecht des Deutschtums einklagen.⁴⁰

An diesen zentralen Leitgedanken, an denen sich laut Strahl die Arbeit der Reichszentrale orientieren solle, wird deutlich, dass im Zentrum der sog. Volksaufklärung die Kritik am Versailler Vertrag und Themen wie (Auslands-) Deutschtum, Volksgruppen, Minderheiten sowie grenzlandpolitische Fragen standen.⁴¹

Als Reaktion auf die Machtübertragung an die NSDAP und die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler dokumentierte der „Heimatdienst“ in seiner Februarausgabe im Jahre 1933 das „nationalpolitische Programm“ der NSDAP und brachte ferner in einem Kommentar, unterzeichnet mit dem Pseudonym „Spectator“, zum Ausdruck, dass die Reichszentrale den jüngsten politischen Veränderungen wohlwollend gegenüberstehe. Dennoch wurde sie von den neuen Machthabern als überflüssig erachtet, zwei Tage nach Gründung des Reichspropagandaministeriums aufgelöst und ihr Leiter Strahl am 16. März 1933 beurlaubt. Mit der Abwicklung der Liquidation wurde Strahls langjähriger Stellvertreter, Dr. Wilhelm Ziegler,⁴² betraut, der ins Reichspropagandaministerium übernommen wurde und 1943 zum „Judenreferenten“ avancierte.



Dekret zur Auflösung der Reichszentrale für Heimatdienst vom 18. März 1933
Quelle: Wikimedia Commons

42 Dr. Wilhelm Ziegler (1891-1962) wurde 1943 zum „Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (Judenreferent)“ ernannt und übernahm die Leitung des Berliner Instituts zum Studium der Judenfrage. Er verfasste u.a. die antisemitische Schrift „Die Judenfrage in der modernen Welt“ (1937).

36 Ebd., S. 474.

37 Ebd., S. 476; Herv. i. O.

38 Ebd.

39 Ebd.

40 Ebd., S. 477.

41 Vgl. zur Begründung der Notwendigkeit einer Politik, die sich vor allem auf die peripheren Grenzräume konzentriert: Friedrich Ratzel: Politische Geographie, München/Leipzig 1897.

Richard Strahl brachte zwar in einem Rundschreiben (17. März 1933) an die Mitarbeiter der Reichszentrale sein Bedauern über die Auflösung der Reichszentrale zum Ausdruck, wies jedoch darauf hin, dass für deren Fortexistenz „jetzt keine staatspolitische Notwendigkeit mehr bestehe“, da der Gedanke einer staatlichen Aufklärungsarbeit im Reichspropagandaministerium sowohl fortgesetzt werden könne als auch durch seine Institutionalisierung die ihm entsprechende Organisationsform gefunden habe.⁴³

„Der Gedanke einer staatspolitischen Aufklärungsarbeit, deren Träger die Staatsführung selbst ist, hat sich durchgesetzt. Das neue Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda scheint mir dafür der schlagendste Beweis zu sein. Hat doch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda in seiner ersten amtlichen Erklärung als sein großes Ziel hingestellt, durch Propaganda und Aufklärungsarbeit eine einheitliche nationale Willensbildung zu bewirken, die auch die bisher der neuen Staatsführung ablehnend gegenüberstehenden Kreise restlos auf den Boden der Regierung führen soll.“⁴⁴

Der beurlaubte Leiter der Reichszentrale betätigte sich in den darauffolgenden Jahren als Verfasser eines „Politische [n] ABC[s] des Neuen Reichs“, das 1938 für den Gebrauch in der Hitler-Jugend neu aufgelegt wurde.⁴⁵

Von der Reichszentrale zur Bundeszentrale für Heimatdienst

Im Jubiläumsjahr 2018 rückt das Gedenken an 100 Jahre Reichsheimatdienst möglicherweise in den Hintergrund. Dies ist verständlich in Anbetracht der zahlreichen Jahrestage. Jedoch: eine kritische Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Geschichte sollte zugleich auch eine Reflexion über die Geschichte der staatlichen politischen Bildung umfassen. Wie hier am Beispiel der Reichszentrale für Heimatdienst gezeigt wurde, bewegte sich staatliche politische Bildung immer auch im Spannungsfeld zwischen staatsbürgerlicher Bildung und Propaganda, hier vor allem gegen den Versailler Vertrag.

43 Rundschreiben vom 17.03.1933, Staatsarchiv Düsseldorf, AZ Nr. IA 2000/13.3., zit. n. Wippermann (wie Anm. 4), S. 414.

44 Ebd., S. 415.

45 Carl Haensel/Richard Strahl: Politisches ABC des Neuen Reichs. Schlag- und Stichwörterbuch für den deutschen Volksgenossen, Stuttgart 1933; dies.: Politisches ABC des Saar-, Grenz- und Auslandsdeutschtums. Zweites Schlag- und Stichwörterbuch für den deutschen Volksgenossen, Stuttgart 1934; dies.: Außenpolitisches ABC. Ein Stichwörterbuch, Stuttgart 1938 [Sonderdruck für den Dienstgebrauch in der Hitler-Jugend]. Unter dem Stichwort „Judentum“ verbreiten die beiden Autoren hier beispielsweise den Mythos der „jüdischen Weltverschwörung“.



Wilhelm Ziegler (ganz rechts im Bild) am 1. Dezember 1933 bei einer Sitzung im Propagandaministerium
Foto: ullstein bild/Max Ehlert

1952 wurde die heutige Bundeszentrale für politische Bildung (1952) unter dem Namen Bundeszentrale für Heimatdienst gegründet – diese Kontinuität in der Terminologie war nicht zufällig, sondern eine bewusste Entscheidung. Eine Umbenennung in Bundeszentrale für politische Bildung erfolgte erst 1963. Der Hintergrund einer solchen Umbenennung stand jedoch weder in Zusammenhang mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der staatlichen politischen Bildung noch stand die Umbenennung im Kontext einer inhaltlichen oder methodischen Umorientierung der staatlichen Bildungsarbeit. Begründet wurde die Umbenennung vor allem damit, dass der Begriff „Heimatdienst“ zu Missverständnissen führe.⁴⁶ 🌟

46 Vgl. Hentges (wie Anm. 1), vgl. auch den Beitrag von Veronika Bock und Ulrich Biermann in der Sendung WDR ZeitZeichen v. 25.11.2017; <https://www1.wdr.de/.../zeitzeichen/audio-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-gegruendet> [Stand: 12.02.2018].

Der Russische Revolutionszyklus, 1905-1932

Teil 4 : Geschehnisse, 1918-1932

von Klaus Gestwa

Serie:
Der Russische
Revolutions-
zyklus



Stepan Karpov – „Völkerfreundschaft 1923/24“

Foto: Staatliches Museum für Zeitgenössische Geschichte, Moskau

Das Versagen der Provisorischen Regierung schuf die politischen Voraussetzungen dafür, dass inmitten des in Petrograd herrschenden Machtvakuum die straff organisierte, von charismatischen Führern wie Lenin und Trotzki geleitete Kampfpartei der Bolschewiki Ende Oktober 1917 mit einem Umsturz die Staatsgewalt erobern konnte. Die später von der sowjetischen Propaganda zum Mythos erhobene Oktoberrevolution richtete sich gegen Autoritäten, die in den Augen vieler Arbeiter, Bauern und Soldaten politisch versagt hatten und deshalb die Schuld an Abhängigkeit, Demütigung und Rückständigkeit trugen. Ihre zunächst ohne größere Gegenwehr errungene Herrschaft sicherten die roten Putschisten durch die vorübergehende Koalition mit den linken Sozialrevolutionären, um mit einem wahren Feuerwerk an vollmundigen Dekreten den Eindruck zu vermitteln, auf die brennenden Fragen der Zeit endlich Antworten zu geben, die vielen damals als zukunftsweisend und verheißungsvoll erschienen.

Die Bolschewiki setzten aber nicht nur auf die Kraft kühner Visionen, sondern auch auf die „Diktatur des Proletariats“ und die damit verbundene Ausübung politischer Gewalt. Anfang Dezember 1917 wurde der geheimdienstliche Unterdrückungsapparat der Tscheka eingerichtet, um mit dem von der Parteiführung selbst ausgerufenen „roten Terror“ zunächst gnadenlos gegen die konservative sowie liberale Opposition und im Sommer 1918 dann auch gegen die Sozialrevolutionäre vorzugehen. Deren linker Flügel hatte schon nach einem halben Jahr Regierungsarbeit das politische Bündnis mit den Bolschewiki aufgekündigt.

1918: Krieg, Revolutionen und das Ende der alten Welt

Während des ersten Viertels des 20. Jahrhunderts stellte die revolutionäre Politik in Russland bei weitem keinen Einzelfall dar. Sie passte in den allgemeinen Zeithintergrund einer weltweiten Krisensituation. Während dieser „dritten Welle der Revolution“ verschwanden einige der ältesten und machtvollsten Staatsorganisationen von der historischen Bildfläche, um neuen Ordnungen Platz zu machen. Dabei ordnet sich der russische Revolutionszyklus zum einen in die „eurasischen Revolutionen“ nach 1900 ein, die auch den Iran, China und die Türkei erfassen; zum anderen ist er im Zusammenhang mit den „*Fin-de-Siècle*-Revolutionen“ in Europa zu sehen.¹

Auch wenn es bei diesen Umbrüchen bedeutsame länderspezifische Besonderheiten gab, so handelte es sich in allen Fällen um Revolutionen gegen Autokratien alten Stils, deren Herrscher sich längst nicht mehr im Einklang mit den großen Tendenzen ihrer Zeit befanden. Der Aufstieg der Industriemoderne mit ihren neuen Formen der Massenproduktion, des Massenkonsums und der Massenpolitik erzeugte, ausgehend von Nordamerika und Westeuropa, einen enormen Transformationsdruck und schuf ein großes Repertoire neuer politischer Möglichkeiten, um mit der Rebellion gegen das Überholte und mit dem „Pathos des Neubeginns“² die Welt auf neue Weise einzurichten.

Zudem hatte der Erste Weltkrieg die Grundfesten der europäischen Imperien erschüttert. Während die überseeischen Kolonialreiche noch nicht stürzten, führten die Kriegswirren in enger Verbindung mit dem immer stürmischeren Aufstieg der Nationalbewegungen dazu, dass neben dem Deutschen Reich auch die drei alten kontinentalen Vielvölkerimperien des Osmanischen, des Österreich-Ungarischen und des Russischen Reiches zusammenbrachen. Durch diese tiefgreifenden Veränderungen geriet die Welt in Aufruhr und ihre Ordnung ins Wanken. Nach dem Ende der Imperien stellte Europa „einen in Stücke geschlagenen Kontinent“³ dar, dessen politische

1 Zum globalen Revolutionscluster zu Beginn des 20. Jahrhunderts vgl. Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, S. 798–817.

2 Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1968, S. 41.

3 Ian Kershaw: Höllensturz. Europa 1914 bis 1949, München 2016, S. 135.

Landkarte neu gezeichnet werden musste. Damals erwies sich der weitere Verlauf der Geschichte so offen wie selten zuvor. Hinter dem Trümmerhaufen der alten Welt des „langen 19. Jahrhunderts“ leuchteten hell die vielversprechenden Träume und Sehnsüchte des neuen Säkularums auf. Ein erbittertes Ringen um eine bessere Zukunft begann und erzeugte neue Gewalt, die mit ihrem Blutzoll die überstandenen Kriegsgräuelt oftmais sogar noch überreffen sollte.⁴

Als nach Ende des Ersten Weltkriegs die Zeit neuer Heilsvorkünder heraufzog, die mit ihren mitreißenden Zukunftsentwürfen ideologische Luntten an das Pulverfass unversöhnlicher Feindseligkeit anlegten, stach das Neuartige des Roten Oktobers besonders hervor. Mit der erst-

maligen Staatswerdung des Sozialismus sprengte er den Horizont der Zeit. Die Machtübernahme der Bolschewiki weckte die begeisterte, völlig überzogene Erwartung, ein irdisches Paradies sei im Entstehen, in dem Gleichheit und Gerechtigkeit dauerhaft über Unterdrückung und Ausbeutung siegen werde, um dem gesellschaftlichen Zusammenleben neue Bahnen vorzugeben. Die im Juli 1918 für das neue Sowjetrussland erlassene Verfassung formulierte als politisches Ziel „die Abschaffung aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die vollständige Beseitigung der Teilung der Gesellschaft in Klassen, der rücksichtslosen Unterdrückung der Ausbeuter, die Schaffung einer sozialistischen Organisation der Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus in allen Ländern der Erde“.⁵

Der Russische Bürgerkrieg 1918–1921

Bevor sich die Führer des neuen Sowjetstaats daran machen konnten, die politischen Pathologien der alten Zarenmacht und die sozialen Trümmerhaufen des Kriegsgeschehens aus dem Weg zu räumen, folgten den fürchterlichen Weltkriegsjahren mit Millionen von Toten, Verwundeten und Heimatlosen drei weitere, noch verlustreichere Jahre des Russischen Bürgerkriegs. Laut neuester Schätzungen starben von 1914 bis 1922 im Russischen Reich und in Sowjetrussland 16 Millionen Menschen im Verlauf der Kriegsgeschehen sowie an Verletzungen, Hunger oder Krankheit. Mehr als zwei Drittel dieser Verluste entfielen auf den Bürgerkrieg und dessen unmittelbaren Folgen.⁶ Der später mit seinem Roman „Doktor Schiwago“ weltberühmt gewordene Schriftsteller Boris Pasternak notierte damals, dass „sogar die Luft nach Tod riecht.“⁷

Der Begriff „Russischer Bürgerkrieg“ fasst unterschiedliche militärische Auseinandersetzungen zur einheitlichen Geburtsphase des Sowjetstaats zusammen. Diese von Chaos und brutalen Übergriffen geprägte Zeit der Wirren begann im Sommer 1918 und zog sich bis weit ins Jahr 1921 hinein. Seinen Anfang nahm der Bürgerkrieg mit dem Aufstand der Tschechischen Legion. Dabei handelte es sich um 60.000 tschechische und slowakische Soldaten, die während des Ersten Weltkriegs zunächst in den Reihen der österreich-ungarischen Armee gekämpft hatten und in russische Kriegsgefangenschaft geraten



Mit dem Plakat „Hilf!“ stellte Dmitrij Moor 1920 das Grauen von Krieg und Hunger dar.

Foto: ullstein Heritage Images

⁴ Zum historischen Moment des Jahres 1918 vgl. Kershaw (wie Anm. 3), S. 139–214; Daniel Schönplüg: Kometenjahre. 1918: Die Welt im Aufbruch, Frankfurt am Main 2017.

⁵ Zit. n. Steve A. Smith: Die russische Revolution, Stuttgart 2011, S. 61.

⁶ Oleg Chlewnjuk: Stalin. Eine Biographie, München 2015, S. 100; Dietrich Beyrau: Krieg und Revolution. Russische Erfahrungen, Paderborn 2017, S. 17.

⁷ Zit. n. Smith (wie Anm. 5), S. 72.

waren. Unter dem Einfluss der Führer der tschechischen Nationalbewegung schlossen sie sich dann zu nationalen Einheiten zusammen, um fortan auf der Seite der zarischen Armee für die Unabhängigkeit ihres Heimatlands von den Habsburgern zu kämpfen.

Nach dem Diktatfrieden von Brest-Litovsk im März 1918 sollten die tschechischen und slowakischen Soldaten mit der Transsibirischen Eisenbahn nach Vladivostok im Fernen Osten gebracht und von dort zurück nach Europa verschifft werden. Auf dem Weg durch Sibirien eskalierten im Mai 1918 die Konflikte zwischen der Tschechischen Legion und den Bolschewiki im militärischen Schlagabtausch. Als Speerspitze im Kampf gegen den Bolschewismus kontrollierte die Tschechische Legion längs der Transsibirischen Eisenbahn bald zeitweise ein riesiges Gebiet von der Wolga bis in den Fernen Osten hinein. Anfang des Jahres 1920 regelte schließlich ein Vertrag mit den Bolschewiki, dass die Tschechische Legion endlich von Vladivostok aus mit Schiffen in ihre Heimat zurückkehren konnte. Dort wurden ihre Angehörigen als Helden gefeiert und bildeten in der Folgezeit den Kern der damals neu formierten tschechoslowakischen Armee.⁸

Nach dem blutigen Auftakt durch die Tschechische Legion blieb das Bürgerkriegsgeschehen in der Folgezeit unübersichtlich. Vielerorts flammten heftige Kämpfe zwischen der Roten Armee und regimefeindlichen Streitmächten auf. Diese politisch recht unterschiedlich orientierten Verbände werden üblicherweise unter dem Sammelbegriff der „Weißen“ abgehandelt. Was diese monarchistischen, liberalen, sozialrevolutionären, anarchistischen, regionalistischen und nationalistischen Gruppen einte, war der Hass auf die Bolschewiki, die sie unter allen Umständen stürzen wollten. Zu den bekanntesten Heeresführern der „Weißen“ gehörte Admiral Aleksandr Kolčak (1874–1920), der sich zum Obersten Regenten Russlands ausrief und in Sibirien eine Militärdiktatur etablierte. Im Nordwesten Russlands rückten Kampfverbände unter General Nikolaj Judenič (1862–1933) auf Petrograd vor. Zuerst im Kaukasus und 1920 dann auf der Krim agierte Baron Petr Vrangeli (1878–1927) als Oberbefehlshaber, dessen Streitkräfte den Bolschewiki anfänglich empfindliche Niederlagen zufügten. Das größte Heer der „Weißen“ unter der Führung von

Anton Denikin (1872–1947) stand im Gebiet der Donkosaken. Dorthin hatten sich Teile des zarischen Generalstabs und führende russische Liberale zurückgezogen.⁹

Der unter dem Kriegskommissar Leo Trotzki aufgebauten Roten Armee gelang es, nach anfänglich verheerenden Niederlagen immer wieder auch in verzweifelter Lage die schlecht koordinierten Offensiven der weißen Verbände abzuwehren und sukzessive an allen Fronten die militärische Oberhand zu gewinnen. Den „Weißen“ fehlte ein überzeugendes Zukunftskonzept für Russland, so dass sie in der Bevölkerung keine Unterstützung fanden, zumal sie sich mit den durch ihre Truppen verübten Kriegsmassakern an der Zivilbevölkerung diskreditierten. Daher erschienen die Bolschewiki vielen Bauern und Arbeitern letztlich als das kleinere, wenngleich ebenfalls schreckliche Übel.¹⁰

Im Russischen Bürgerkrieg ging es nicht nur um den militärisch-politischen Showdown zwischen „Roten“ und „Weißen“. In die blutigen Auseinandersetzungen mischten sich zeitweise auch ausländische Interventionstruppen aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, den USA sowie aus Japan ein, die jeweils ihre eigenen politischen Interessen verfolgten und mit ihren Aktivitäten das Bürgerkriegsgeschehen verschärften. Erst im Oktober 1922 zogen die letzten japanischen Interventionstruppen ab.

Im Chaos des Bürgerkriegs entstanden vielerorts Gewaltmärkte, die es lokalen Warlords erlaubten, bewaffnete Verbände um sich zu scharen, große Gebiete zu kontrollieren und Druck sowohl auf die Roten als auch die Weißen auszuüben. In Ostsibirien errichtete so der aus einer baltendeutschen Familie stammende Baron Roman von Ungern-Sternberg mit seinen Militärbanden eine Schreckensherrschaft, die er eine Zeit lang sogar

8 Gerburg Thunig-Nittner: Die tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der ersten Tschechoslowakischen Republik, Wiesbaden 1970; John Francis Nejez Bradley: The Czechoslovak Legion in Russia, 1914–1920, Boulder/New York 1991; Natali Stegmann: Kriegsdeutungen, Staatsgründungen, Sozialpolitik. Der Helden- und Opferdiskurs in der Tschechoslowakei 1918–1948, München 2010.

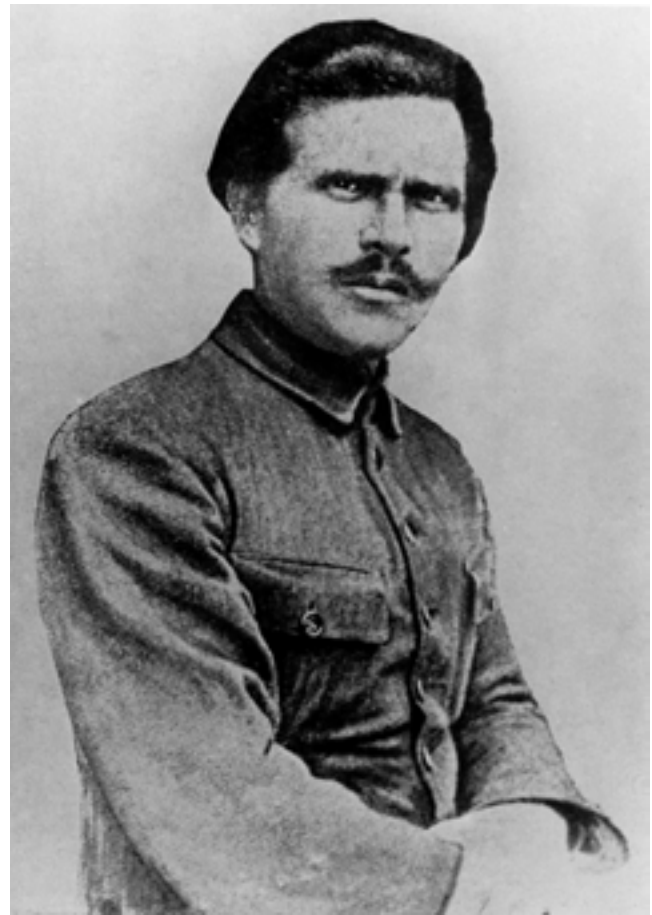
9 Richard Pipes: Die Russische Revolution. Bd. 3: Russland unter dem neuen Regime, Berlin 1993, S. 19–232; Vladimir Brovkin: Behind the Lines of the Civil War. Political Parties and Social Movements in Russia 1918–1922, Princeton 1994; Nikolaus Katzer: Die Weiße Bewegung in Russland. Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg, Köln 1999; Donald Raleigh: Experiencing Russia's Civil War. Politics, Society, and Revolutionary Culture in Saratov 1917–1922, Princeton 2002; Karsten Brüggemann: Die Gründung der Republik Estland und das Ende des „Einen und unteilbaren Rußland“. Die Petrograder Front des Russischen Bürgerkriegs; 1918–1920, Wiesbaden 2002; Evan Mawdsley: The Russian Civil War, Edinburgh 2005; Jonathan D. Smele: The "Russian" Civil Wars, 1916–1926. Ten Years that shook the World, London 2016.

10 Franco Benvenuti: The Bolshevik and the Red Army, 1918–1922, Cambridge 1988; Mark von Hagen: Soldiers in the Proletarian Dictatorship. The Red Army and the Soviet Socialist State, 1917–1930, Ithaca 1990; Orlando Figes: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, München 2001, S. 623–638.

noch in der Mongolei fortsetzte, nachdem ihn die Rote Armee 1920 über die Grenze gejagt hatte.¹¹

Daneben gab es regional große Bauernrebellionen. Diese als „Grüne“ bezeichneten Aufständischen kämpften sowohl gegen die roten als auch gegen die weißen Truppen. In den Steppen der südlichen Ukraine mit dem Zentrum in Ekaterinoslav, der heutigen Industriestadt Dnipro, war es die Bauernarmee des Anarchisten Nestor Machno (1889–1934), die während der Jahre von 1919 bis 1921 die eigentliche Herrschaftsgewalt ausübte und mit ihrer Partisanentaktik „Roten“, „Weißen“ und ukrainischen Verbänden immer wieder heftig zusetzte. Mit den Mitteln des Guerillakriegs stieg Machno, der sich als charismatischer Bauernrevolutionär und Sozialreformer inszenierte, zum erfolgreichen Gewaltunternehmer auf. Seine paramilitärischen Einheiten versetzten die Bauern und Stadtbewohner in Angst und Schrecken, weil sie diese mitunter genauso wie die „Roten“ und „Weißen“ brutal misshandelten.¹²

Eine weitere „grüne“ Front bildete sich im zentralrussischen Gouvernement Tambov, 350 km südöstlich von Moskau. Unter der Führung des Sozialrevolutionärs Aleksandr Antonov verwandelte sich die Rebellion der dortigen Bauern gegen die roten Beschaffungsbrigaden im August 1920 in einen ausufernden Volksaufstand. Auch hier verfolgte das sich bildende Bauernheer nur regional begrenzte militärische Ziele. Das gab den Bolschewiki die Möglichkeit, sich strategisch zurückzuziehen, um sodann mit konzentrierten großen Armeeformationen die bäuerlichen Verbände nacheinander zu vernichten. Die Bolschewiki scheuten sogar vor chemischer Kriegsführung nicht zurück. Skrupellos ließen sie von Flugzeugen Giftgasbomben abwerfen, die auf qualvolle Weise zahlreiche Frauen, Alte und Kinder töteten.¹³



Nestor I. Machno, um 1920
Foto: ullstein/Archiv Gerstenberg

Zu den besonderen Schrecknissen des Russischen Bürgerkriegs gehörten die zahllosen Übergriffe auf jüdische Familien, die erneut in den gnadenlosen Mahlstrom der Gewaltgeschichte gerieten. Allein auf dem Gebiet Weißrusslands und der Ukraine kam es von 1918 bis 1921 zu einer Vielzahl von Pogromen. 250.000 Juden fielen diesen entsetzlichen Massakern zum Opfer, die vornehmlich von den „Weißen“, aber auch von den „Roten“, „Grünen“ und anderen Gruppierungen angerichtet wurden.¹⁴

Angesichts dieser unsäglichsten Gewaltexzesse und der sich verschärfenden Diskriminierung ehemaliger Ober-

11 Jamie Bisher: *White Terror. Cossack Warlords of the Trans-Siberian*, New York 2005; James Palmer: *Der blutige weiße Baron. Die Geschichte eines Adligen, der zum letzten Khan der Mongolei wurde*, Frankfurt am Main 2010; Willard Sunderland: *The Baron's Cloak. A History of the Russian Empire in War and Revolution*, Ithaca 2014.

12 Alexandre Skirda: *Anarchy's Cossack. The Struggle for Free Soviets in Ukraine 1917–1921*, Edinburgh 2004; Felix Schnell: *Räume des Schreckens. Gewalt und Gruppenmilitanz in der Ukraine, 1905–1933*, Hamburg 2012, S. 287–365; Christopher Gilley: *Makhno, Nestor Ivanovich*, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014–10–08., vgl. https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/makhno_nestor_ivanovich [Stand: 22.01.2018].

13 Delano DuGarm: *Peasant Wars in Tambov Province*, in: Vladimir N. Brovkin (Hg.): *The Bolsheviks in Russian Society. The Revolution and the Civil Wars*, New Haven 1997, S. 177–200; Erik C. Landis: *Bandits and Partisans. The Antonov Movement in the Russian Civil War*, Pittsburgh 2008; Martin Krispin: *„Für ein freies Russland ...“. Die Bauernaufstände in den Gouvernements Tambov und Tjumen 1920–1922*, Heidelberg 2010.

14 Beyrau (wie Anm. 6), S. 190 f.; Henry M. Abramson: *A Prayer for the Government. Ukrainians and Jews in Revolutionary Times, 1917–1920*, Cambridge/Mass. 1999; Jonathan Frankel: *Crisis, Revolution, and Russian Jews*, Cambridge 2009, S. 131–156; Oleg Budnitskii: *Russian Jews Between the Reds and the Whites, 1917–1920*, Philadelphia 2012; Michael Beizer: *Relief in Time of Need. Russian Jewry and the Joint, 1914–24*, Bloomington 2015. Zur literarischen Verarbeitung dieser Pogrome durch den sowjetischen Schriftsteller Isaak Babel (1894–1940) vgl. Gregory Freidin (Hg.): *The Enigma of Isaac Babel. Biography, History, Context*, Stanford 2009.

und Mittelschichten kehrten insgesamt knapp 2 Mio., oft gut ausgebildete Menschen ihrem Heimatland den Rücken. Einige dieser Revolutionsmigranten machten sodann in Europa und den USA Karriere und leisteten dort ihren Beitrag zur Entwicklung des modernen Wirtschafts- und Kulturlebens. Dazu gehörten der Flugzeug- und Hubschrauberkonstrukteur Igor Sikorski, der in den USA zu einem der Pioniere der Luftfahrt aufstieg, die weltberühmten Musiker Sergej Rachmaninov und Igor Stravinski, die einflussreichen Schriftsteller Vladimir Nabokov und Ivan Bunin sowie Wissenschaftler wie der Soziologe Pitrim Sorokin und der Nobelpreisträger für Wirtschaft Simon Kuznets. Die große Mehrheit derjenigen, die ihre gewohnte Lebenswelt aufgeben musste, fristete allerdings in der Fremde als „Staatenlose“ und „Vogelfreie“ ein eher elendes Dasein. Für sie entwickelte sich die russische Diaspora zu einer „community of despair“.¹⁵

Während viele selbst die Flucht aus Sowjetrußland antraten, wurden andere von den neuen Machthabern mit spektakulären Aktionen ins Exil vertrieben. Nachdem Lenin den bürgerlichen Bildungsschichten im September 1919 schon unterstellt hatte, sie seien „nicht der Kopf, sondern die Scheiße der Nation“,¹⁶ leitete er im Herbst 1922 höchstpersönlich in die Wege, dass Hunderte handverlesene, öffentlich sichtbare und sprachgewaltige Intellektuelle mit ihren Familien auf zwei sogenannten „Philosophen-Dampfern“ ins Ausland verschifft und damit zwangsverschickt wurden. Der Sowjetstaat zögerte nicht, unabhängige Geister und viele seiner fähigsten Köpfe aus dem Land zu jagen.¹⁷

Diesen durch Flucht und Vertreibung verursachten massiven Verlust an *intellectual power* versuchten die bolschewistischen Parteibosse in der Folgezeit durch breit angelegte Bildungskampagnen zu kompensieren. Besonders loyale und talentierte Schüler aus Arbeiter- und Bauernfamilien erhielten die Möglichkeit, sich an speziell eingerichteten Hochschulen akademisch ausbilden zu lassen, um sodann als „rote Spezialisten“ in die neuen Facheliten

.....

15 So die Formulierung von Robert C. Williams: *Culture in Exile. Russian Emigres in Germany 1881–1941*, Ithaca 1972. Vgl. auch Marc Raeff: *Russia Abroad. A Cultural History of the Russian Emigration 1919–1939*, New York/Oxford 1990; Karl Schlögel (Hg.): *Der Große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941*, München 1994; ders.: *Das russische Berlin. Ostbahnhof Europas*, München 2007.

16 Zit. n. Gerd Koenen: *Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus*, München 2017, S. 809.

17 Ebd., S. 822–825; Karl Schlögel: *Das Sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt*, München 2017, S. 78–94; Lesley Chamberlain: *Lenin's Private War. The Voyage of the Philosophy Steamer and the Exile of the Intelligentsia*, New York 2006.

und Führungskader aufzusteigen. Es kam zur Spaltung der russischen Kultur, die sich über das gesamte 20. Jahrhundert fortsetzte und in einigen Aspekten trotz angestrebter Versöhnungsversuche auch in der heutigen Zeit weiter andauert.¹⁸

Kriegskommunismus: Enthemmung und Verwüstung

Während des Bürgerkriegs stürzten sich die Bolschewiki in ihrem verzweiferten Machtkampf nicht nur mit aller Gewalt in militärische Gefechte; sie entfachten zugleich einen revolutionären Frontalangriff auf die alte Gesellschaft, um einen brachialen Katapultstart ins Zeitalter des Sozialismus zu wagen. Das trug zur Eskalation der Gräueltaten im Bürgerkrieg bei. Die brutalen Maßnahmen des damals verkündeten „Kriegskommunismus“ zielten auf die Beseitigung von Privathandel und Privateigentum, auf die Zerschlagung der traditionellen Bauernwirtschaft und die Militarisierung der Arbeit. Getrieben von ihren Modernisierungsfantasien ließen sich die Parteiführer auf kaum durchdachte Experimente ein, um die widerständigen Realitäten nach ihren Wünschen zu gestalten. 1920 schafften sie sogar für einige Zeit das Geld ab, um so vermeintlich den Kapitalismus an der Wurzel auszurotten. Doch ohne die gewohnten Zahlungsmittel kollabierten die Waren- und Wirtschaftskreisläufe.¹⁹

Verheerende Fehlschläge stellten auch die ersten Versuche dar, die Bauern in agrarischen Kollektivbetrieben zusammenzuführen, um die Landwirtschaft und das Dorfleben auf neue Grundlagen zu stellen. Die bolschewistische Staatsmacht bediente sich darum immer mehr der willkürlichen Beschlagnahme von bäuerlichen Getreidevorräten, um die Rote Armee und die Städte versorgen zu können. Die Bauern nahmen den Sowjetstaat, der ihnen gleich nach der Oktoberrevolution das vormalige Adelsland zugesprochen hatte, darum immer mehr

.....

18 Larry Holmes: *The Kremlin and the Schoolhouse. Reforming Education in Soviet Russia, 1917–1931*, Bloomington 1991; Dietrich Beyrau: *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985*, Göttingen 1993, S. 73–80; Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 302–314; Michael David-Fox: *Revolution of the Mind. Higher Learning among the Bolsheviks, 1918–1929*, Ithaca 1997.

19 Zur bolschewistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kriegskommunismus vgl. Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 557–626; Mary McAuley: *Bread and Justice. State and Society in Petrograd 1917–1922*, Oxford 1991; Silvana Malle: *The Economic Organization of War Communism, 1918–1921*, Cambridge 2002; Mauricio Borrero: *Hungry Moscow. Scarcity and Urban Society in the Russian Civil War, 1917–1921*, Bloomington 2003; Julie Hessler: *A Social History of Soviet Trade. Trade Policy, Retail Practices, and Consumption, 1917–1953*, Princeton/Oxford 2004, S. 51–100; Mikhail V. Khodjakov: *Money of the Russian Revolution, 1917–1920*, Newcastle 2014, S. 25–50.

als räuberische Instanz wahr, die fortan nur forderte, aber nichts mehr gewährte.²⁰

Diese Zwangsmobilisierung materieller und sozialer Ressourcen stützte sich vor allem auf die Tscheka, der als „bewaffneter Arm der Diktatur des Proletariats“ die Aufgabe zufiel, nicht mehr nur die politische Opposition auszuschalten und landesweit das Machtmonopol der bolschewistischen Partei durchzusetzen, sondern darüber hinaus mit der Organisation großer Terrorkampagnen den Gehorsam der Bevölkerung zu erzwingen. Infolgedessen stieg die Zahl der bei diesem geheimdienstlichen Apparat angestellten Mitarbeiter im Verlauf des Bürgerkriegs rasant an. Schon Ende 1918 betrug ihre Zahl 40.000, die sich bis 1921 auf schließlich 137.000 Personen erhöhte.²¹

Alle bestehenden Gerichtsinstitutionen hatten die Bolschewiki aufgelöst und durch von Laien geleitete „Revolutionäre Tribunale“ ersetzt. Deren Mitglieder sollten sich nicht an bestehende Gesetze halten, sondern allein nach ihrem „revolutionären Gewissen und Rechtsbewusstsein“ entscheiden. Das bereitete oftmals der Lynchjustiz den Weg. Die Rechtsprechung verkam zur Farce; einen fairen Prozess konnte niemand mehr erwarten, vor allem diejenigen nicht, die wegen ihrer sozialen Herkunft als gefährliche „Ehemalige“ und damit als potentielle „Volksfeinde“ stigmatisiert wurden.²²

Mit radikaler Deutlichkeit forderte Lenin 1918 „die Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer“ und legte zugleich eine lange Liste von „Schädlingsgruppen“ vor. Jeder Zehnte dieser „Sozialparasiten“ sei zu erschießen, die anderen zu harter, diskriminierender Arbeit heranzuziehen.²³ Diese politische Erbarmungslosigkeit brachte Grigorij Zinov'ev, der Parteichef von Petrograd und Mitglied des inneren Führungszirkels im Kreml, dann im September

1918 in brutaler Offenheit auf den Punkt. In einem Zeitungsartikel forderte er ungeniert „unseren eigenen sozialistischen Militarismus“, um „von der einhundert Millionen zählenden Bevölkerung Sowjetrusslands 90 Millionen mit uns nehmen zu können. Was den Rest angeht, so haben wir ihm nichts zu sagen. Er muss vernichtet werden.“²⁴

Aus diesen Worten spricht eine völlige Enthemmung der politisch Verantwortlichen. Als moralische Urkatastrophe der Sowjetgeschichte entwickelte sich der Bürgerkrieg zur Schule der Gewalt. Das verstärkte die Wahnvorstellungen der neuen Machthaber, die sich mit einer Welt voller inneren und äußeren Feinde konfrontiert sahen, deshalb das Militante und Kämpferische der Zeit verherrlichten und sich für den parteistaatlichen Terror als Allheilmittel der Politik begeisterten. Die Sowjetpropaganda erhob den Bürgerkrieg bald neben der Oktoberrevolution zum zweiten Gründungsmythos, um eine Belagerungsmentalität zu vermitteln und, mit dem Verweis auf die permanente Kriegsgefahr, die Bevölkerung zu mobilisieren und den ihr auferlegten Entbehrungen einen höheren politischen Sinn zuzuschreiben.²⁵

Dank ihrer immer besser organisierten, aber auch immer brutaler vorgehenden Disziplinar- und Militärmacht gelang es den Bolschewiki zwar, selbst höchst bedrohliche Kriegssituationen zu überstehen. Allerdings schafften sie es nicht, mit den primitiven wirtschaftlichen Lenkungs- und Verteilungsmechanismen des „Kriegskommunismus“ eine sozialistische Wirtschaft aufzubauen. Angesichts der durch massive materielle und seelische Verwüstungen ruinierten und verrohten Gesellschaft stellte sich der militärische Triumph bald als Pyrrhussieg heraus, der den Sowjetstaat auf seinem Weg zum modernen Industrie- und Arbeiterstaat weit zurückwarf. Das Wirtschaftsaufkommen fiel bis 1921 auf nur noch knapp ein Drittel des Vorkriegsniveaus von 1913. Die Bevölkerungszahl Petrograds sank von vormals zwei Mio. im Revolutionsjahr auf nur noch 700.000. Die offiziellen Lebensmittelrationen beliefen sich dort bald auf weniger als 1.000 Kalorien pro Kopf, was zum Überleben bei weitem nicht ausreichte. Auch Moskau und andere Industriestädte entvölkerten

20 Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 627–678; Orlando Figes: *Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917–1921)*, Oxford 1989; Markus Wehner: *Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928*, Köln 1998; Stefan Karsch: *Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronež, 1917–1919*, Stuttgart 2006, S. 100–333; Aaron B. Retish: *Russia's Peasants in Revolution and War. Citizenship, Identity, and the Creation of the Soviet State, 1914–1922*, Cambridge 2008.

21 Beyrau (wie Anm. 6), S. 219–223; Richard Pipes: *Russische Revolution*. Bd. 2: *Die Macht der Bolschewiki*, Berlin 1992, S. 751–840; Nicolas Werth: *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*, in: Stéphane Courtois (Hg.): *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München/Zürich 1997, S. 51–298, hier S. 67–94; Christopher Reed: *War and Revolution in Russia, 1914–1922*, New York 2013, S. 174–179.

22 Matthew Rendle: *Revolutionary Tribunals and the Origins of Terror in Early Soviet Russia*, in: *Historical Research* 84 (2011), S. 693–721.

23 Zit. n. Koenen (wie Anm. 16), S. 764 ff.

24 Zit. n. Jörg Baberowski: *Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus*, München 2003, S. 38.

25 Beyrau (wie Anm. 6), S. 287–304; Schnell (wie Anm. 12), S. 402–427; Sheila Fitzpatrick: *The Civil War as a Formative Experience*, in: Abbot Gleason/Peter Kenez/Richard Stites (Hg.): *Bolshevik Culture. Experiment and Order in the Russian Revolution*, Bloomington 1985, S. 57–76; dies.: *The Legacy of the Civil War*, in: Diane Koenker/William G. Rosenberg/Ronald G. Suny (Hg.): *Party State and Society in Russian Civil War*, Bloomington 1989, S. 385–389; Jörg Baberowski: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*, München 2012, S. 78–81; Stefan Plaggenborg: *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt am Main 2006, S. 125–140.

sich. Zahllose Arbeiter bäuerlicher Herkunft kehrten den Fabriken den Rücken, verbunden mit der Hoffnung, sich in ihren Heimatdörfern besser versorgen zu können. Die schon vorher nicht besonders große Arbeiterklasse, in deren Namen die Bolschewiki meinten, den Sozialismus aufzubauen, schrumpfte weiter zusammen. Die von Lenin und seinen Getreuen ausgerufene „Diktatur des Proletariats“ drohte zu einer Diktatur ohne Proletariat zu werden.²⁶

Die sich während der Bürgerkriegsjahre permanent zuspitzende Notlage fand ihren traurigen Höhepunkt schließlich 1921/22, als es – auch bedingt durch eine lange Dürreperiode in den südlichen Agrargebieten – zu einer Hungerkatastrophe kam. In dem Land, das 1913 noch der weltführende Getreideexporteur gewesen war, griff Kannibalismus um sich. Die Hungersnot, unter der 30 Mio. Menschen litten, forderte bis zu fünf Mio. Opfer, löste weltweit Entsetzen aus und führte zu großen internationalen Hilfsaktionen.²⁷

Angesichts der prekären Versorgung, der ausufernden Kriminalität und der politischen Verfolgung lebten die Menschen fast überall im Sowjetstaat in Furcht und Not. Das war nicht die Revolution, für die viele gekämpft und in die sie so große Hoffnung gesetzt hatten.²⁸ Typisch für die große Enttäuschung ist das Wutschreiben eines Rotarmisten, der Lenin direkt ansprach und ihn als „blutrünstige Bestie“ und „Blutsauger“ bezeichnete, der die Revolution gekapert habe, um seine Machtinteressen brutal durchzusetzen. „Statt die Gefängnisse in Schulen zu verwandeln, sind sie heute voller unschuldiger Opfer. Statt die Erschießungen zu verbieten, hast Du den Terror organisiert, und täglich werden Tausende Menschen mit-leidslos erschossen. Du hast die Industrie zum Stillstand gebracht, so dass die Arbeiter hungern und die Menschen keine Schuhe und keine Kleider mehr haben.“²⁹

26 Zu den verheerenden Folgen des Bürgerkriegs vgl. Dietmar Neutatz: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert. München 2013, S. 168–170; Martin Aust: Die Russische Revolution. Vom Zarenreich zum Sowjetimperium, München 2017, S. 194–201.

27 Bertrand Patenaude: The Big Show in Bololand. The American Relief Expedition to Soviet Russia in the Famine of 1921, Stanford 2002; Felix Wemheuer: Der Große Hunger. Hungersnöte unter Stalin und Mao, Berlin 2012, S. 25–61; Sean McMeekin: The Russian Revolution. A New History, London 2017, S. 321–334; Igor' Narskij: Die multiethnische Bevölkerung des Urals in der Hungersnot von 1921/22, in: Alfred Eisfeld/Guido Hausmann/Dietmar Neutatz (Hg.): Hungersnöte in Russland und in der Sowjetunion 1891–1947. Regionale, ethnische und konfessionelle Aspekte, Essen 2017, S. 67–94.

28 Jonathan Aves: Workers Against Lenin. Labour Protest and the Bolshevik Dictatorship, London 1996; Simon Pirani: The Russian Revolution in Retreat, 1920–24. Soviet Workers and the new Communist Elite, New York 2008, S. 19–137; Mark D. Steinberg: The Russian Revolution 1905–1921, Oxford 2017, S. 101–113.

29 Zit. n. Smith (wie Anm. 5), S. 95.



„Erinnere Dich an die Hungernden“, Plakat aus dem Jahr 1921/22
Foto: sz-photo

Allein im Januar 1921 traten über 5.000 enttäuschte Soldaten und Arbeiter aus der Partei der Bolschewiki aus. Einen Monat später eskalierte der wachsende Unmut im Aufstand der Kronstädter Matrosen, die Trotzki wegen ihres Einsatzes für die Bolschewiki zuvor als „den Stolz und die Freude der Revolution“ gelobt hatte. Die Rote Armee schlug die Matrosenrebellion nach drei Wochen blutig nieder und nutzte die Situation sogar für Massenverhaftungen von Frauen und Minderjährigen. Die Internierungs- und Konzentrationslager der Bolschewiki füllten sich. Auch die Oktoberrevolution begann nun, „ihre Kinder zu fressen“.³⁰

Die Neue Ökonomische Politik (NEP) 1921–1928

Mit ihrem harten Durchgreifen in Kronstadt machten Lenin und seine Parteigänger deutlich, dass sie nicht davor zurückscheuten, jede Infragestellung ihrer Macht mit äußerster Brutalität zu bekämpfen. Sie mussten sich im Frühjahr des Jahres 1921 aber auch eingestehen, dass

30 Figes (wie Anm. 10), S. 800–810; Jan Kusber: Kleine Geschichte Petersburgs, Regensburg 2009, S. 128 ff.

sich das in Chaos und Elend versinkende Land regenerieren musste und beim Gewaltmarsch in den Sozialismus dringend einer Atempause bedurfte. Das „terroristische Notstandsregime des Bürgerkriegs“ kam an sein Ende.³¹

Entgegen aller Prophezeiungen war auch die Weltrevolution keineswegs aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Selbst die Hoffnungen auf ein „Sowjetdeutschland“ schwanden dahin, als die Arbeiteraufstände von 1921 und 1923 nicht das Ende der Weimarer Republik heraufbeschworen. Die Versuche der Moskauer Parteibosse scheiterten, außerhalb des eigenen Landes einen revolutionären Flächenbrand zu provozieren. Der jüngste Tag des Kapitalismus und der unwiderstehliche Siegeszug des Sozialismus ließen vorerst auf sich warten.³² Resigniert erklärte Trotzki damals, jetzt zeige sich leider in aller Deutlichkeit, „dass wir nicht so unmittelbar nahe dem Endziel, der Eroberung der Macht, der Weltrevolution stehen.“³³ Diese Einsicht zwang den Kreml zu einer Kurskorrektur.

In der Innenpolitik begannen die Bolschewiki mit dem X. Parteitag im März 1921, den hohen Mobilisierungsdruck merklich zu reduzieren. Mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) verkündete Lenin den taktischen Rückzug auf die „Kommandohöhen von Staat und Wirtschaft“. Die Bauern waren mit ihrer überlieferten Familienwirtschaft wieder weitgehend sich selbst überlassen. Die ihnen zugemutete Steuer- und Abgabenlast wurde auf ein erträgliches Maß reduziert; mit ihren Überschüssen durften die bäuerlichen Familien selbständig und weitgehend ungestört Handel treiben.³⁴ Im Juli 1921 gewährten die Bolschewiki auch wieder die Gewerbefreiheit für Handwerker und kleinindustrielle Betriebe. Staatsfirmen war es bald sogar erlaubt, ihre Fabriken an Einzelpersonen zu verpachten und bestimmte unternehmerische Tätigkeiten in private Hände zu geben. Durch diese Rückkehr zu privat- und marktwirtschaftlichen Praktiken kam es zu einer Wiederbelebung der Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land sowie zu einer spürbaren Aktivierung der Wirtschaftskreisläufe. Eine neue Grundstimmung,



„Die NEP zeigt uns den richtigen Weg“; Propagandaplakat von Michail M. Čeremnych, 1921-23
Foto: ullstein/Photo 12

nach Jahren des Kriegs zu neuen Ufern aufgebrochen zu sein, machte sich breit. Viele Menschen hofften, die Gewalt-herrschaft der Bolschewiki werde nun durch Bildungs- und Modernisierungsprogramme ersetzt: endlich Politik statt Krieg. Das öffentliche Leben kehrte in die Städte zurück, die sich mit Menschen füllten. In den Dörfern fanden große Alphabetisierungskampagnen, allerdings auch militante Feldzüge gegen die Religion statt.³⁵

31 Hildermeier (wie Anm. 18), S. 156.

32 Ebd., S. 352–366; Koenen (wie Anm. 16), S. 856–876; Dietrich Beyrau: Petrograd, 25. Oktober 1917. Die Russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus. München 2001. S. 241–245.

33 Zit. n. David Priestland: *Weltgeschichte des Kommunismus. Von der Französischen Revolution bis heute*. Bonn 2010, S. 165.

34 Wehner (wie Anm. 20), S. 123–265; Stephan Merl (Hg.): Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik und zur Entwicklung der Landwirtschaft während des „Kriegskommunismus“ und der Neuen Ökonomischen Politik, Berlin 1993; Tracy McDonald: Face to the Village. The Riazan Countryside Under Soviet War, 1921–1930, Toronto 2011; Katja Bruisch: Als das Dorf noch Zukunft war. Agrarismus und Expertise zwischen Zarenreich und Sowjetunion, Köln 2014.

35 Zur NEP vgl. Pirani (wie Anm. 28), S. 128–232; Sheila Fitzpatrick u.a. (Hg.): *Russia in the Era of NEP. Explorations on Soviet Society and Culture*, Bloomington 1991; Robert Service: *Lenin. Eine Biographie*, München 2000, S. 544–561; Stephen A. Smith: *Russia in Revolution. An Empire in Crisis, 1890 to 1928*, Oxford 2017, S. 263–373.



„Lenin an der Karte der Elektrifizierung“ (GOELRO-Plan), Gemälde des sowjetischen Malers Leonid Šmatko aus dem Jahr 1957
Foto: ullstein/Sputnik

Strom und Plan als Wegbereiter der Sowjetmoderne

Ungeachtet der pragmatischen Wende der NEP blieben das Visionäre und Utopische weiterhin wichtige Mobilisierungsressourcen. Das wurde nicht nur in der Kultur deutlich. In atemberaubend kreativer und experimentierfreudiger Weise brachte die sowjetische Avantgarde das Überschießende und Schwindelerregende der Zeit zur Anschauung und vermittelte damit den Eindruck, alle Blockaden seien nun aufgehoben. Im Strudel der gewaltigsten aller Revolutionen und im Mahlstrom des gesellschaftlichen Fortschritts werde der „neue Mensch“ – so proklamierte es Leo Trotzki 1924 vollmundig – dem Ziel entgegenstreben, „seiner eigenen Gefühle Herr zu werden, seine Instinkte auf die Höhe des Bewusstseins zu heben“, um so einen „höheren gesellschaftlich-biologischen Typus“ auf dem Niveau von „Aristoteles, Goethe und Marx“ zu erschaffen.³⁶ Das sich aus solchen überlegenen „Menschenmaterial“ bildende „Sowjetvolk“ könne aller Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende bereiten und neben der Freiheit auch den hehren revolutionären Idealen der Gleichheit und Brüderlichkeit den Weg in die

Wirklichkeit ebnen.³⁷

Darüber hinaus wurde die von Marx und Engels übernommene Idee der Elektrifizierung mit einem großen Plan in konkrete Modernisierungspolitik umgesetzt. Noch in den Wirren des Bürgerkriegs verkündete Lenin auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongress, der im Dezember 1920 groß inszeniert im Moskauer Bolšoj Theater stattfand, den zeitgemäßen Slogan: „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“.³⁸ Als verdichtetes Symbol von Modernität und Fortschritt sollte der Strom das neue Fluidum werden, um Staat und Gesellschaft zusammenzuführen.

Die neu ins Leben gerufene „Staatliche Kommission für die Elektrifizierung Russlands“ (GOELRO) nutzte der neue

.....

37 Andrej Sinjawschij: Der Traum vom neuen Menschen oder Die Sowjetzivilisation, Frankfurt am Main 1989; Derek Müller: Der Topos des neuen Menschen in der russischen und sowjetrussischen Geistesgeschichte, Bern 1998; Alexander Schwarz/Rainer Rother (Hg.): Der Neue Mensch. Aufbruch und Alltag im revolutionären Russland. Kommentar, Filmografie und Materialien, Bonn 2017; Klaus Gestwa: Der Sowjetmensch. Geschichte und Ambivalenz eines Kollektivsingulars, in: Osteuropa 68 (2018), Nr. 1–2, im Erscheinen.

38 Wladimir I. Lenin: Rede auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongress in: ders.: Werke, Bd. 31, Berlin 1966, S. 513.

36 Leo Trotzki: Literatur und Revolution, Berlin 1968 (1924), S. 214.

Parteistaat zugleich als ein Kooperationsangebot an die in den Wirren von Revolution und Bürgerkrieg oft diskreditierten „bürgerlichen Experten“, um das an Wissenschafts-, Organisations- und Ingenieurskompetenz zusammenzufügen, was in Sowjetrussland noch vorhanden war. Nur so gelang es, ein ehrgeiziges Elektrifizierungsprogramm zu erarbeiten, das den „ersten Perspektivplan“ in der modernen Wirtschaftsgeschichte darstellte. Begeistert bezeichnete Lenin das energiepolitische Großvorhaben der GOELRO als „unser zweites Parteiprogramm“ und als „Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien“. Der mitreißend präsentierte Elektrifizierungsplan versprach, mit seinen Netzwerken aus Stahl und Kabeln eine „festere ökonomische Basis“ für den neuen Sowjetstaat und damit die Grundlage für den Sprung ins Industriezeitalter zu schaffen.³⁹

Die für die Modernisierung der Volkswirtschaft dringend erforderliche Technologie musste Sowjetrussland damals im kapitalistischen Ausland erwerben. Davon profitierte in Europa vor allem Deutschland.⁴⁰ Zum wichtigsten Handelspartner und Technologieimporteur stiegen allerdings die USA auf, die fortan sowohl als Vorbild als auch als Kontrastfolie zum maßgeblichen Bezugspunkt für die Industrialisierungspolitik des Kremls wurden. Nikolaj Bucharin, der Cheftheoretiker der „Neuen Ökonomischen Politik“, erklärte im Februar 1923 unverblümt: „Wir brauchen Marxismus plus Amerikanismus“. Ähnlich äußerte sich Trotzki, der kämpferisch verlauten ließ, dass der „amerikanisierte Bolschewismus den imperialistischen Amerikanismus“ schon bald zerschmettern werde. Verwundert erklärten Beobachter aus den USA damals, der Name Ford sei oftmals bekannter als der Stalins, der nach Lenin zum Generalsekretär der Partei und damit zum neuen starken Mann im Kreml aufgestiegen war.⁴¹

39 Ebd., S. 510 ff. Zum GOELRO-Plan vgl. Klaus Gestwa: Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967, München 2010, S. 56–60.

40 Werner Beitel/Jürgen Nötzel: Deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen in der Zeit der Weimarer Republik, Baden-Baden 1979; Manfred Zeidler: Reichswehr und Rote Armee. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993; Martin Lutz: Siemens im Sowjetgeschäft. Eine Institutionengeschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917–1933, Stuttgart 2011.

41 Zit. n. Hans Rogger: Amerikanism and the Economic Development of Russia, in: Comparative Studies in Society and History 23 (1981), S. 382–420, hier S. 382–385. Zum Phänomen des kurses. vgl. auch Karl Schlögel: Go East oder die Zweite Entdeckung des Ostens, Berlin 1995, S. 185–199; Jutta Scherrer: „Einholen und Überholen“. Amerikanische Technologie aus sowjetrussischer Sicht. Die zwanziger und dreißiger Jahre, in: Martin Aust/Daniel Schönplugh (Hg.): Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2007, S. 179–208.

Das rote Imperium

Im Dezember 1922 erhielt der Sowjetstaat eine neue Verfassung. Das erste sozialistische Staatswesen hieß damit fortan „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“, meist abgekürzt als U.d.S.S.R. oder Sowjetunion. Dieses neue „rote Imperium“ entstand aus dem Zusammenschluss Sowjetrusslands mit der Ukraine sowie mit den kaukasischen und zentralasiatischen Gebieten, die vorher zum Zarenreich gehört hatten, dessen imperiales Erbe die Sowjetunion damit antrat. Die Verfassung von 1922 kodifizierte die schon während des Russischen Bürgerkriegs einsetzende rote Reconquista, nachdem im Anschluss an die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 einige Nationen in den Peripherien des Reichs die Gunst der Stunde genutzt hatten, um ihre Unabhängigkeit zu proklamieren. Finnland erlangte schon im Dezember 1917 die staatliche Selbständigkeit, die seitdem ungebrochen fort dauert.⁴² Auch in den drei baltischen Ländern (Litauen, Lettland, Estland) entstanden Nationalstaaten, die 1939 durch den berüchtigten Hitler-Stalin-Pakt und die gewaltsame Neuaufteilung des östlichen Europas zunächst ihr Ende fanden. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion errangen die baltischen Nationen 1991 ihre erneute Unabhängigkeit.⁴³

Besonders konfliktträchtig gestaltete sich das Verhältnis zwischen Sowjetrussland und Polen. Die staatliche Selbständigkeit Polens hatte der Versailler Friedensvertrag 1919 festgeschrieben. An sich überschneidenden Gebietsansprüchen entzündete sich allerdings im August 1920 der Polnisch-Sowjetische Krieg. Nach wechselhaftem Schlachtenverlauf verlor der Sowjetstaat mit dem Friedensvertrag von Riga am 18. März 1921 große Teile Weißrusslands und der Ukraine. Auch Vilnius, heute die Hauptstadt Litauens, fiel an die Zweite Polnische Republik. Die Unabhängigkeit und die kriegsbedingte Osterweiterung Polens war dem Kreml ein Dorn im Auge, so dass 1939 der Teufelspakt zwischen Hitler und Stalin auch die Zerschlagung der Zweiten Polnischen Republik besiegelte.⁴⁴

42 Oula Silvennoinen: Vom Grenzland zum Nationalstaat. Finnland und die Russischen Revolutionen, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 463–272.

43 Ralph Tuchtenhagen: Geschichte der baltischen Länder, München 2009, S. 76–104; Andres Kasekamp: A History of the Baltic States, Basingstoke 2010, S. 95–198.

44 Figes (wie Anm. 10), S. 741–744; Norman Davies: White Eagle – Red Star. London 2003; Adam Zamoyski: Warsaw 1920. Lenin's failed Conquest of Europe, London 2008; Kirsteen D. Croll: Soviet-Polish Relations, 1919–1921, Edinburgh 2009 (<http://theses.gla.ac.uk/663/1/2009crollphd.pdf> [Stand: 22.01.2018]); Jarosław Centek: Polish-Soviet War 1920–1921, in: 1914–1918-online. International Encyclopedia of the First World War, Berlin 2014–10-08., vgl. https://encyclopedia.1914-1918-online.net/article/polish-soviet_war_1920-1921 [Stand: 22.01.2018].

In Weißrussland und in der Ukraine ließen die deutschen und österreichischen Besatzungsmächte zunächst die Gründung von Volksrepubliken zu.⁴⁵ Nach dem Putsch des früheren zaristischen Generals Pavlo Skoropadskij kam es im April 1918 sogar zur Einrichtung eines „Ukrainischen Staats“. Dieses diktatorische Staatswesen zerbrach schon im Herbst 1918 am gesellschaftlichen Widerstand. Als die Rote Armee im Verlauf des Frühjahres 1920 den Großteil der Ukraine unter ihre Kontrolle gebracht hatte, waren damit alle Versuche gescheitert, dauerhaft einen unabhängigen ukrainischen Nationalstaat zu gründen. Die Westukraine gehörte bis 1939 zu Polen; die restlichen Gebiete wurden als Ukrainische Sowjetrepublik in die Sowjetunion integriert.⁴⁶

Im Kaukasus bildeten sich demokratische Republiken, die wie im Fall Armeniens und Aserbajdschans in Konflikt miteinander gerieten und keine Stabilität gewannen. Mit Ende des Jahres 1920 erlangten darum auch hier die Bolschewiki die Oberhand und setzten den jungen Nationalstaaten ein baldiges Ende. Im weiteren Verlauf der 1920er Jahre wurden immer wieder aufflammende Unruhen und Proteste brutal niedergeschlagen.⁴⁷

Die durch Revolution und Bürgerkrieg ausgelösten Wirren und Gewaltexzesse erfassten auch die zum Zarenreich gehörenden zentralasiatischen Gebiete. Die Bolschewiki trafen hier auf heftigen Widerstand, den vor allem die muslimische Aufstandsbewegung der Basmatschen bis in die Mitte der 1920er Jahre hinein leistete. Erst nach deren gnadenlosen Zerschlagung war die neue Sowjetmacht dauerhaft gesichert, so dass die Moskauer Kremlbosse die zentralasiatische Hinterlassenschaft des Zarenreichs antre-

ten konnten.⁴⁸

Vollmundig versprachen die bolschewistischen Machthaber, den vormaligen zarischen „Vielvölkerkerker“ in eine harmonische Vielvölkerfamilie zu verwandeln. Ihre Nationalitätenpolitik sollte die Botschaften der Dekolonisation und der nationalen Befreiung vermitteln, um damit dem US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson den Rang abzulaufen, der sich im Januar 1918 bei seinen Friedensbemühungen für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ ausgesprochen hatte und auf der politischen Weltbühne in Europa sowie in Asien zum „Apostel der Freiheit“ aufgestiegen war. Auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationalen, der am 6. März 1919 stattfand, um die kommunistischen Parteien zu einer politisch handlungsfähigen Weltorganisation zusammenzufassen, verkündete Trotzki: „Kolonialsklaven Afrikas und Asien! Die Stunde der proletarischen Diktatur in Europa wird auch die Stunde Eurer Befreiung sein.“⁴⁹

Um dieses selbstpostulierte „sowjetische Momentum der Weltgeschichte“ durch Taten zu unterstreichen, setzte die Parteiführung von Beginn an auf die Förderung nationaler Kader in den einzelnen Sowjetrepubliken, damit die neue sozialistische Politik nicht als neue Form russischer Fremdherrschaft wahrgenommen wurde. Diese Strategie, kooperations- und aufstiegswillige Einheimische mit Führungsaufgaben zu betrauen, erhielt den Namen „*korenizacija*“. Wörtlich übersetzt bedeutet dies Verwurzelung oder Einwurzelung. In den 1920er Jahren gingen die Bolschewiki bei ihren Indigenisierungsmaßnahmen vorübergehend sogar Zweckbündnisse mit den alten einheimischen Eliten ein, um ihre neu erworbene Herrschaft in entlegenen Gebieten abzusichern. Zugleich implementierten sie spezielle Bildungs- und Förderprogramme, um junge Einheimische zu loyalen Kadern heranzuziehen. Während der 1930er Jahre drängten diese stalinistischen Aufsteiger sodann die älteren einheimischen Funktionsträger gewaltsam aus ihren Ämtern, um mittels dieser Personalpolitik die Peripherien enger an das Zentrum zu binden.⁵⁰

45 Zu Weißrussland vgl. David R. Marples: Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (1917–1945), in: Dietrich Beyrau/Rainer Lindner (Hg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands, Göttingen 2001, S. 135–152; Per Anders Rudling: The Rise and Fall of Belarusian Nationalism, 1906–1931, Pittsburgh 2015.

46 Schnell (wie Anm. 12), S. 145–378; Rudolf Mark: Die gescheiterten Staatsversuche, in: Frank Golczewski (Hg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 177–201; Frank Grelka: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden 2005, S. 47–116; Wolfram Dornik u.a. (Hg.): Die Besatzung der Ukraine 1918. Historischer Kontext – Forschungsstand – wirtschaftliche und soziale Folgen, Graz 2008; ders. u.a. (Hg.): Die Ukraine zwischen Selbstbestimmung und Fremdherrschaft 1917–1922, Graz 2011; Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2014, S. 165–186.

47 Helmut Altrichter: Russland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997, S. 487–508; Koenen (wie Anm. 16), S. 835 f.; Rex A. Wade: The Bolshevik Revolution and Russian Civil War, Westport/London 2001, S. 93–99; Stephen Kotkin: Stalin. Bd. 1: Paradoxes of Power; 1878–1928, New York 2014, S. 395–400 u. 475–481; Zaal Andronikashvili: Verfemt und vergessen. Georgiens Sozialdemokratie und das Jahr 1917, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 409–424.

48 Baymirza Hayit: Basmatschi. Nationaler Kampf Turkestans in den Jahren 1917 bis 1934, Köln 1992; Adrienne Lynn Edgar: Tribal Nation. The Making of Soviet Turkmenistan, Princeton 2004; Adeeb Khalid: Making Uzbekistan. Nation, Empire, and Revolution in the Early USSR, Ithaca 2015.

49 Zur Debatte um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Dekolonisation vgl. Aust (wie Anm. 26), S. 212–228, Zitat S. 221.

50 Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 233–272; Andreas Kappeler: Russland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall, München 1993, S. 300–310; Terry Martin: The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939, Ithaca 2001; ders./Ronald Grigor Suny (Hg.): A State of Nations. Empire and Nationmaking in the Age of Lenin and Stalin, Oxford 2001; Jeremy Smith: Red Nations. The Nationalities Experience in and after the USSR, Cambridge 2013, S. 53–80.

Mit ihrer Nationalitätenpolitik förderten die Bolschewiki anfänglich gleichfalls die zuvor im Zarenreich oftmals unterdrückte Sprache, Kunst und Tradition der nichtrussischen Nationen, die deshalb eine kulturelle Blütezeit erlebten. Aber der Anteil russischer Lektürestoffe blieb weiter hoch, weil sich das Russische als lingua franca vor allem in Wissenschaft und Technik, in Wirtschaft und Verwaltung durchsetzte. Russisch war als Sprache des Fortschritts und des Sozialismus der Klebstoff, der das Sowjetimperium zusammenhalten sollte. Der Moskauer Parteistaat sah sich fortan vor die schwierige Aufgabe gestellt, die unterschiedlichen sprachlichen Interessen des russischen Zentrums und der nichtrussischen Peripherien auszuhandeln.⁵¹

Die Doppelstruktur der Macht: Rätepyramide und Parteiapparat

Statt auf allgemeine, freie Parlamentswahlen setzten die Bolschewiki auf vermeintlich direkte Formen der Massenbeteiligung an der politischen Willensbildung. Auf allen Ebenen von unten nach oben waren die Sowjetmenschen daher angehalten, direkt ihre Deputierten in einen sogenannten Rat zu wählen. An der Spitze der Rätepyramide stand der Allrussische Rätekongress, der aus seiner Mitte ein Zentrales Exekutivkomitee wählte, das dann wiederum die Regierung, d.h. den Rat der Volkskommissare bestimmte. „Sowjet“ heißt ins Deutsche übersetzt nichts anders als Rat. Es war also diese neue politische Organisationsform, die dem ersten sozialistischen Staatswesen seinen Namen gab.

Allerdings sah die neue Räterepublik nur auf dem Papier wie eine direkte Volksdemokratie aus. In der politisch-administrativen Wirklichkeit blieb das Verhältnis zwischen Zentral- und Regionalmacht weitgehend ungeklärt. Als oberstes Regierungsorgan riss der Rat der Volkskommissare immer mehr Funktionen und Aufgaben an sich. Politik wurde folglich im neuen Sowjetstaat zunehmend von oben zentral geplant und damit nicht, wie eigentlich vorgesehen, dezentral von unten über die pyramidenhafte Rätestruktur ausgeübt. Straffe Führung, zentrale Planung, strikte Disziplin und äußerste Anstrengung kennzeichneten die sowjetische Parteiherrschaft. Widerspruch und Kritik konnten sich nur schwer entfalten; dauerhafte Oppositionsarbeit sowie Massenproteste waren strikt untersagt. Später prägten die Parteiführer den in sich selbst widersprüchlichen Begriff vom „demokratischen Zentralismus“, um zu kaschieren, wer im Land das Sagen hatte. Die Räte

verkamen zur politischen Demokratiefassade; dahinter herrschte ein diktatorisch regierender Zentralstaat.⁵²

Wie wenig die Bolschewiki den Rätestrukturen und der politischen Willensbildung von unten vertrauten, zeigte sich darin, dass die neuen Machthaber im Kreml zugleich mit dem Aufbau fester Parteistrukturen begannen. Die Partei der Bolschewiki wurde von der lokalen Ebene im Dorf bis zur obersten Unionsebene in Moskau als eine eigenständige Machtstruktur straff organisiert. Die wichtigsten Aufgaben der Parteiorganisationen lagen darin, zum einen die Gesellschaft für die neuen Ziele des Sowjetstaats zu mobilisieren und zum anderen die Räte und die staatlichen Verwaltungsorgane zu kontrollieren. Eigentlich war die Partei nichts anders als das institutionalisierte Misstrauen der Kremlbosse, sowohl gegen den von ihnen geschaffenen Staatsapparat als auch gegenüber der Bevölkerung.⁵³

Die sich parallel entwickelnden Pyramiden der Staatsinstitutionen und Parteiorganisationen führten zu der für die Sowjetunion bis zu ihrem Ende prägenden Doppelstruktur der Macht. Der Wandel der bolschewistischen Partei von einer anfänglich straff organisierten politischen Kampftruppe hin zu einer gesellschaftlichen Massenorganisation mit Mobilisierungs- und Kontrollaufgaben zeigte sich schon in ihrem schnellen quantitativen Wachstum. Im Herbst 1917 hatten die Bolschewiki knapp 200.000 Parteimitglieder gezählt. Im März 1921 gab es bei stark steigender Tendenz schon 730.000 Sowjetbürger mit Parteibuch. Wer beruflich schnell aufsteigen wollte, musste im neuen Sowjetstaat den Bolschewiki beitreten.⁵⁴

Im weiteren Verlauf der 1920er Jahre gewannen diese parallel geschalteten Staats- und Parteibildungsprozesse erheblich an Dynamik. Mit seinen aufgeblähten Apparaten bürokratisierte sich der Sozialismus des sowjetischen Rätestaats. Sukzessive verstärkten die Bolschewiki ihre Organisations- und Mobilisierungsmacht. Das hält einige Historiker dazu an, im Rückblick die Phase der NEP trotz aller vorübergehenden gesellschaftlichen Entspannung als die „Inkubationszeit des Stalinismus“ zu bezeichnen.⁵⁵ Der sowjetische Parteistaat expandierte,

52 Zur Rätestruktur vgl. Manfred Hildermeier: Russische Revolution, Frankfurt am Main 2004, S. 95–99.

53 Reed (wie Anm. 21), S. 183–189; Smith (wie Anm. 5), S. 94–106; Robert Service: The Bolshevik Party in Revolution, A Study in Organisational Change 1917–1923, London 1979.

54 Zu diesen Zahlen vgl. Smith (wie Anm. 5), S. 102.

55 Baberowski (wie Anm. 25), S. 87. Zu den fortgesetzten gezielten Repressionen während der NEP vgl. Werth (wie Anm. 21), S. 150–158; Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 639–656; Schnell (wie Anm. 12), S. 385–401.

51 Baberowski (wie Anm. 25), S. 104–109; Neutatz (wie Anm. 26), S. 179–183; Aust (wie Anm. 26), S. 202–212; Koenen (wie Anm. 16), S. 837–842 u. 847–851.



Dritter Allrussischer Rätekongress, 1918
Foto: sz-Photo

um sich neue Möglichkeiten für seine Interventions- und Umgestaltungspolitik zu schaffen und die lang erhoffte Revolutionierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse endlich angehen zu können. Es waren dann die sich zuspitzenden Krisenerscheinungen der NEP, die den Boden dafür bereiteten, dass der neue Parteichef Stalin das von Lenin begonnene Revolutionswerk mit aller Macht und Gewalt fortsetzte, um im Sturm die Anschluss an die Entwicklung der Industriemoderne zu erzwingen.⁵⁶

Krise und Ende der „Neuen Ökonomischen Politik“ 1927/28

Während sich die Parteieliten als selbsternannte „Baumeister einer neuen Welt“ für einen „roten Fordismus“ begeisterten, mussten die Arbeiter erfahren, dass mit der Einführung moderner Industrieanlagen die Herrschaft ausländischer Ingenieure und Manager in die Fabriken zurück-

kehrte. Darüber hinaus kam es zur Schließung unrentabler Betriebe und zu zahlreichen Entlassungen. Angesichts dieser frappierenden Ähnlichkeiten mit der miserablen Lage der Arbeiter in kapitalistischen Ländern gewann die Verballhornung des Kürzels NEP als „Neue Expropriation des Proletariats“ zunehmend an Popularität.⁵⁷

Auch das volkswirtschaftliche Strukturdefizit der „Neuen Ökonomischen Politik“ trat seit 1927 immer offensichtlicher zutage. Der Marktmechanismus funktionierte kaum mehr, weil die Bauern für ihr Getreide wegen der staatlicherseits niedrig gehaltenen Aufkaufpreise viel zu wenig Geld erhielten. Industriell gefertigte Konsumwaren waren dahingegen sehr knapp und deutlich überbeuert. Die Machthaber versäumten es, diese offensichtlichen Disparitäten zu bereinigen, um die Wachstumsdynamik des marktwirtschaftlichen Wechselspiels von Angebot und Nachfrage wirklich zur Entfaltung zu bringen. Der Kreml hatte seine Agrarpolitik nach 1921 zwar unter dem Slo-

56 Zum Aufstieg Stalins und zu seinem Sieg im Machtkampf gegen Trotzki vgl. Hildermeier (wie Anm. 18), S. 168–193; S. 109–130; Kotkin (wie Anm. 47), S. 422–660; Chlewnjuk (wie Anm. 6), S. 116–157.

57 Priestland (wie Anm. 33), S. 139; Baberowski (wie Anm. 25), S. 99–104; Hildermeier (wie Anm. 18), S. 269–282 u. 297–301; Werth (wie Anm. 21), S. 150–158.

gan „Mit dem Gesicht zum Dorf“ propagiert, doch bei der beabsichtigten Herstellung eines „lebendigen Klassenbündnisses zwischen Bauern und Arbeitern“ (*smyčka*) kam den Interessen des Dorfes tatsächlich nur nachrangige Bedeutung zu.⁵⁸

Zudem war innerhalb der Partei ein heftiger Konflikt um den Sinn der NEP ausgebrochen. Dabei ging es nicht zuletzt darum, wer sich im Diadochenkampf um die Nachfolge des 1924 verstorbenen Lenins durchsetzte.⁵⁹ Leichtfertig verspielte die Partei mit ihren ideologisch und machtpolitisch aufgeladenen Querelen wirtschaftspolitische Optimierungspotentiale. Als es dann 1927/28 infolge ungünstiger Wetterereignisse zu einer Missernte kam, leerten sich die staatlichen Getreidespeicher in bedrohlicher Weise. Die Parteieliten verloren auch die letzte Hoffnung, dass sich mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ der herbeigesehnte schnelle Anschluss an die industrielle Moderne erreichen ließ. Trotz der spürbaren Regeneration der Volkswirtschaft hatte die Industrieproduktion 1926/27 außerdem erst den Stand von 1913 wieder erreicht.⁶⁰ Unter diesen Umständen übernahm Stalin die radikalen Konzepte seines Widersachers Trotzki, den er kurz zuvor politisch kaltgestellt und ins Ausland vertrieben hatte. Lenins Rückzug auf die „Kommandohöhen von Staat und Wirtschaft“ erklärte der Kreml endgültig für beendet. Nun galt es, an allen „Fronten“ in Form eines „großen Umschwungs“ in den Sozialismus „vorwärtzusppringen“, um einen umfassenden Wandel der sozioökonomischen Verhältnisse zu erzwingen.

Zwangskollektivierung und der erste Fünfjahresplan 1928–1932

Ausgestattet mit deutlich größerer Organisations- und Durchschlagskraft machte sich der sowjetische Partei-staat unter Stalin daran, die in den Wirren des Bürgerkriegs gescheiterte Zerstörung der bäuerlichen Familienwirtschaft erneut anzugehen. Die nach 1928 verordnete Zwangskollektivierung diente dazu, zum einen das Dorf dem Willen der Partei zu unterwerfen und zum anderen

durch die rücksichtslose Ausbeutung der Landbewohner die notwendigen Ressourcen und Arbeitskräfte für die zugleich in Angriff genommene Brachialindustrialisierung zu erhalten.⁶¹ Die kleinen bäuerlichen Familienwirtschaften mussten ihr Land und Vieh sowie ihre Arbeitsgeräte an die neu gegründeten Kollektivwirtschaften, die „Kolchozen“, abtreten. Mit dieser Enteignung der Bauern kam es zur Vernichtung der traditionellen Bauernwirtschaft und damit zur Zerstörung des überlieferten Dorflebens. Die proklamierte, aber nie tatsächlich umfassend realisierte Industrialisierung des Agrarsektors machte aus zuvor selbständigen Bauern lohnabhängige Landarbeiter. Diese empfanden die ihnen aufgezwungene Neuordnung oftmals als „zweite Leibeigenschaft“, weil sie sich ihres Landes und ihrer Freiheit beraubt und damit um die Früchte der Revolution von 1917 gebracht sahen.

Bei der gnadenlosen soziopolitischen Flurbereinigung des Landlebens richteten sich die Gewaltmaßnahmen der aus Arbeitern und Soldaten bestehenden bewaffneten Kollektivierungsbrigaden vor allem gegen die sogenannten „Kulaken“, die es im Dorf zu etwas Wohlstand gebracht hatten oder sprachmächtig und mutig genug waren, um ihren Unmut zu äußern. Mit unbarmherziger Entmenslichungsrhetorik verkündete der Kreml die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“. Diese bürgerkriegsähnliche Massenkampagne kostete Anfang der 1930er Jahre 600.000 Dorfbewohnern ihr Leben. Zwei Mio. wurden aus ihren Heimatdörfern in entlegene Peripherien deportiert, wo sie sich gegen ihren Willen als Zwangsarbeiter ins sozialistische Aufbauwerk einbringen mussten. Weiter verloren vier Mio. Bauern Heim und Hof; sie zogen in die Städte und auf Großbaustellen, um sich dort meist in großer Not eine neue Existenzgrundlage zu schaffen.

Die Liquidierungs- und Eliminierungsimperative führten ebenfalls zur Entweihung von Kirchen und anderen Gotteshäusern. Während der 1930er Jahre wurde 90 Prozent des Klerus der russisch-orthodoxen Kirche ermordet; auch zahlreiche geistliche Würdenträger anderer Konfessionen und Religionen fielen der atheistischen Gewaltpolitik zum Opfer. Stalin und seine Getreuen hatten außerdem keine Skrupel den Hunger als politische Waffe einzusetzen, um die Bauern und Nomaden Zentralasiens in die neue sozialistische Ordnung auf dem Land zu zwingen. Wegen dieser heftigen Verwerfungen endete die

58 Wehner (wie Anm. 20), S. 266–362; Hessler (wie Anm. 19), S. 135–171; James Hughes: *Stalin, Siberia and the Crisis of the New Economic Policy*, Cambridge 1991; James Heinzen: *Inventing a Soviet Countryside. State Power and the Transformation of Rural Russia, 1917–1929*, Pittsburgh 2004, S. 171–214.

59 Zum Tod Lenins und zu seinem politischen Testament vgl. Service (wie Anm. 35), S. 599–618.

60 Andrei Markevich/Mark Harrison: *Great War, Civil War and Recovery. Russia's National Income, 1913 to 1928*, Moscow 2011, Tab. A13 und A14, S. 30 f.

61 Im ideologischen Duktus der Zeit sprach der damals führende sowjetische Ökonom Evgenij Preobraženskij (1886–1937) euphemistisch von der „primitiven sozialistischen Akkumulation des Kapitals“. Zit. n. Smith (wie Anm. 5), S. 234.

Kollektivierung 1932/33 in einer erneuten Hungersnot, der fünf bis sechs Mio. Menschen zum Opfer fielen, mehr als die Hälfte davon in der Ukraine. Dort gilt diese Hungerkatastrophe heute als nationales Trauma und sogar als „Holodomor“, d.h. als ein von Moskau aus initiiertes Hungergenozid am ukrainischen Volk.⁶²

Neben der brutalen Umgestaltung der Landwirtschaft setzte der Kreml mit dem groß angelegten ersten Fünfjahresplan auf die schonungslose Mobilisierung aller verfügbaren sozialen und materiellen Ressourcen, um die lang herbeigesehnte Modernisierung der Industrie endlich zu erreichen. Über die von Wirtschaftsexperten anfänglich vorgeschlagenen Zielvorgaben setzte sich die Staats- und Parteispitze leichtfertig hinweg und forderte eine völlig überzogene Steigerung der Industrieproduktion um 180 Prozent. Doch damit nicht genug an Hast und Maßlosigkeit. Schon bald verkündete der Kreml als Richtlinie, der Fünfjahresplan müsse in nur vier Jahren erfüllt werden. Damit begann eine regelrechte Rekordjagd um die höchsten Zuwachsraten.⁶³

Allerdings erwies sich ein solcher ökonomischer Kraftakt als Überanstrengung mit fatalen Nebeneffekten. Die Planung ging oftmals im Aktionismus und im Massenappell unter. Der Historiker Moshe Lewin sprach vom „Verschwinden der Planung im Plan“ und spielte damit darauf an, dass vielerorts zwar die überambitionierten Planvorgaben gefeiert wurden, aber es keinen Plan gab, woher denn die Rohstoffe, die Arbeitskräfte und die Energie kommen sollten, um die vorgegebene Warenmenge tatsächlich produzieren zu können. Engpässe und Defizite gehörten damit von Beginn an zu den Geburtsfehlern der Planwirtschaft. Sie degradierte die Wirtschaftsakteure auf den untergeordneten Ebenen zu bloßen Befehlsempfängern. Die wiederholt angeordnete Stoßarbeit verschliss die Maschinen und trieb viele Arbeiter in die Erschöpfung. Pfusch und Verschwendung waren oft-



Stalin gibt sich volksnah, Aufnahme aus dem Jahr 1930.
Foto: FIA/Rue des Archives/sz photo

mals die Folge. Unter dem Diktat der Quantität litten die Qualität der Waren und die Produktivität der Arbeit.⁶⁴

Staatsterror: Schauprozesse, Denunziationskultur und Zwangsarbeit

Als sich die Ausrüstung und Versorgung der Betriebe als unzureichend für die verordnete Parforcejagd in die Industriemoderne erwiesen, weigerten sich die Parteibosse, die Ursachen dafür in ihrer überhitzten Politik zu sehen. Stattdessen deuteten sie Defizite und Engpässe als von „Volksfeinden“ verübte Sabotageakte. Die Sowjetpropaganda rief die Bevölkerung zu verstärkter „revolutionären Wachsamkeit“ auf, so dass bald eine Denunziationswelle das Land ergriff. Verbunden damit wurde der sorgfältig inszenierte, nach einer vorgegebenen Dramaturgie ablaufende Schauprozess zu einem gnadenlos eingesetzten Instrument der stalinistischen Dressur. Die so entfachte staatsterroristische Raserei zielte darauf, den sozialen Zusammenhalt zu zerstören und die Gesellschaft zu atomisieren. Ein sowjetischer Bauer bezeichnete darum 1930 den heraufziehenden Stalinismus als „eine Religion des Hasses, des Neids, der Feindschaft zwischen den Menschen“.⁶⁵

62 Zur Zwangskollektivierung und der Hungersnot von 1932/33 vgl. Stephan Merl: Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930–1941, Berlin 1990; ders.: Stalins Irrweg der Kollektivierung. Destruktive Kräfte und Lähmung der Eigeninitiative, in: Osteuropa 66 (2016), Nr. 8–10, S. 55–80; Sheila Fitzpatrick: Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization, Oxford 1994; Lynne Viola (Hg.): Peasant Rebels under Stalin. Collectivization and the Culture of Peasant Resistance, Oxford 1996; dies. (Hg.): The Tragedy of the Soviet Countryside. The War against the Peasantry, New Haven 2005; Robert Kindler: Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan, Hamburg 2014; Anne Applebaum: Red Famine. Stalin's War on Ukraine, London 2017.

63 Chlewnjuk (wie Anm. 6), S. 178–185; Robert W. Davies: The Soviet Economy in Turmoil, 1929–1930, Basingstoke 1989; Paul R. Gregory: Behind the Façade of Stalin's Command Economy, Stanford 2001; ders.: The Political Economy of Stalinism. Evidence from the Soviet Secret Archives, Cambridge 2004.

64 Zu den Mängeln der Kommandowirtschaft vgl. Moshe Lewin: The Disappearance of the Planning in the Plan, in: Slavic Review 32 (1973), S. 271–287; David R. Shearer: Industry, State, and Society in Stalin's Russia, 1926–1934, Ithaca 1996, S. 167–231; Stephan Merl: Die sowjetische Kommandowirtschaft. Warum scheiterte sie nicht früher, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 58 (2007), S. 656–675; Roland Götz: Planung ohne Plan. Das Versagen der Wirtschaftstheorie in der Sowjetunion, in: Osteuropa 63 (2013), Nr. 5–6, S. 125–150.

65 Zit. n. Baberowski (wie Anm. 25), S. 14. Zu den Schauprozessen vgl. Kotkin (wie Anm. 47), Bd. 1, S. 702–705; Hildermeier (wie Anm. 18), S. 408–412; Julie A. Cassiday: The Enemy on Trial. Early Soviet Courts on Stage and Screen, DeKalb, 2000.



Bau eines Hochofens in
Magnitogorsk, 1931
Foto: ullstein/Archiv Gerstenberg

Der erste Fünfjahresplan markierte auch einen tiefen Einschnitt in der Geschichte des sowjetischen Strafvollzugs- und Lagersystems. Im Jahr 1934 gab es in der Sowjetunion schon mehr als eine halbe Million Häftlinge, weil sowohl kleine Vergehen als auch (vermeintliche) politische Unzuverlässigkeit jahrelange Lagerhaft und Zwangsarbeit nach sich zogen. Bis 1938 sollte die Gesamtzahl der sowjetischen Strafgefangenen dann auf fast zwei Mio. ansteigen. Der berühmte stalinistische Lagerkomplex nahm Gestalt an. Für dessen Administration wurde 1934 die „Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien“ ins Leben gerufen. Unter dem Kürzel GULag entwickelte sich dieser Terrorapparat durch die rücksichtslose Nutzung von Zwangsarbeit zu einem bedeutenden Bau- und Wirtschaftsimperium. Seine Leiter und ihre Helfershelfer ließen sich in Form eines bekennenden Terrors ungeniert als „Volkserzieher“ und Sozialpädagogen feiern, die vermeintliche „Schädlinge“ zu „neuen Menschen umschmieden“ könnten.

Als das erste große Bauvorhaben der Lagerwirtschaft erlangte der während der Jahre 1931–33 im hohen Norden des europäischen Russlands fertig gestellte Weißmeer-Ostsee-Kanal (*Belomorkanal*) traurige Berühmtheit. 170.000 GULag-Häftlinge mussten dieses ökonomisch unsinnige Bauwerk unter menschenunwürdigen Bedingungen errichten. Wenigstens ein Viertel, wenn nicht sogar ein Drittel von ihnen verstarb am kräfteaubenden Arbeitseinsatz. In Anschluss daran stellte der GULag das „Arbeitskräftefond“ für den Moskau-Wolga-Kanal, der 1937 mit großem Pomp eröffnete wurde. Obwohl die Effektivität der Zwangsarbeit

fraglich blieb, bezogen die Parteibosse fortan die insgesamt 18 Mio. GULag-Häftlinge, die zwischen 1928 und 1956 den Hades der sowjetischen Industriegesellschaft durchlebten mussten, rücksichtslos in ihre ambitionierten Industrialisierungs- und Erschließungspläne ein. Der erste Fünfjahresplan, die Kolonisierung der Peripherien und die expandierende Lagerwelt verschmolzen zu einem repressiven politischen und ökonomischen System, das den Kern dessen ausmachte, was die historische Forschung heute als Stalinismus bezeichnet.⁶⁶

Brückenköpfe des Sozialismus im „industrialisierten Neandertal“

Zentraler Meilenstein der sowjetischen Brachialindustrialisierung war auch Stalins Industriefestung im Südrussland, die in der Steppe Anfang der 1930er Jahre neu aus dem Boden gestampften Stahlmetropole Magnitogorsk. Sie sollte als beeindruckendes Gebilde aus einem Guss den unbändigen Expansionswillen und die raumerschließende Dynamik der neuen sozialistischen Industriegesellschaft veranschaulichen.

66 Zur Geschichte des GULag vgl. Schlögel (wie Anm. 17), S. 118–159; Dietrich Beyrau: GULAG – die Lager und das Sowjetsystem, in: Sowi 29 (2000), S. 166–176; Anne Applebaum: Der Gulag, Berlin 2003; Klaus Gestwa: Auf Wasser und Blut gebaut. Der hydrotechnische Archipel GULag, 1931–1958, in: Osteuropa 57 (2007), Nr. 6, S. 239–266; Julia Landau/Irina Scherbakowa (Hg.): Gulag: Texte und Dokumente 1929 – 1956, Göttingen 2014; Felicitas Fischer von Weikersthal/Karoline Thaidigmann (Hg.): (Hi-)Stories of the Gulag. Fiction and Reality, Heidelberg 2016; Michael David-Fox (Hg.): Soviet Gulag. Evidence, Interpretation, and Comparison, Pittsburgh 2016.

Die erste industrielle Retortenstadt der Sowjetunion wurde zum überwältigenden Prestigeobjekt und Schaufenster des Sozialismus. Vom Prinzip her war Magnitogorsk der amerikanischen Stahlstadt Gary in Indiana nachempfunden. Die Technologie für das Stahlwerk lieferte die unter Vertrag genommene US-Firma McKee aus Cleveland. Für den Entwurf einer neuartigen „Bandstadt“, der besonderes Augenmerk auf kurze Wege zwischen Fabrik- und Wohnviertel legte, gewann die Sowjetunion den deutschen Stadtplaner Ernst May, an dessen Konzept die Verantwortlichen bald aber immer mehr Abstriche machten.

Trotz der Enttäuschung über May setzte die zu Mitte der 1930er Jahre schon von 250.000 Menschen bewohnte Industriestadt Magnitogorsk Wegzeichen für die Entwicklung der sowjetischen Urbanität. Zudem lieferten ihre gigantischen Hochöfen und Walzwerke den Stahl, den die Sowjetwirtschaft dringend für den rasanten Wandel ihrer Schwer- und Rüstungsindustrie brauchte. Als stählerne Wiege der sowjetischen Industriegesellschaft stellt Magnitogorsk einen Mikrokosmos dar, in dem sich sowohl die Errungenschaften als auch die Verwerfungen des ersten Fünfjahresplans beobachten lassen. Die neue Rüstungsschmiede schöpfte aus dem Vollen und zwar aus allen Bereichen der Sowjetgesellschaft. Neben einem Heer an Zwangsarbeitern kamen nicht wenige Freiwillige voller Enthusiasmus nach Magnitogorsk. Andere versuchten hier verzweifelt irgendeinen Arbeitsplatz, eine Schlafpritsche oder eine Lebensmittelkarte zu ergattern. Magnitogorsk wurde damit zum Fluchtpunkt und Überlebensort, an dem der soziale Untergrund des Sowjetsystems das Fundament der neuen Welt bilden sollte. Wer sich hierher begab, wurde sofort in einen Strudel von Technik und Terror, von Aufbau und Raubbau hinein gesogen.⁶⁷

Das galt in gleicher Weise für das zwischen 1928 und 1932 an den Stromschnellen des Dnepr' bei Zaporozje errichtete Flusskraftwerk. Dank massiver technologischer Anschubhilfe aus den USA, Deutschland und Schweden stellte dieser neue hydroenergetische Gigant das „Wahrzeichen der neuen sozialistischen Sowjetukraine“ dar. Während der revolutionäre Furor von Zwangskollektivierung

und Brachialindustrialisierung damals über die Landschaften und ihre Bewohner hinwegfegte, wurde das Kraftwerk mit seinen Dämmen und Kanälen als „Bollwerk des Sozialismus“ zelebriert, das nicht nur die reißenden Fluten des Dnepr' bändigte. Vielmehr sollte es sich auch den zersetzenden Kräften der Zweifler und Ungläubigen entgegenstellen. Der neue Kolossalbau stand als in Stahl und Beton gegossener Brückenkopf der Industriemoderne dafür, dass es „keine Festungen“ gäbe, die – so Stalin 1931 – „die Bolschewiki nicht einnehmen könnten“.⁶⁸

Mit den ersten beiden Fünfjahresplänen technisierte, urbanisierte und proletarisierte sich die Sowjetunion. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterschaft verdreifachte sich von 1928 bis 1940 auf 8,4 Millionen, die des ingenieur-technischen Personals stieg von 119.000 auf 930.000. Ähnliche Zuwachsraten gab es bei Bau- und Transportarbeitern.⁶⁹ Die zahlreichen Großbaustellen überall im Land wirkten als soziale Schmelztiegel, in denen alte Überzeugungen und Werte ihre kulturelle Bindekraft verloren, um neue Identitäten formen zu können. Hier konnten sich Arbeiter und Ingenieure durch ihren Arbeitseinsatz bewähren, sich als „Erbauer einer lichten Zukunft“ profilieren und damit zu denjenigen sozialen Trägerschichten werden, die sich die Kremlbosse sehnlichst als erforderliche Machtbasis gewünscht hatten.⁷⁰

Trotz des entfesselten wirtschaftlichen Wachstums blieben die Kultstätten der stalinistischen Industrialisierung mit ihren ins Grandiose und Utopische ausgreifenden Dimensionen Orte sowohl des gesellschaftlichen Aufbruchs als auch der sozialen Abgründe. Während die Arbeiter lernten, hochmoderne Hochöfen in Betrieb zu nehmen, blieben ihre Lebensbedingungen äußerst prekär. Es fehlte vor allem an Wohnraum und an medizinischer Versorgung, aber auch an Hygiene, Nahrungsmitteln und Massenbedarfsartikeln. Hinter den verordneten Anstieg der Produktionsraten hatte die Verbesserung der erbärmlichen Lebenssituation stets zurückzutreten. Angesichts der weit verbreiteten Gewalt und Not erwies sich die Sowjetmoderne in ihrer radikalisierten Variante darum nicht nur als technologisch beeindruckend, sondern zugleich als sozial und moralisch zurückgeblieben.

67 Schlögel (wie Anm. 17), S. 118–132; Stephen Kotkin: *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995; Thomas Flierl (Hg.): *Standardstädte. Ernst May in der Sowjetunion 1930–1933. Texte und Dokumente*, Berlin 2012; Philipp Blom: *Die zerrissenen Jahre, 1918–1938*, München 2014, S. 290–309; Evgenija Konyševa/Mark Meerovič: *Linkes Ufer, rechts Ufer. Ernst May und die Planungsgeschichte von Magnitogorsk (1930–1933)*, Berlin 2014; Helmut Altrichter: *Ernst May: Musterstädte in der Sowjetunion*, in: Horst Möller u.a. (Hg.): *Deutsch-russische Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert. Einflüsse und Wechselwirkungen*, München 2016, S. 95–106.

68 Anne D. Rassweiler: *The Generation of Power. The History of Dneprostroi*, New York 1988.

69 Beyrau (wie Anm. 32), S. 134.

70 Matthew J. Payne: *Stalin's Railroad. Turksib and the Building of Socialism*, Pittsburgh 2001; Tanja Penter: *Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953*, Essen 2010; Julia F. Landau: *Wir bauen den großen Kuzbass! Bergarbeiteralltag im Stalinismus 1921–1941*, Stuttgart 2012.

Der österreichisch-ungarische Schriftsteller Arthur Koestler, der 1932 als überzeugter Kommunist die Sowjetunion bereiste, fand das Leben der Arbeiter dort derart bedrückend und schäbig, dass er von der „überwältigenden Öde eines industrialisierten Neandertals“ sprach.⁷¹

Das Ende des Revolutionszyklus

Nachdem Lenin 1917 mit einer ‚Revolution von unten‘ die politischen Verhältnisse in Russland radikal verändert hatte, war es Stalin, der nach 1928 mit einer ‚Revolution von oben‘ die sozialen und wirtschaftlichen Umstände grundlegend neugestaltete, um im Modus des Kriegs und Ausnahmezustands die erste Industriemoderne sozialistischer Provenienz entstehen zu lassen. Wie der Bürgerkrieg knapp eine Dekade zuvor führte die brachiale Kollektivierungs- und Industrialisierungsoffensive nach 1928 das Land erneut an den Rand des Abgrunds. Vor lauter angeblichen Erfolgen von euphorischem Schwindel befallen, erkannte der Kreml in dieser Situation aber doch, dass er der total erschöpften und durcheinander gewirbelten Sowjetgesellschaft nach fünf mörderischen Jahren des ersten Fünfjahresplans eine dringend benötigte Atempause gewähren musste. Die Parteibosse fuhren das brutale Schrittmaß von Terror und Wandel vorübergehend herunter.⁷² Die Propaganda inszenierte die Sowjetgesellschaft nun als glückliche „große Familie“, der Stalin als der „große Lokomotivführer der Geschichte“ vorstand. Die tatsächlichen und vermeintlichen Errungenschaften des ersten Fünfjahresplans wurden nicht als Leistungen der hart arbeitenden Sowjetmenschen dargestellt, sondern vielmehr als Geschenke Stalins an seine „Kinder“, die ihm dafür in ihrer unendlichen Dankbarkeit Gehorsam und Gefolgschaft schulden würden. Als „Alchemie der Macht“ entwickelte sich dieser glorifizierende Personenkult zu einem der prägenden Merkmale der sowjetischen Parteistaatsdiktatur.⁷³

Die frühe Sowjetunion war eine Welt der heroischen Überlebenskämpfe und der vielversprechenden Technikabenteuer, gekennzeichnet sowohl von Aufbruchsstim-

mungen als auch von unsäglichen Entbehrungen sowie Zumutungen. Der Aufstieg der Sowjetmoderne erfolgte keineswegs nach einem kontinuierlich verfolgten Masterplan. Vielmehr führte die Abfolge verzweifelter Fluchten nach vorn und anschließender taktischer Rückzüge zu einer ruckartigen Entwicklung der sowjetischen Modernisierungsdiktatur. Bei näherer historischer Betrachtung fällt zum einen das durch den katastrophischen Fortschritt geschaffene Unfertige und Bruchstückhafte der sowjetischen Industriegesellschaft auf, zum anderen die Brutalität der bolschewistischen Weltverbesserer, die kompromiss- und skrupellos die oftmals widerständige Gesellschaft ins Industriezeitalter zerrten. Während die Baugrube den einen als Geburtsstätte einer neuen Gesellschaft erschien, wurde diese für viele andere zum Friedhof ihrer Hoffnungen.⁷⁴

Als Stalin mit dem Ende des ersten Fünfjahresplans voller Stolz den erfolgreichen „Aufbau des Sozialismus“ verkündete, erklärte er damit auch das von Lenin 1917 begonnene Revolutionswerk nach fünfzehn bewegenden Jahren für vollendet. Der Revolutionszyklus, der 1905 als Sequenz von miteinander verbundenen Revolutionen, Reformen und Kriegen begonnen hatte, fand 1932 so sein Ende. Der revolutionäre Bolschewismus, in dem vieles noch in Fluss gewesen war, wich dem Stalinismus, in dem sowohl ein mächtiger politischer Unterdrückungsapparat als auch eine neue gesellschaftliche Ordnung feste Formen angenommen hatte. Wie der vorherige Zarismus war dieser Stalinismus zwar durch Terror, Unfreiheit und imperiale Herrschaft geprägt.⁷⁵ Wichtige Prozesse fanden zudem über das in der Forschung oft als historische Wasserscheide gehandhabte Revolutionsjahr 1917 ihre Fortsetzung.⁷⁶ Dennoch lässt sich der grundlegende Wandel der Verhältnisse kaum übersehen. Während das Zarenreich auf dem Weg in die Moderne war, hatte sich der erste sozialistische Staat mit einem gewaltigen Kraftakt schließlich ins Indus-

71 Arthur Koestler: Als Zeuge der Zeit. Das Abenteuer meines Lebens, Frankfurt am Main 1986, S. 179.

72 Zu den sich aufhellenden gesellschaftlichen Stimmungslagen nach 1932 vgl. Karen Petrone: *Life Has Become More Joyous, Comrades. Celebrations in the Time of Stalin*, Bloomington 2000; Jukka Gronow: *Caviar with Champagne. Common Luxury and the Ideals of Good Life in Stalin's Russia*, Oxford 2003; Amy E. Randall: *The Soviet Dream World of Retail and Consumption in the 1930s*, Basingstoke 2008.

73 Benno Ennker: Politische Herrschaft und Stalinkult 1929–1939, in: Stefan Plaggenborg (Hg.): *Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte*, Berlin 1998, S. 151–182; Jan Plamper: *The Stalin Cult. A Study in the Alchemy of Power*, New Haven 2012.

74 Die Metapher der „Baugrube“ prägte der sowjetische Schriftsteller Andrej Platonov (1899–1951), um in seinem so betitelten Roman die Träume und Alpträume des ersten Fünfjahresplans literarisch zu verarbeiten. Zu diesem eindrucksvollen, 1930 fertiggestellten und kürzlich neu ins Deutsche übersetzten Werk vgl. Manfred Sapper u.a. (Hg.): *Utopie und Gewalt. Andrej Platonov: Die Moderne schreiben* (= Themenheft: Osteuropa 8–10 (2016)), Berlin 2016.

75 So bestritt der 1922 aus der Sowjetunion vertriebene Philosoph Nikolaj Berdjajev (1874–1948) sogar, dass es überhaupt eine Revolution in Russland gegeben habe, und erklärte: „Die ganze Vergangenheit wiederholt sich und agiert lediglich hinter neuen Masken.“ Zit. n. Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 807. Vgl. ausführlich Nikolaj Plotnikov: *Konservative Sinnsuche. Die russische Philosophie der Gegenrevolution*, in: *Osteuropa* 67 (2017), Nr. 6–8, S. 243–258.

76 Programmatisch dazu neuerdings Matthias Neumann/Andy Willmott (Hg.): *Rethinking the Russian Revolution as a Historical Divide*, Oxford 2018.



„Wir danken dem lieben Stalin für die glückliche Kindheit!“, Plakat von Nina N. Vatolina, 1950
Foto: ullstein/Heritage Images

triezeitaler katapultiert. Der Begriff Revolutionszyklus ist darum nicht so sehr im naturwissenschaftlichen Sinne von Kreisprozess und Wiederkehr zu verstehen, sondern vielmehr im kulturellen Verständnis als eine Reihe aufeinander folgender eruptiver Akte und Veränderungen, die durch einen übergeordneten historischen Geschehnisszusammenhang eng miteinander verbunden sind und daher als eine einheitliche fundamentale Transformationsphase untersucht werden müssen.⁷⁷

Nach 1932 führten die fortschreitenden Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse zu einem größeren Maß an gesellschaftlicher Komplexität. Das sowjetische Gesellschaftsprojekt wandelte sich dadurch und bot Raum für veränderte Visionen vom Sozialismus sowie neue Sozialisierungs- und Individualisierungsprozesse.⁷⁸ Solange

.....

77 So u.a. Sheila Fitzpatrick: *The Russian Revolution, 1917–1932*, Oxford 2001; Adam Tooze: *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916–1931*, München 2015.

78 Anna Krylova: *Soviet Modernity: Stephen Kotkin and the Bolshevik Predicament*, in: *Contemporary European History* 23 (2014), S. 167–192; dies.: *Imagining Socialism in the Soviet Century*, in: *Social History* 42 (2017), S. 315–341.

Stalin im Kreml residierte, verabschiedete sich der Par-teistaat in seiner prachtvollen Scheinheiligkeit aber weder von der Methode des Notstandshandelns noch von der Technologie der Repression und Zwangsmobilisierung. In den Jahren 1937 und 1938 entfesselte der „Große Terror“ mit seinem weitreichenden Panorama sozialer und ethnischer Säuberungen sowie dem bedenkenlosen Kahlschlag der Führungskader einen erneuten Orkan der Gewalt. Ein Land, das schon zuvor zum Schauplatz brutalster Modernisierungs- und Zivilisierungsexperimente am lebenden Gesellschaftskörper geworden war, erlebte eine unvorstellbare Steigerung des Staatsterrors, der überall zuschlagen und jeden treffen konnte. Damals wurden 1,5 Mio. Menschen verhaftet, knapp 700.000 von ihnen erschossen. Ganze Sowjetvölker wurden unter den Generalverdacht der Kollaboration mit ausländischen Feinden gestellt und in entlegene Peripherien zwangsdeportiert. Zum dritten Mal innerhalb von knapp 20 Jahren war die sowjetische Welt durch einen heillosen politisch initiierten Tumult aus den Fugen geraten, aber erneut nicht in den Abgrund gestürzt. Im November 1938 erklärte Stalin den zuvor von ihm entfachten, knapp zweijährigen Bluttausch für beendet, nachdem die brutalen Säuberungswellen mittlerweile für den Sowjetstaat zu einer existenzgefährdenden Bedrohung geworden waren.⁷⁹

Mit der Schaffung einer soziale und natürliche Ressourcen rücksichtslos ausplündernden Raub- und Beute-ökonomie hatte sich die Sowjetunion schon zu Beginn der 1930er Jahre zu einer Kriegswirtschaft im Frieden entwickelt. Am Ende dieser Dekade ordnete Stalin dann an, die ökonomischen Tätigkeiten zunehmend auf den drohenden Weltkrieg auszurichten.⁸⁰ Diesen konnte die Sowjetunion nach anfänglichen Niederlagen unter Aufbietung aller Kräfte 1945 schließlich siegreich beenden, damit die Revolution verteidigen und sogar zur Weltmacht aufsteigen, die ihrer Bevölkerung jedoch bis zu Stalins Tod 1953 weiter die Früchte von Sieg und Frieden vorenthielt und sich erst dann allmählich in eine sozialistische Fürsorge-diktatur transformierte.⁸¹ Fortan war es immer weniger der Rote Oktober 1917, sondern vielmehr der 9. Mai 1945,

.....

79 Chlewnjuk (wie Anm. 6), S. 222–262; Baberowski (wie Anm. 25), S. 212–368; Orlando Figes: *Die Flüsterer. Leben in Stalins Russland*, Berlin 2007, S. 341–462; Stephen Kotkin: *Stalin, Bd. 2: Waiting for Hitler, 1928–1941*, New York 2017, S. 311–579.

80 Chlewnjuk: (wie Anm. 6), S. 317–486; Baberowski (wie Anm. 25), S. 369–496; Mark Harrison: *Accounting for War. Soviet Production, Employment, and the Defence Burden, 1940–1945*, Cambridge 1996.

81 Galina Ivanova/Stefan Plaggenborg: *Entstalinisierung als Wohlfahrt: Sozialpolitik in der Sowjetunion 1953–1970*, Frankfurt am Main 2015.

der als „Tag des Sieges“ zum Dreh- und Angelpunkt der sowjetischen Geschichte wurde und es bis heute in vielen postsowjetischen Nachfolgestaaten geblieben ist.⁸²

Politische Deutungen

Über Zeit und Raum hinweg beeinflusst das Jahr 1917 das historische und politische Denken. Diese Fernwirkungen machen den Russischen Revolutionszyklus bis heute zu einem umstrittenen Erinnerungsort.⁸³ Seit jeher schwankt die Deutung des Revolutionsgeschehens zwischen den Sehnsüchten, die in ihm zum Ausdruck kamen und die immer noch nachwirken, und den Schrecknissen, die sich daraus ergaben, dass die Parteiführer meinten, mit aller Gewalt ihre Erlösungs- und Allmachtsfantasien den Menschen aufzwingen zu müssen. Das politische Handeln der neuen Machthaber war von hochgesteckten Zielen und erstaunlicher Energie, aber auch von rücksichtsloser Entschlossenheit und Kompromisslosigkeit gekennzeichnet. Durch beschleunigten Wandel und gewaltige Umbrüche miteinander verbunden, bildeten Traum und Terror den Binärcode der russischen Revolutionsgeschichte. Beides muss in den Blick genommen werden, um zu verstehen, warum das Jahr 1917 heute weiterhin die Menschen fasziniert und sie zugleich erschauern lässt.⁸⁴ Auch für 1917 gilt, was der französische Historiker François Furet mit Bezug auf das Umbruchjahr 1789 konstatierte, dass nämlich in diesen welthistorischen Wendezeiten die Revolution „ein so umfassendes Versprechen dar[stellt], dass sie eine unbegrenzte Elastizität anbietet.“⁸⁵

Für großen Interpretationsspielraum sorgt vor allem, dass die erstmalige Staatswerdung des Sozialismus in einem sich industrialisierenden Imperium geschah, „in dem der Kapitalismus noch in den Kinderschuhen steckte“.⁸⁶ Die

sich daraus ergebende Vielschichtigkeit und Rückständigkeit ließ die neue Sowjetunion zum „Versuchsgelände einer beispielsweise Sturm-und-Drang-Modernisierung“ werden.⁸⁷ Das wirft die immer wieder gestellte Frage auf, ob die im Sowjetstaat zu beobachtenden Deformationen von Revolution und Fortschritt „struktureller und nicht ideologischer Art“ seien.⁸⁸ Zur Ehrenrettung des Sozialismus sehen die einen vor allem in den widrigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen Russlands die Ursache für die sowjetische Gewaltgeschichte. Andere wiederum deuten den Sozialismus als Menschheitsverbrechen im Gewand einer Erlösungstutopie. Sie machen für die „tragische und niederträchtige Geschichte“⁸⁹ des Russischen Revolutionszyklus den unheilvollen Utopismus der Kremlbosse verantwortlich, die in ihrer ideologischen Fixierung auf das hehre Endziel des Kommunismus in Endlösungen dachten und handelten. Bei der Überwindung widerständiger Realitäten zeigten sie darum keine Gnade; sie unterwarfen alles und alle ihrem unbändigen Willen zur Neueinrichtung der Welt. Folglich waren es gerade die überschwänglichen Versprechen der Revolution, die ihr Versagen mit heraufbeschworen. Diese Einsicht verwirft die gern auf die Sowjetgeschichte bezogene Erklärungsformel: „Gut gedacht, Schlecht gemacht“.

Eine der fortdauernden Lehren des Jahres 1917 besteht demnach darin, dass verheißungsvolle Ideologien, die sich der Verwirklichung eines fernen Gesellschaftsideals verschreiben und einen Absolutheitsanspruchs erheben, starker rechtsstaatlicher und zivilgesellschaftlicher Einhegungen bedürfen, damit deren Protagonisten in ihrer menschheitsgeschichtlichen Selbstberufung und in ihrem politischen Machbarkeitswahn keine sozialdestruktiven Wirkungen und tödlichen Potentiale freisetzen können.⁹⁰

Bis 1991 verkündete die Sowjetpropaganda, die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ habe nicht nur für die Völker Russlands, sondern für die gesamte Menschheit eine neue Epoche eröffnet. Der Rote Oktober sollte „als Ouvertüre eines kommunistischen Weltzeitalters begriffen und erfahren werden.“⁹¹ Der erste Präsident des postsowjetischen Russlands, Boris Jelzin, erklärte in seiner Rede vor

82 Werner Benecke: Der 9. Mai – ein sowjetischer Feiertag zwischen mehreren Kalendern, in: Rudolf Jaworski/Jan Kusber (Hg.): *Erinnern mit Hindernissen. Osteuropäische Gedenktage und Jubiläen im 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Münster 2011, S. 65–78; Ekaterina Makhotina: *Auf der Suche nach der verlorenen Heimat. Das gesellschaftliche Erinnern an das 20. Jahrhundert im heutigen Russland*, in: Jörg Zedler (Hg.): *„Was die Welt im Innersten zusammenhält“. Gesellschaftlich-staatliche Kohäsionskräfte im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 77–104; Misha Gabowitsch/Cordula Gdaniec/Ekaterina Makhotina (Hg.): *Kriegsgedenken als Event. Der 9. Mai 2015 im postsozialistischen Europa*, Paderborn 2017.

83 Tilman Mayer/Julia Reuschenbach (Hg.): *1917 – 100 Jahre Oktoberrevolution und ihre Fernwirkungen auf Deutschland*, Baden-Baden 2017.

84 Smith (wie Anm. 5), S. 244; Heiko Haumann: *Erinnerung an 1917. Sichten der Revolution*, in: ders. (Hg.): *Die Russische Revolution 1917*, Stuttgart 2016, S. 173–186, hier S. 186.

85 François Furet: *1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Frankfurt am Main 1980, S. 10.

86 Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 805.

87 Schlögel (wie Anm. 17), S. 18.

88 Smith (wie Anm. 5), S. 233.

89 Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 822.

90 Vgl. dazu bes. Karl Popper: *Utopie und Gewalt*, in: Arnhelm Neusüss (Hg.): *Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen*, Neuwied/Berlin 1968, S. 313–326.

91 Dietrich Geyer: *Die Russische Revolution*, Göttingen 1985, S. 130.



„Höher das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin!“, Plakat von Gustaw G. Klucis aus dem Jahr 1936
Foto: ullstein/Elizaveta Becker

dem US-Kongress im Juni 1992, die Oktoberrevolution habe mit dem „Idol des Kommunismus [...] überall sozialen Hader, Hass und beispiellose Brutalität verbreitet und die Menschheit mit Furcht erfüllt.“⁹²

Dieser Wechsel der politischen Vorzeichen verdeutlicht, warum der Revolutionsfeiertag des 7. Novembers⁹³ nach dem Zerfall des Sowjetimperiums im politischen Festkalender zunehmend an Bedeutung verlor. Zunächst 1996 in „Tag der Aussöhnung und Eintracht“ umbenannt, wurde der Gedenktag in Russland dann 2004 auf den 4. November vorverlegt und damit nicht mehr auf den Roten Oktober, sondern auf den Sieg über die „polnisch-litauischen Interventionisten“ im Jahr 1612 bezogen, um damit den Heldentum und die Geschlossenheit des Volkes zu rühmen. Nationalpatriotische Harmonie ersetzt seitdem den vorher gepriesenen revolutionären Klassenkampf.⁹⁴ Statt des Umsturzes eines längst überlebten Regimes wird des militärischen Triumphs über äußere Feinde gedacht. Ganz im Dienst der von Putins Polittechnokraten verfügten

historischen Sinnstiftung gilt nicht mehr „Befreiung“, sondern vielmehr „Versöhnung“ als die zentrale Botschaft des Jahres 1917, um damit der russischen Bevölkerung die Lust auf Revolte zu nehmen und ihren Glauben an die Notwendigkeit einer starken Staatlichkeit zu festigen. In der antirevolutionären Revolutionserinnerung tritt der Konsenszwang an die Stelle einer politischen Streitkultur und eine stagnierende Stabilität an die Stelle von Wandel.⁹⁵

Zwar gibt es im russischen Internet und in einzelnen Städten interessante gesellschaftliche Initiativen, um das Gedenken an das Jahr 1917 für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu nutzen.⁹⁶ Zudem haben einige russische Historiker international beachtete

92 Zit. n. Pipes (wie Anm. 9), Bd. 3, S. 819.

93 Im 1917 geltenden alten Kalender war das der 25. Oktober.

94 Zum Wechsel der Feiertage vgl. Jan Plamper: Erinnerung und Verdrängung der Revolution in Russland – zwischen Märtyrologie, Konspirologie und starkem Staat, in: Jan Claas Behrends/Nikolaus Katzer/Thomas Lindenberg (Hg.): 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution, Berlin 2017, S. 279–294, hier S. 279–283.

95 Den politischen Ausdruck fand dieser verordnete Versöhnungsdiskurs in dem im November 2017 eingeweihten „Denkmal der Versöhnung“ in Sevastopol' auf der annektierten Halbinsel Krim. Dort war es im Bürgerkrieg 1920 zu heftigen Gefechten und Massakern gekommen. Ähnliche Versöhnungsdenkmale gibt es in Krasnodar, Novorossijsk, Novočerkassk, Irkutsk und St. Petersburg. Vgl. Ekaterina Makhotina: Keine Experimente. Russlands Geschichtspolitik und die Revolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 211–230, hier S. 225 f.

96 Die Unsicherheit im Umgang mit dem heiklen Gedenkjahr 1917 verdeutlicht am Beispiel von Museumsausstellungen Kristiane Janeke: Revolution im Museum 1917–2017. Heikles Gedenken in Russland, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 323–341. Zum fragmentierten und widersprüchlichen Geschichtsbewusstsein vgl. Anna Schor-Tschudnowskaja: Fragmente der Erinnerung. Zum historischen Bewusstsein junger Russen, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 355–370.

Studien zu bislang vernachlässigten Aspekten der Revolutionsgeschichte vorgelegt und damit zur akademischen Horizonterweiterung beigetragen.⁹⁷ Die offiziellen Gedenkveranstaltungen, die im Auftrag des Präsidentenamts von der Russischen Historischen Gesellschaft und anderen Organisationen durchgeführt worden sind, zielen allerdings darauf, die Revolution nicht mehr positiv als hoffnungsvollen, von leidenschaftlicher Sehnsucht nach einer besseren Welt getragenen Aufbruch darzustellen, sondern vor allem negativ mit Erschütterung, Kontrollverlust und Unordnung zu konnotieren. Diese abwertenden Zuschreibungen dienen zum einen dazu, das Überspringen der postsowjetischen „Farbrevolutionen“ auf Russland zu verhindern und den ukrainischen „Majdan“ zum politisch leicht instrumentalisierbaren Feindbild zu erheben. Zum anderen versucht das Putin-Regime, mit der Diskreditierung der Revolution sowie seiner unentwegten Selbstinszenierung als Ordnungsmacht und Sicherheitsgarant zu kaschieren, dass es ihm als Sachverwalter der bestehenden Machtverhältnisse sowohl an jeglicher strategischer Orientierung als auch an einem attraktiven, zukunftsfähigen Gesellschaftsmodell fehlt.⁹⁸

Das offizielle, Deutungshoheit beanspruchende Moskauer Geschichtsbild propagiert heute mit Unterstützung der Russisch-Orthodoxen Kirche die „Entweihung Lenins“ als deutscher Agent, die „Heroisierung Stalins“ als erfolgreicher Industrialisierungsmanager sowie die „Sakralisierung Nikolaj. II“ als Märtyrer.⁹⁹ Dabei fällt auf, dass in der Erinnerung an das Jahr 1917 die Februarrevolution mit ihrem demokratischen Aufbruch und Gesellschaftsexperiment ganz unter die Räder von Politik und Geschichte geraten ist. Den Protagonisten des Februarregimes habe es – so die populäre Deutung in Russland – als Marionetten des Auslands an gesellschaftlichem Rückhalt, taktischem Geschick und dem starken Willen zur Macht gefehlt. Daher sei es im Anschluss an den Sturz des Zarismus zum entfesselten Chaos und zur nationalen sowie imperialen Krise gekommen. Vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse deuten russische Kommentatoren die Februarereig-

nisse 1917 sogar als „erste Farbenrevolution“. Sie entwerfen damit eine negative Traditionslinie, bei der es darum geht, liberale Werte und Reformen als bedrohlich und unrußisch zu denunzieren.¹⁰⁰

In Weißrussland hingegen gibt es zwar auch eine nationale Lesart der Russischen Revolutionen. Die Erinnerung an die 1918 kurzzeitig existierende Belarussische Volksrepublik dient der historischen Legitimation der eigenen Staatlichkeit und der historischen Sinnstiftung. Zugleich wird aber die alte sowjetische Leseart weiter gepflegt, die Oktoberrevolution habe Ungleichheit und Unterdrückung beendet. Das Pathos der Emanzipation und die Faszination für die sowjetischen Fortschrittsprojekte sind in Weißrussland längst noch nicht verflogen, obwohl das autoritäre Lukašenka-Regime die Revolution aus dem Bereich des politisch Möglichen ins Reich der Geschichte verbannt wissen will.¹⁰¹

In der Ukraine lässt sich gleichfalls eine Nationalisierung der Revolutionsgeschichte beobachten. Die damaligen ersten ukrainischen Staatsbildungsversuche erhalten mittlerweile die größte Aufmerksamkeit. Viele Kommentatoren erkennen Parallelen zwischen dem Revolutionsjahr 1917 und der „Revolution der Würde“ auf dem Majdan 2013/14. In beiden Fällen sei es um das Streben nach nationaler Selbstbestimmung sowie um den Kampf für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte gegangen. Der ukrainische Diskurs betont darum nicht allein das Gewalt-, sondern verstärkt auch das Emanzipationspotential der Revolution. Es gelte, das sowjetische Erbe durch eine konsequente „Dekommunisierung“ zu entsorgen und die Ukraine mit ihren nationalen Freiheitstraditionen in die gesamteuropäische Revolutionsgeschichte einzuschreiben.¹⁰²

Die aktuelle Instrumentalisierung der Revolutionserfahrung überzieht sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Weder in ihrer politischen Reichweite noch in ihrem visionären Weitblick können die „Farbrevolutionen“ und der „Arabische Frühling“ sinnvoll auf Augenhöhe zu den Revolutionen des Jahres 1917 gebracht wer-

97 Ljudmila Novikova: Horizonterweiterung. Zur Historiographie der Russischen Revolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 295–304.

98 Il'ja Kalinin: Antirevolutionäre Revolutionserinnerungspolitik. Russlands Regime und der Geist der Revolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 7–17; Lev Gudkov/Natalija Zorkaja: Instrumentalisieren, Klittern, Verdrängen. Russlands unerwünschtes Revolutionsjubiläum, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 19–42.

99 Ebd., S. 34–38; Margarete Zimmermann: Einheit und Versöhnung. Russlands Orthodoxe Kirche und die Erinnerung an die Revolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 259–262; Philipp Bürger: Ausgelagert in die „Bad-Bank“. Die Revolution in Russlands Bildungspolitik und Schulbuch, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 343–354.

100 Makhotina (wie Anm. 95), S. 228 f. Einzig die mittlerweile politisch marginalisierten liberalen Parteien sehen heute in Russland in der Februarrevolution ein positives historisches Erbe. Vgl. Andrej Linčenko/Daniil Anikin: Revolution schlecht, Tradition gut. Russlands Parteien und die Oktoberrevolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 371–382.

101 Aleksej Bratočkin: Hybride Erinnerung in Belarus. Eine Literaturschau zur Oktoberrevolution, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 305–322.

102 Tatiana Zhurzhenko: Neuerfindung und Entsorgung. Ukraine: Die Revolution 1917 im Lichte des Majdans, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 273–290.



Demonstranten während der „oranzen Revolution“ in Kiev, November 2004
 Foto: sz photo/ap/dpa/picture alliance

den. Sicherlich vermittelten die Regimewechsel der letzten Jahre die Hoffnung, endlich den Weg für einen Neuanfang frei zu machen, bevor sie in den Widrigkeiten des politischen Alltagslebens und angesichts massiver Widerstände ihre Umgestaltungskraft dann schnell verloren. Als vor allem nachholende Revolutionen fehlte ihnen jedoch der Zauber, ein grundsätzlich neues Gesellschaftsprojekt für das 21. Jahrhundert ins Leben zu rufen und damit den Anspruch erheben zu können, einen welthistorischen Einschnitt zu markieren.

Zum Schluss: Der historische Ort

Kürzlich stellte die einflussreiche Osteuropa-Historikerin Sheila Fitzpatrick fest, die neuere Forschung beschreibe die Oktoberrevolution keineswegs mehr als notwendig und unvermeidbar, um sie als mehr oder weniger zufällige Episode der Geschichte ihrer Größe zu berauben.¹⁰³

.....
 103 Sheila Fitzpatrick: What's Left?, in: London Review of Books, 7/2017, S. 13–15. Von einer „fading memory“ spricht Steinberg (wie Anm. 28), S. 350.

Freilich zweifelt heute niemand weiterhin daran, dass im Jahr 1917 in enger Verbindung mit den Folgen des Ersten Weltkriegs das „lange 19. Jahrhundert“ zu Ende ging und mit dem „kurzen 20. Jahrhundert“ (1917/8–1989/91) das neue „Zeitalter der Extreme“ begann.¹⁰⁴ Der Rote Oktober stellt unverändert eine Epochenscheide dar; er führte zum Aufbau einer neuartigen Weltanschauungsfront. Sie manifestierte im Kalten Krieg schließlich eine über 50 Jahre fortdauernde Zweiteilung der Welt. In den heißen Eskalationsphasen des Ost-West-Konflikts blickte die Menschheit wiederholt in den Abgrund der gegenseitig gesicherten Vernichtung.

Der Horror und die Faszination, die von der Oktoberrevolution ausgingen, ließen im 20. Jahrhundert kaum ein Land unberührt. Es entstand die „erste globale politische Massenbewegung, die Menschen verschiedenster Ethnien und Kulturen, Männer wie Frauen, Arbeiter wie Intel-

.....
 104 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1997, S. 114.

lektuelle einschloss.¹⁰⁵ Viele Völker hörten die Signale, die von Moskau als der Welthauptstadt des Sozialismus und dem neuen machtpolitischen Gravitationszentrum ausgingen. Der Kreml stilisierte sich zum Beschützer der Entrechteten und Unterdrückten; die sowjetischen Parteiführer riefen unermüdlich die kolonisierten Länder zur Auflehnung gegen die „Hegemonie des kapitalistisch-imperialistischen Westens“ auf. Viele glaubten tatsächlich, aus der Oktoberrevolution und dem anschließenden Aufbau des Sozialismus erfolgversprechende Strategien und Praktiken der politischen Machteroberung ableiten zu können. „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ – der in der DDR verkündete Slogan blieb keineswegs nur ein Kalauer. Der sowjetische Parteistaat und seine Planwirtschaft wurden zum Exportschlagier einer „Red Globalization“.¹⁰⁶ Insgesamt zählen heute Historiker 36 Staaten, die in ihrer Geschichte zeitweise eine sozialistische Regierung hatten (bzw. noch haben). Auf seinem Höhepunkt gegen Ende der 1970er Jahre bestand das sozialistische Weltlager aus insgesamt 16 Staaten, von denen sich die Mehrheit nach 1989 jedoch – vor allem im östlichen Europa – vom Sozialismus verabschiedete.¹⁰⁷

Noch heute lebt aber weiter ein Fünftel der Menschheit in der Welt des Kommunismus. Die für sie typischen repressiven Herrschaftsstrukturen, die Formen einer hochkonzentrierten, staatlich gesteuerten Wirtschaftsexpansion und die wolkigen Zielvorstellungen von einer „Großen Gemeinschaft“ sind keineswegs im Orkus der Geschichte verschwunden.¹⁰⁸ Vor allem der in China praktizierte „Kommunismus 4.0“ belegt eindrucksvoll, dass trotz des im Kalten Krieg allseits gepflegten unversöhnlichen Wettstreits der Ideologien „zwischen Kommunismus und Kapitalismus keine chinesische Mauer [liegt].“ Chinas gegenwärtig viel bewunderte, wachstumsgetriebene Modernität „stellt die Formel vom ‚Ende des Kommunismus‘ genauso in Frage wie zugleich auch die axiomatische Verknüpfung einer ‚freien Wirtschaft‘ mit einer ‚liberalen Gesellschaft‘.“¹⁰⁹

Und auch in Russland sind Oktoberrevolution und Sozialismus keineswegs vom Antlitz der Erde verschwunden. 1991 ging wohl das erste rote Imperium zu Ende, weil „dessen Zeit abgelaufen war“, aber keineswegs die sowjetische Geschichte. Die Sowjetunion war – so Karl Schlögel – weit mehr als nur „ein politisches System mit datierbarem Anfang und Ende“. Sie war „eine Lebensform“ und eine „Zivilisation“. Als deren materielle Trümmer und ideelle Splitter hinterlassen bis heute „Sprachen, der Stil von Verwaltungs- und Schulgebäuden, Infrastruktur, Bildungswege und Biographien, Hass auf oder sentimentale Anhänglichkeit an die Herren von einst“ ihre Spuren in der postsowjetischen Welt.¹¹⁰

Anders als Trotzki 1924 stolz prognostiziert hatte, entstand im Anschluss an den Roten Oktober kein „sozialistischer Übermensch“. Allerdings blieben die Umerziehungsbemühungen des Parteistaats nicht wirkungslos. Die zentralistische Konstruktion von Gesellschaft führte – wie z.B. der Moskauer Soziologe Jurij Levada sozialwissenschaftlich begründete und die weißrussische Literatur-Nobelpreisträger Svetlana Aleksijewič in ihrer Dokumentationsprosa darlegt – dauerhaft zur Ausprägung bedeutsamer Persönlichkeitsstrukturen.¹¹¹ Ihre vier Schlüsselmerkmale sind „erzwungene Selbstisolation, staatlicher Paternalismus, egalitaristische Hierarchie, imperiales Syndrom“. ¹¹² Diese entsprechen zwar keineswegs den Idealen der Oktoberrevolution, entsprangen aber doch der durch sie geschaffenen gesellschaftlichen Realitäten. Vom sozialistischen System zunehmend korrumpiert und demoralisiert, wandelte sich der „Homo Sovieticus“ vom anfänglichen Enthusiasten schließlich zum Opportunisten, der auch nach 1991 die Kainsmale des sowjetischen Autoritarismus keineswegs zu überwinden vermag, sondern diese im Dauerbeschuss nationalpatriotischer Propaganda nur weiter reproduziert. Die über politische Zäsuren hinweg scheinbar ungebrochene Untertanenkultur wirft die Fragen auf, inwieweit der aktuelle „Homo Putinicus“¹¹³ auf den problematischen Ablagerungen der Sowjetära im Innenleben der russischen Menschen fußt und ob neben

105 Tobias Rupprecht: Die Russische Revolution und der globale Süden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 36–36/2017, S. 21–26, hier S. 21.

106 Oscar Sanchez-Sibony: Red Globalization. The Political Economy of the Soviet Cold War from Stalin to Khrushchev, Cambridge 2014; Tobias Rupprecht: Soviet Internationalism after Stalin. Interaction and Exchange between the USSR and Latin America during the Cold War, Cambridge 2015.

107 Archie Brown: Aufstieg und Fall des Kommunismus, Berlin 2009, S. 1 u. 6 f.

108 Ebd., S. 19 u. 805 ff.

109 Koenen (wie Anm. 16), S.1015–1022, Zitate auf S. 1021.

110 Schlögel (wie Anm. 17), S. 20 ff.

111 Juri Lewada: Die Sowjetmenschen 1989–1991. Soziogramm eines Zerfalls, Berlin 1992; Svetlana Alexijewitsch: Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus, München 2013; Lev Gudkov: Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen, Berlin 2017.

112 Lewada (wie Anm. 111), S. 26.

113 So die griffige Formulierung von Igor Eidman: Die Russen werden sich nicht ewig ducken, in: NZZ, 22.11.2016, vgl. <https://www.nzz.ch/meinung/kommentare/aufstieg-und-fall-des-homo-putinicus-die-russen-werden-sich-nicht-ewig-ducken-ld.129623> [Stand: 20.01.2018].



Soldaten der „Roten Garde“ Chinas, 1973
Foto: sz-Photo/Rue des Archivs/AGIP

den autoritär-imperialen Institutionen nicht auch die Mentalität des Sowjetmenschen ein fortwährendes Erbe des Roten Oktobers ist.¹¹⁴ In jedem Fall verdeutlicht diese Debatte, dass „die Russische Revolution ihre Kinder und Enkelkinder noch nicht entlassen [hat].“¹¹⁵ Der fortdauernde „lange Abschied“¹¹⁶ lässt die Oktoberrevolution zur „Untoten“¹¹⁷ werden, die auf gespenstische Weise weiter durch Geschichte und Gegenwart spukt und deshalb konsequent historisiert werden muss, um den gesellschaftlichen Schaden zu minimieren, der durch ihre politische Instrumentalisierung angerichtet werden kann. ▀

.....
¹¹⁴ Jan Kusber: Was nach hundert Jahren bleibt. Russland und der Rote Oktober 1917, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 231–241.

¹¹⁵ Jan Claas Behrends/Nikolaus Katzer/Thomas Lindenberg: 100 Jahre Roter Oktober. Versuche zur Historisierung der Russischen Revolution, in: dies. (Hg.): 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution, Berlin 2017, S. 9–28, hier S. 20.

¹¹⁶ Nikolaus Katzer: Russlands langer Abschied. Die Revolution als Geschichte und Gegenwart, in: Osteuropa 67 (2017), Nr. 6–8, S. 43–64.

¹¹⁷ Zhurzhenko (wie Anm. 102), S. 288.

Der sogenannte „Röhm-Putsch“ – eine Zäsur in der Geschichte des nationalsozialistischen Regimes

von Bernhard Sauer



Schauplatz des Geschehens: die Pension Hanselbauer in Bad Wiessee am Tegernsee
Foto: sz photo

Die Mordwelle im Sommer 1934

Die Niederschlagung des vom NS-Regime so benannten „Röhm-Putsches“ 1934 war eine innenpolitische Aktion, die den terroristischen Charakter des „Dritten Reichs“ offen zutage treten ließ.¹ Ihr Hauptstoß richtete sich gegen die SA-Führung. Die Sturmabteilung (SA) war nach einer Vereinbarung zwischen Hitler und Kapitän Hermann Ehrhardt vom August 1921 zu einer schlagkräftigen Parteitruppe ausgebaut worden. Ehrhardt ließ Angehörige seiner Marinebrigade in die nationalsozialistische Parteitruppe eintreten und stellte Offiziere für die Ausbildung zur Verfügung. Der erste SA-Führer, Marineleutnant a. D. Hans-Ulrich Klintzsch, hatte zuvor ebenfalls der Ehrhardt-Brigade angehört. Die SA besaß von Anfang an einen Doppelcharakter: Sie sollte als Parteitruppe den Schutz von Versammlungen übernehmen, zugleich wurde sie nach dem Vorbild der paramilitärischen Wehrverbände organisiert. Über Ernst Röhm, der über gute Kontakte zu den paramilitärischen Verbänden verfügte, hatte Hitler die Verbindung zu den Wehrverbänden und Freikorps gesucht. Zahlreiche Angehörige dieser Verbände stellten sich daraufhin der SA zur Verfügung. Auf diese Weise wurde „eine Organisation rücksichtslosester Kraft und brutalster Entschlossenheit“ geschaffen.² In der von den Nationalsozialisten sogenannten „Kampfzeit“, im Kampf um die politische Macht während der Weimarer Republik, lieferte sich die SA zahlreiche Straßenschlachten mit den politischen Gegnern, vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 begann das neue Regime sofort mit der Umstrukturierung des Staates und der Ausschaltung sämtlicher Gegner. 1934 holte Hitler mit der Inszenierung des sogenannten „Röhm-Putsches“ auch zum wesentlichen Schlag gegen innerparteiliche Gegner aus. Dabei wurde der SA-Führung vorgeworfen, einen gegen Hitler gerichteten Putsch geplant zu haben. Die Exekution zahlreicher SA-Führer wurde mithin als präventive Maßnahme, als notwendige Handlung zum Schutze des Staates dargestellt. Hitler habe in „Staatsnotwehr“ gehandelt. Zugleich wurden zahlreiche Gegner des NS-Regimes im Zuge des „Röhm-Putsches“ inhaftiert oder getötet, wie etwa der ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher oder der Publizist Fritz Gerlich.

1 Dazu neu erschienen: Bernhard Sauer: In Heydrichs Auftrag: Kurt Gildisch und der Mord an Erich Klausener während des Röhm-Putsches, Berlin 2017; vgl. auch Ernst Piper: Nazis gegen Nazis, in: eines tages/spiegel online v. 29.06.2009, vgl. <http://www.spiegel.de/einestages/75-jahre-roehm-putsch-a-948373.html> [Stand: 06.03.2018].

2 Zit. n. Albrecht Tyrell: Führer befahl ... Selbstzeugnisse aus der Kampfzeit der NSDAP, Bindlach 1991, S. 50.

In einem eigens erlassenen „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“ vom 3. Juli 1934 wurden die Exekutionen für „rechters“ erklärt. Die SA wurde „gleichgeschaltet“, sie spielte politisch und militärisch keine Rolle mehr. Ihr Niedergang war zugleich die Voraussetzung für den Aufstieg der SS (sogenannte Schutzstaffel unter der Führung Himmlers). Im Hinblick auf die „großen Verdienste“ der SS im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 hob Hitler das Unterstellungsverhältnis unter die SA auf und machte sie zur selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP. Der 30. Juni 1934 war der wichtigste Schritt auf dem Wege Deutschlands zum „SS-Staat“ (Eugen Kogon).³

Der Schlag gegen die SA wurde detailliert vorbereitet. Um den 25. Juni 1934 wurden die SS- und SD-Führer in Alarmbereitschaft versetzt und nach Berlin berufen. Dort erklärten Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich, dass eine Revolte der SA unmittelbar bevorstehe. Auch die Reichswehr wurde über den Putschplan informiert und veranlasst, für die SS-Einheiten Waffen, Transportraum und Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Am 27. Juni 1934 erschien der Kommandeur der SS-„Leibstandarte“, Sepp Dietrich, im Reichswehrministerium und erbat sich vom zuständigen Stabsoffizier zusätzliche Waffen und Munition für einen geheimen und sehr wichtigen Auftrag des „Führers“. Mit seinem SS-Sonderkommando fuhr Dietrich in der Nacht vom 29. zum 30. Juni nach Bayern, wo er Hitler zur Verhaftung der Führungsspitze der SA nach Bad Wiessee begleiten sollte. An diesem Tag begab sich Hitler in Begleitung von Hermann Göring und Viktor Lutze nach Essen, um an der Hochzeit von Gauleiter Josef Terboven teilzunehmen. Von Essen aus befahl Hitler Röhm, dafür zu sorgen, dass sich alle SA-Führer am späten Vormittag des 30. Juni zu einer Besprechung mit Hitler in Röhm's Urlaubsort Bad Wiessee einfanden.

In Essen wurden auch die Einzelheiten für den Schlag gegen die SA besprochen. Göring kehrte nach Berlin zurück, um dort die bevorstehende Aktion zu leiten. Hitler flog noch in der Nacht zusammen mit Lutze und Goebbels nach München. Gegen vier Uhr morgens traf er dort ein. Da sich das SS-Sonderkommando unter Dietrich verspätet hatte, fuhr Hitler allein in Begleitung von Goebbels und Lutze sowie ausgesuchten SS-Männern nach Bad Wiessee. Dort herrschte noch völlige Ruhe. Die zur Besprechung eingetroffenen SA-Führer hatten am Vor-

3 Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1946.

abend ausgiebig gezecht und schliefen ihren Rausch aus.

Hitler ließ es sich nicht nehmen, eine Peitsche in der Hand haltend, seinen alten Duzfreund Röhm höchstpersönlich die Verhaftung mitzuteilen. Der Breslauer Polizeipräsident Edmund Heines wurde im Bett mit einem Freund vorgefunden.⁴ Die SA-Führungsriege wurde ins Gefängnis in München-Stadelheim geschafft. Auf Befehl Hitlers wurden die SA-Führer Wilhelm Schmid, August Schneidhuber, Hans Hayn, Peter von Heydebreck, Hans Erwin von Spreti-Weilbach und Edmund Heines von einem Kommando unter Sepp Dietrich in Stadelheim erschossen. Bei Röhm zögerte Hitler zunächst noch.⁵ Am Sonntag, dem 1. Juli 1934, erhielt der Kommandant des Konzentrationslagers Dachau, Theodor Eicke, von Hitler den Befehl, Röhm Gelegenheit zum Selbstmord zu geben. Falls er sich weigere, solle er erschossen werden. Eicke beauftragte Michael Lippert, an der Ausführung dieses Befehls teilzunehmen.

Röhm kam der durch den Gefängnisverwalter überbrachten Aufforderung, innerhalb von zehn Minuten Selbstmord zu begehen, nicht nach. Daraufhin betreten Eicke und Lippert seine Zelle und gaben auf ihn fast gleichzeitig zwei Pistolenschüsse ab. Lippert feuerte wahrscheinlich noch einen dritten, laut eigener, in der Anklageschrift vermerkter Aussage, „Gnadenschuss“ auf Röhm ab.⁶

Auf das Stichwort „Kolibri“ hin, das Goebbels an Göring übermittelte, begannen SS-Kommandos in Berlin eine beispiellose Mordwelle. Zahlreiche SA-Führer wurden aufgegriffen und in der Lichtenfelder Kadettenanstalt, der Kaserne der SS-„Leibstandarte“ Adolf Hitlers, reihenweise erschossen. Zu ihnen gehörte auch der Berliner SA-Gruppenführer Karl Ernst, der vom SS-Hauptsturmführer Kurt Gildisch von Bremen in die Kadettenanstalt überführt und in seiner Gegenwart erschossen wurde.

Die SA als militärischer Machtfaktor innerhalb der nationalsozialistischen Strukturen

Die SA, die schon in der Machtergreifungsphase eine entscheidende Rolle gespielt hatte, entwickelte sich nach



Röhm und Hitler auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1933
Foto: sz photo/Scherl

1933 zu einer bedeutenden Massenorganisation. Mitte 1934 war ihre Mitgliederzahl von etwa 500.000 zum Zeitpunkt der Regierungsübernahme auf viereinhalb Millionen angewachsen – die zahlenmäßige Stärke der SA überstieg damit sogar die der NSDAP.⁷ Ihre Zusammensetzung war zwar durch die Eingliederung nationaler Wehrverbände, vor allem des „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ alles andere als homogen; zudem gab es innerhalb der SA zahlreiche Reibereien und Unmutsbekundungen insbesondere der „alten Kämpfer“ über die eigene miserable wirtschaftliche Lage. Dennoch verfügte Röhm mit dieser Massenorganisation im Rücken über einen bedeutenden innenpolitischen Machtfaktor, auf den gestützt er weitreichende politische Ziele verfolgte. Im militärischen Bereich beanspruchte er für sich und seine Organisation immer nachdrücklicher die Führungsrolle.

Dieser Machtanspruch war immer mit der Forderung nach einer „zweiten Revolution“ verbunden, die vor allem auch die wirtschaftliche Lage der vielen SA-Mitglieder verbessern sollte. Das Ziel der nationalsozialistischen Revolution sei noch nicht erreicht. Die SA bezeichnete Röhm als „Willensträger der nationalsozialistischen Revolution“.⁸ Mit diesen Forderungen unterstrich dieser seine machtpolitischen Ambitionen, die vor allem darauf abzielten, aus

4 Zum Stellenwert der Homosexualität in der SA-Führerriege vgl. Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadismus und in der deutschen SA, Köln/Weimar/Wien 2009, S. 679 ff.

5 Zu den Gründen für das Zögern siehe: Otto Gritschneider: Der Führer hat sie zum Tode verurteilt. Hitlers Röhm-Putsch 44 – Morde vor Gericht, München 1993, S. 30 ff.

6 So die Anklageschrift im Prozess gegen Sepp Dietrich und Michael Lippert. In: ebd., S. 32. Das Gericht konnte nicht einwandfrei klären, ob Lippert den dritten Schuss abgegeben hat, hielt es aber für sehr wahrscheinlich. Vgl. ebd., S. 36.

7 Vgl. Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 184.

8 Ebd., S. 202.

der SA eine bewaffnete Miliz zu machen, in der die Reichswehr lediglich eine Ausbildungsorganisation innerhalb des SA-Volksheeres sein sollte. Am 1. Februar 1934 übersandte Röhm dem Reichswehrminister Werner von Blomberg eine Denkschrift, in der er in offizieller Form seine Ansicht über die zukünftige Rolle der Reichswehr darlegte, die er auf die Funktion eines reinen Ausbildungsheeres beschränkt sehen wollte.⁹ Die Reichswehrführung war auf das Äußerste alarmiert und forderte, Hitler müsse sich nun entscheiden.

Am 28. Februar 1934 erklärte Hitler daraufhin vor den Spitzen von SA und Wehrmacht, eine Miliz im Sinne Röhm sei für seine Pläne ungeeignet, es komme nur eine Wehrmacht mit allgemeiner Wehrpflicht in Frage. Für seine Kriegspläne brauchte Hitler die Unterstützung der Wirtschaft und der Reichswehr. Zugleich warnte er Röhm davor, ihm in der gegenwärtigen Situation in den Rücken zu fallen. Hitlers Ablehnung seiner Pläne war eine bittere Enttäuschung für Röhm, doch wollte er sich nie wirklich mit der Entscheidung abfinden. Wiederholt erneuerte er seine Forderung nach Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution und betonte das Primat des Soldaten in der Politik.

Die Ansichten Röhm zur Wehrverfassung waren aber nicht der einzige Konfliktpunkt, der zum Dauerstreit mit dem Koalitionspartner und den Führungskräften in Militär und Verwaltung führte. SA-Führer hatten sich nach der „Machtergreifung“ zahlreiche Eigenmächtigkeiten erlaubt. So wurden neben der staatlichen Gegnerbekämpfung unter der Regie von Wolf-Heinrich Graf von Helldorff, Karl Ernst, Edmund Heines und Peter von Heydebreck in zahlreichen SA-Einrichtungen und anderen Stätten eigene Konzentrationslager eingerichtet, in die wahllos politische Gegner „aus der Kampfzeit“, oft aber auch nur Bürger, mit denen die SA-Leute „alte Rechnungen“ mehr oder minder privater Natur begleichen wollten, verschleppt wurden. Allein für Berlin wird eine Zahl von etwa 170 solcher Folterstätten der SA angenommen.¹⁰ Schätzungen gehen von einer Gesamtzahl von über 100.000 Inhaftierten aus. Die Barbarei in diesen Folterstätten, von den staatlichen Instanzen anfangs geduldet und z. T. auch gefördert, nahm derartige Ausmaße an, dass die Polizei wiederholt eingreifen musste.¹¹ Durch die



Im SA-Gefängnis Papestraße in Berlin-Tempelhof wurden im Laufe des Jahres 1933 etwa 2000 Menschen inhaftiert.
Foto: ullstein bild/Schöning

Schreie der Gefolterten gestört, hatten Anwohner häufig die Polizei alarmiert, und auch das Ausland nahm Notiz von diesen Orten der Grausamkeit, so dass das Regime schließlich genötigt war, gegen sie vorzugehen.

Auch sonst war das zum Teil rowdyhafte Auftreten von SA-Männern ein öffentliches Ärgernis. „Wenn sich Ernst und seine SA-Führer“, so schilderte der vormalige Inspekteur des Geheimen Staatspolizeiamtes in Preußen (Gestapo), Rudolf Diels, die Situation, „die Abende inoffiziell vertrieben, so wurden die Trinkereien in den Bars und Dielen der Nürnberger- und der Kantstraße und des Kurfürstendamms mit Schießereien beendet“.¹² Solch ein Zwischenfall ereignete sich am 28. Februar 1934, als Ernst mit drei Adjutanten zwischen drei und vier Uhr morgens in dem Lokal in der großen Passage Friedrichstraße/Unter den Linden einen Gast krankenhausreif prügeln. Später stellte sich heraus, dass der zum Krüppel Geschlagene ein Parteigenosse war.¹³ Solche Übergriffe waren keine Seltenheit, sie trugen dazu bei, dass die SA insbesondere in den bürgerlich-konservativen Schichten der Bevölkerung auf Ablehnung stieß.¹⁴

9 Vgl. ebd., S. 204.

10 Vgl. Irene Mayer-von Götz: Terror im Zentrum der Macht. Die frühen Konzentrationslager in Berlin 1933/34–1936, Berlin 2008, S. 56 u. 241 f.

11 Vgl. Bernhard Sauer: Goebbels, „Rabauken“. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. 25. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin, Berlin 2006, S. 139 ff.

12 Rudolf Diels: Lucifer ante portas, Stuttgart 1950, S. 276 f. (Es spricht der erste Chef der Gestapo).

13 Vgl. Brief von Hedwig Horn an das Parteigericht München vom 5.3.1934, in: Bundesarchiv (BArch), BDC/OPG, Karl Ernst, 1.9.1904, BArch R 9361 I/17931.

14 Longerich (wie Anm. 7), S. 177, nennt zahlreiche weitere Übergriffe von SA-Leuten, ebenso Martin Schuster: Die SA in der nationalsozialistischen Machtergreifung in Berlin und Brandenburg 1926–1934, Phil. Diss., TU Berlin 2005, S. 230 ff.

In den konservativen politischen Kreisen machte sich aber auch die Hoffnung breit, die Konflikte mit der SA nutzen zu können, um die eigenen Positionen gegenüber den Nationalsozialisten in der Regierungskoalition zu stärken und unter Umständen sogar nach dem Ableben des nun 86-jährigen Paul von Hindenburg die Monarchie wieder einzuführen.¹⁵ Sie setzten ihre Hoffnungen vor allem auf den Vizekanzler Franz von Papen. Dieser hielt am 17. Juni in der Universität Marburg eine viel beachtete Rede, die im Wesentlichen sein politischer Berater und Redenschreiber, Edgar Julius Jung, unter Mitwirkung von Papens Pressechef Herbert von Bose verfasst hatte. In dieser Rede wandte sich der Vizekanzler mit Nachdruck gegen die Bestrebungen der SA. Die Zeit der Emanzipation des jeweils niedrigsten Standes gegen die höheren Stände sei vorüber, betonte er. Kein Volk könne sich den ewigen Aufstand von unten leisten. Einmal müsse die Bewegung zu Ende kommen. Mit dem Gerede von einer „zweiten Revolution“ müsse Schluss sein. „Deutschland“, so betonte er, „darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem niemand weiß, wann er zum Halten kommt“. Wenn eine „zweite Welle neuen Lebens durch die deutsche Revolution gehen sollte, so nicht die soziale Revolution, sondern [die] schöpferische Vollendung des begonnenen Weges“.¹⁶ Zugleich enthielt die Rede aber auch deutliche Kritik an der Art der Herrschaft der NSDAP, allerdings geschickt verpackt mit Zitaten aus Hitlers „Mein Kampf“ und Lobpreisungen auf die 1933 erreichte „Einheit des Geistes“, zu der Deutschland „fast wie ein Traum“ aus dem Tal der Trübsal und der Hoffnungslosigkeit zurückgefunden habe.¹⁷

Propagandaminister Joseph Goebbels unterband die Veröffentlichung dieser Rede. Bereits im Mai hatte er einen Feldzug gegen die „Miesmacher“ und „Nörgler“ im bürgerlich-konservativen Lager gestartet, den er im Juni noch einmal intensivierte. Diese Kreise sollten sich über den bisher erwiesenen „Großmut“ nicht täuschen, schon bald würde sie „unsere Entschlossenheit verstehen“.¹⁸ Von Papen reagierte auf diese Attacken, indem er Hitler gegenüber drohte, dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt anzubieten. Damit wäre die Fortsetzung der nationalsozialistisch-konservativen Regierungskoalition in Frage gestellt gewesen.

In dieser Situation schlug Hitler zu – nicht gegen die bürgerlich-konservativen Kreise, sondern mit einem Entscheidungsschlag gegen die Führungsriege der SA. Ein ausschließliches Vorgehen gegen die bürgerlich-konservative Opposition hätte ein unkalkulierbares Risiko bedeutet, dagegen bot die SA ein geeignetes Angriffsziel. Sie war isoliert und in weiten Teilen der Bevölkerung unbeliebt. „Mit der Ausschaltung der SA-Führung“, so der Himmler-Biograf Peter Longerich, „ließe sich das Knäuel an innenpolitischen Problemen auf einen Schlag lösen. Die Masse der unzufriedenen SA-Männer verlöre ihre Sprachrohre, die Drohung mit der „zweiten Revolution“ wäre vom Tisch, die Frage der Wehrverfassung hätte sich erledigt, die Mehrheit der Bevölkerung würde die Ausschaltung dieses Unruhefaktors mit Erleichterung hinnehmen – und das Bündnis zwischen Nationalsozialismus und konservativen Eliten würde gestärkt daraus hervorgehen“.¹⁹

Die Unterstellung, dass die SA-Führung einen Putsch vorbereitet habe, mobilisierte Ängste und ließ Hitler als den Verteidiger von „Recht und Ordnung“ erscheinen. Um die Morde zu rechtfertigen, wurde die SA in der Propaganda als ein Hort moralischer Verkommenheit dargestellt, der nun endlich ausgeschaltet worden sei. So hieß es in einem Kommuniqué der Reichspressestelle: „Die Durchführung der Verhaftung zeigte moralisch so traurige Bilder, daß jede Spur von Mitleid schwinden mußte. Einige dieser SA-Führer hatten sich Lustknaben mitgenommen. Einer wurde in der ekelhaftesten Situation aufgescheucht und verhaftet. Der Führer gab dann den Befehl zur rücksichtslosen Ausrottung dieser Pestbeule.“²⁰ Die Tatsache, dass Edmund Heines in Bad Wiessee im Bett mit einem Freund vorgefunden worden war, gab Goebbels Gelegenheit, in seiner Erklärung zum Röhm-Putsch von den „widerlichen und fast Brechreiz verursachenden Bildern“ zu sprechen.²¹ In einem Befehl Hitlers an den neuen Stabschef der SA, Viktor Lutze, hieß es, jede Mutter solle ihren Sohn in SA, Partei und Hitlerjugend geben können, „ohne Furcht, er könne dort sittlich oder moralisch verdorben werden“. Zum Schluss betonte der „Führer“: „Ich will Männer als SA-Führer sehen und keine widerlichen Affen.“²²

19 Longerich (wie Anm. 15) S. 182 f.

20 Zit. n. Gritschneder (wie Anm. 5), S. 51.

21 Zit. n. Heinz Höhne: *Moralsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933–1934*, Hamburg 1984, S. 267 f.

22 BAArch, O-407, Bl. 341. Zugleich verfügte Hitler eine Reihe von Maßnahmen, die sich gegen den verschwenderischen Lebensstil und das Landsknechtgebaren der SA richtete. In einem Befehl Hitlers an den neuen Stabschef der SA, Viktor Lutze, verbot dieser für die Zukunft Festessen und Diners. So seien allein im Stabsquartier Berlin monatlich bis zu 30.000 Mark für Festessen ausgegeben worden. Öffentliche Trinkgelage seien zu verbieten. Vgl. ebd.

15 Vgl. Peter Longerich: *Heinrich Himmler. Biographie*, München 2008, S. 181.

16 Wortlaut der Marburger Rede, in: Edmund Forschbach, Edgar J. Jung: *Ein konservativer Revolutionär* 30. Juni 1934, Pfullingen 1984, S. 161, 171 f.

17 Vgl. ebd., S. 155 ff.

18 Longerich (wie Anm. 7), S. 209.



Ein öffentlicher „Führer“-Befehl verkündet die Einsetzung Viktor von Lutzes als Stabschef.

Foto: sz photo/Scherl

Die Haltung der Reichswehr

Die Reichswehr unterstützte die Mordaktion, weil Röhm mit seinen Forderungen die Monopolstellung der Reichswehr als den alleinigen „Waffenträger der Nation“ bedrohte. Reichswehrminister Werner von Blomberg hatte zusammen mit dem Generalmajor und Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Walter von Reichenau, Hitler zum Handeln gedrängt. Folgt man Paul Körner, dem damaligen Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium, der im Münchner Schwurgerichtsprozess gegen Sepp Dietrich und Michael Lippert 1953 als Zeuge vernommen wurde, hat die Reichswehr unter Blomberg und Reichenau beim sogenannten „Röhm-Putsch“ eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Beide sollen Reinhard Heydrich, dem Nachfolger von Diels als Chef der Gestapo, belastendes Material gegen Röhm zugespielt haben.²³ Als Reichspräsident Paul von Hindenburg anfänglich Kritik an der Mordaktion äußerte, war es Blomberg, der ihn besänftigte. Daraufhin

23 Vgl. Gritschneder (wie Anm. 5), S. 74.

unterzeichnete Hindenburg den Telegrammtext an Hitler: „Aus den mir erstatteten Berichten ersehe ich, daß Sie durch Ihr entschlossenes Zugreifen und die tapfere Einsetzung Ihrer eigenen Person alle hochverräterischen Umtriebe im Keime erstickt haben. Sie haben das deutsche Volk aus einer schweren Gefahr gerettet. Hierfür spreche ich Ihnen meinen tief empfundenen Dank und meine aufrichtige Anerkennung aus. Mit besten Grüßen, von Hindenburg.“²⁴ Als Hindenburg Anfang August 1934 starb, veranlassten Blomberg und Reichenau die sofortige Vereidigung der Offiziere und Soldaten auf die Person Hitlers, obwohl von Blomberg als Wehrmachtsminister dazu gar nicht befugt war.²⁵

Propagandistische Unterstützung der Morde

Der „Völkische Beobachter“ brachte nach Ablauf der Röhm-Aktion Seiten mit Treuebekundungen, in denen dem „Führer“ für sein entschlossenes Handeln gedankt wurde. Großes Unglück und ein Blutbad seien vom deutschen Volk abgewendet worden. Die Mordaktion wurde als „rettende Tat“ hingestellt. Hitler selber erklärte in seiner vom Rundfunk übertragenen Reichstagsrede am 13. Juli 1934: „In dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr!“²⁶ Konkrete Beweise legte Hitler nicht vor.²⁷ Neben dem Rednerpult standen SS-Angehörige mit Gewehr und Stahlhelm. Am Ende dieser gespenstischen Reichstagssitzung nahmen die Abgeordneten eine von Reichspräsident Göring vorgelegte Entschließung an: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung und dankt dem Reichskanzler für seine tatkräftige und entschlossene Rettung des Vaterlandes vor Bürgerkrieg und Chaos.“²⁸

.....

24 Zit. n. ebd., S. 68.

25 Vgl. ebd., S. 76, sowie Kirstin A. Schäfer: Werner von Blomberg: Hitlers erster Feldmarschall, eine Biografie, Paderborn 2006, S. 155.

26 Zit. n. ebd., S. 54.

27 Den einzigen konkreten Hinweis, den Hitler gab, war die Behauptung, dass der Standartenführer Julius Uhl gedungen worden sei, ihn umzubringen. Dies habe Uhl noch wenige Stunden vor seinem Tode gestanden, so Hitler in seiner Rede. Eine Gruppe von SA-Funktionären hatte tatsächlich Mordpläne gegen Hitler entwickelt, aber nicht im Juni 1934, sondern im Sommer 1932. Diese Gruppe war der Meinung, dass Hitler mit seinem Legalitätskurs keinen Erfolg haben werde und deshalb ausgeschaltet werden müsse. Das Los zur Vollstreckung der Tat fiel auf Uhl. Als Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, ließ man diesen Plan wieder fallen. Uhl wurde in Bad Wiessee in den frühen Morgenstunden des 30. Juni in Gegenwart Hitlers verhaftet und am 2. Juli im KZ Dachau erschossen. Kurz vor seiner Ermordung soll er die alten Pläne gestanden haben. Diese hatten aber nichts mit dem sogenannten Röhm-Putsch im Juni 1934 zu tun, was Hitler in seiner Reichstagsrede geflissentlich verschwie.

28 Zit. n. Gritschneder (wie Anm. 5), S. 56.



Das publizistische Parteiorgan der NSDAP, der „Völkische Beobachter“, berichtet von der Absetzung und Inhaftierung Ernst Röhm. Foto: ullstein bild/Photo12



Fritz Gerlich, deutscher Publizist und leidenschaftlicher NS-Gegner
Foto: sz photo/Scherl

Der angesehene Staatsrechtler Professor Carl Schmitt veröffentlichte anlässlich der Reichtagsrede Hitlers in der „Deutsche Juristen-Zeitung“ einen Artikel mit der Überschrift: „Der Führer schützt das Recht“ und flankierte damit die Mordaktion. Er führte darin aus: „Der Führer schützt das Recht vor dem schlimmsten Mißbrauch, wenn er im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft [...]. Der wahre Führer ist immer auch Richter. Aus dem Führertum fließt das Richtertum“. Die Gerichtsbarkeit des Führers untersteht nicht der „Justiz, sondern war selbst höchste Justiz“.²⁹ Ähnlich formulierte es auch Hermann Göring vor den General- und Oberstaatsanwälten: „Das Recht und der Wille des Führers sind eins.“³⁰

29 Zit. n. ebd., S. 72 f.

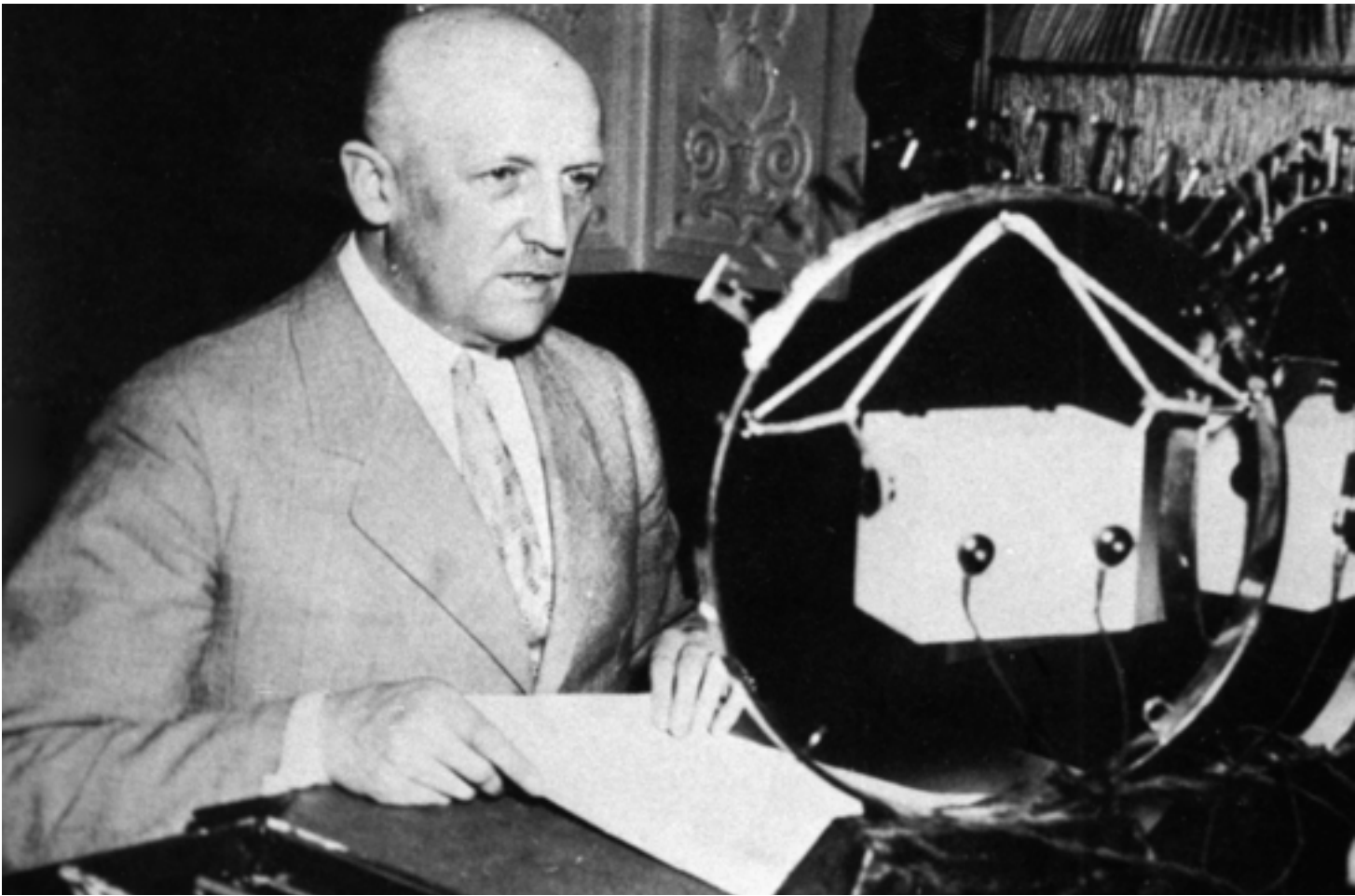
30 Zit. n. Walther Hofer: Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, Konstanz 1960, S. 33.

Die Ermordung weiterer Regimegegner

In der „Nacht der langen Messer“ des 30. Juni, wie die Morde des „Röhm-Putsches“ vielfach beschönigend benannt wurden, wurden aber nicht nur SA-Führer, sondern auch mehrere konservative Politiker ermordet: u. a. die Papen-Mitarbeiter Edgar J. Jung und Herbert von Bose, die Reichwehrgeneräle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow sowie Erich Klausener.

Zu den Opfern gehörte auch der Katholik Fritz Gerlich. Wiederholt hatte er in seiner Zeitschrift „Der gerade Weg“ vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gewarnt. Am 9. März 1933 wurde er verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen. Dabei wurde er schwer misshandelt. Im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ wurde er von der Münchner Polizeidirektion ins KZ Dachau verlegt und dort auf dem Schießstand des Lagers erschossen.

Der frühere Reichskanzler General Kurt von Schleicher gehört zu den prominentesten Opfern des Röhm-Put-



General Kurt von Schleicher (Reichskanzler 1932/33), hier bei einer Regierungserklärung am 15. Dezember 1932
Foto: sz photo/Sammlung Megele

ches. Am 30. Juni 1934 fuhr um die Mittagszeit vor der Villa des Generals in der Griebnitzstraße 4 in Neu-Babelsberg ein Wagen vor, besetzt mit sechs Personen. Zwei von ihnen verschafften sich mit energischen Worten von der Haushälterin Einlass. Einer fragte den am Schreibtisch in seinem Arbeitszimmer Sitzenden, ob er General Schleicher sei. Als dieser sich umdrehte und die Frage bejahte, trafen ihn drei tödliche Schüsse. Schleichers Ehefrau Elisabeth, die kurz danach, durch den Lärm alarmiert, das Arbeitszimmer betrat, wurde ebenfalls niedergeschossen. Sie starb noch am selben Tag im Krankenhaus. In einer amtlichen Verlautbarung hieß es, dass Schleicher mit den staatsfeindlichen Kreisen der SA-Führung und mit auswärtigen Mächten staatsgefährdende Verbindungen unterhalten habe, wodurch bewiesen sei, dass er sich gegen den Staat und seine Führung betätigt habe. Bei der Verhaftung durch Kriminalbeamte habe er sich mit der Waffe widersetzt. Durch den dabei erfolgten Schußwechsel seien er und seine dazwischen tretende Frau tödlich

verletzt worden.³¹ Generalmajor von Bredow, ein Mitstreiter von General Schleicher, erfuhr noch am 30. Juni 1934 von dessen Ermordung. Trotz der Gefahr für sein eigenes Leben entschloss er sich, bei seiner Familie zu bleiben. Am Abend des gleichen Tages wurde er von Angehörigen der SS verhaftet und getötet.

Erich Klausener, geboren am 25. Januar 1885 in Düsseldorf, stammte aus einer streng katholischen Familie. Nach dem Abitur studierte er Jura. Am 28. August 1919 erfolgte seine Ernennung zum Landrat des Landkreises Recklinghausen, später war er als Ministerialdirektor und Abteilungsleiter für Jugend- und Erwerbslosenfürsorge im preußischen Wohlfahrtsministerium tätig. Nach seiner Berufung in das preußische Innenministerium im Jahr 1926 übernahm er die Leitung der für die Polizei zuständigen Abteilung. Als Ministerialdirektor diente Klausener

.....

31 Zit. n. Gritschneder (wie Anm. 5), S. 41 f.



Erich Klausener (1885–1934), Zentrumspolitiker und Vorsitzender der katholischen Aktion Berlin
Foto: ullstein bild

im Innenministerium unter dem SPD-Innenministern Albert Grzesinski, Carl Severing und ab 1932 unter dem parteilosen Franz Bracht. Zusätzlich zu seinem Amt übernahm Klausener 1928 die Leitung der Katholischen Aktion in der Fürstbischöflichen Delegatur für Brandenburg und Pommern, die 1930 zum Bistum Berlin wurde.

Sekretär der Katholischen Aktion war in Berlin von 1930 bis 1932 Walter Adolph.³²

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurden viele Ämter im Preußischen Innenministerium neu besetzt. Innenminister Bracht wurde durch Hermann Göring ersetzt.

Am 13. Februar 1933 wurde Klausener von seinen Dienstpflichten im Innenministerium entbunden und am 1. März 1933 als Leiter der Schifffahrtsabteilung in das Reichsverkehrsministerium unter Minister Paul von Eltz-Rübenach berufen. Klausener hatte als Leiter der Polizei-

abteilung im Preußischen Innenministerium tiefe Einblicke in die Parteigeschichte der NSDAP erhalten und war den Nationalsozialisten deshalb suspekt. Anlässlich des märkischen Katholikentages hielt Klausener im Hoppegarten eine Rede vor 60.000 Zuschauern. Auch wenn ihr Originaltext nicht erhalten geblieben ist und sie unterschiedlich bewertet wird, besteht kein Zweifel daran, dass sie mit ausschlaggebend für seine spätere Ermordung war. Am 30. Juni 1934 wurde er erschossen in seinem Amtszimmer aufgefunden. Die offizielle Version lautete, dass er Selbstmord begangen habe, weil seine Verhaftung bevorstand. Jedoch gab es alsbald Zweifel daran. Von Seiten der katholischen Kirche waren vereinzelte empörte Stellungnahmen zu dem Verbrechen zu vernehmen. So nannte der Osservatore Romano vom 2./3. Juli 1934 die These, Klausener habe Selbstmord begangen, eine Absurdität.³³ Auch Klauseners Pfarrer Albert Coppenrath widersprach öffentlich der Behauptung eines Suizides. Die Angehörigen hatten die Gewissheit, dass Erich Klausener von einem der SS-Schergen ermordet worden war.

Die Tatsache, dass während des „Röhm-Putsches“ nicht nur unbeliebte SA-Führer, sondern auch allgemein respektierte Politiker wie Klausener umkamen, rief bei Teilen der von Hitler umworbenen konservativen Bevölkerung tiefe Bestürzung hervor.

Zögernde justizielle Aufarbeitung

Während der NS-Zeit kam es nur in einem Fall zu einer strafrechtlichen Verfolgung eines während der Röhm-Affäre verübten Mordes. Dies war der Mord an dem Stadtbaurat der schlesischen Stadt Waldenburg, Kuno Kamphausen, der dem Bruder des SS-Standartenführers Förster eine Baugenehmigung verweigert hatte. Förster und der Standartenführer Deponte nutzten die mit dem Röhm-Putsch geschaffene Gelegenheit, um eine persönliche Rechnung zu begleichen. Gegen 22.30 Uhr des 30. Juni 1934 wurde Kamphausen von SS-Männern aus seiner Wohnung geholt, in einem Wagen abtransportiert und von einem SS-Mann Erich Szustak erschossen. Gegen acht SS-Männer wurde ein Verfahren vor dem Schwurgericht in Breslau wegen Mordes, Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung eröffnet.³⁴ Drei SS-Männer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, auf Druck der SS-Führung aber bald wieder aus der Haft entlassen. Fünf

32 Adolph hat auch die einzige ausführlichere Biographie über Erich Klausener verfasst. Sie basiert vor allem auf eigenen Erinnerungen aus der Zeit des gemeinsamen Wirkens in der Berliner Diözese: Walter Adolph: Erich Klausener, Berlin 1955.

33 Vgl. ebd., S. 122.

34 Vgl. Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933–1940: Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 2002, S. 462 ff.



Während der Verbleib der sterblichen Reste anderer Opfer – wie etwa Fritz Gerlichs – unbekannt ist, erhielt der NS-Täter Ernst Röhm ein bürgerliches Grab auf dem Münchner Westfriedhof.

Foto: Monika Franz

Beteiligte wurden freigesprochen, darunter Szustak. Das Gericht glaubte ihm, dass er den Befehl seiner Vorgesetzten in der Annahme ausgeführt habe, dass Kamphausen die SA-Revolution unterstützt habe und daher seine Tötung aus Gründen der Staatsnotwehr notwendig gewesen sei.

Ansonsten wurden Aufforderungen an das Reichsjustizministerium oder an das Reichsgericht, die Rechtmäßigkeit einzelner Tötungen zu untersuchen, stets unter Verweis auf das Gesetz vom 3. Juli 1934 abgelehnt. Angelaufene Verfahren gegen die Täter wurden eingestellt, Strafanzeigen gegen sie nicht mehr bearbeitet. Nicht selten wurde die Justiz bei dem Versuch, Ermittlungen einzuleiten, behindert. Als der damalige Gerichtsassessor Dr. Heinrich Grützer zusammen mit seinem vorgesetzten Oberstaatsanwalt im Mordfall General von Schleicher und seiner Ehefrau Elisabeth die

Ermittlungen aufnehmen wollte, begab sich der berüchtigte spätere Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, damals noch Staatssekretär im preußischen Justizministerium, zusammen mit drei Gestapo-Beamten gegen Mitternacht in die Wohnung des Assessors und setzte ihn massiv unter Druck, die Ermittlungsakten zu beseitigen.³⁵

Nach Ablauf der Mordaktionen begann die NS-Führung systematisch, Spuren zu verwischen. Göring ordnete die Verbrennung aller mit der Röhm-Affäre in Zusammenhang stehenden Akten an. Es sollten alle Dokumente beseitigt werden, die Hinweise auf die Täter geben konnten, um diese vor einer strafrechtlichen Verfolgung bei einem möglichen Umbruch in Deutschland zu schützen. Bis heute sind weder die exakte Anzahl der Ermordeten noch der genaue Ablauf der Entscheidungsprozesse und der Vorbereitungsmaßnahmen für die Aktion aufgeklärt. Auch der detaillierte Verlauf der einzelnen Verhaftungen und Exekutionen sowie die Personalien eines großen Teils der Täter sind immer noch unbekannt.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Ereignisse des „Röhm-Putsches“ im Rahmen der Nürnberger Prozesse nur allgemein thematisiert. Zu einer systematischen Untersuchung einzelner Mordfälle kam es erst durch bundesdeutsche Gerichte. Der erste Prozess dieser Art war das Verfahren gegen den ehemaligen SS-Führer Kurt Gildisch, der beschuldigt wurde, Erich Klausener ermordet zu haben. Es fanden danach einzelne Verfahren gegen untergeordnete SS-Angehörige statt. Ein in der Öffentlichkeit viel beachteter Prozess im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ wurde dagegen vor dem Landgericht München 1957 durchgeführt. Angeklagt waren der ehemalige Kommandant der Wachmannschaften im Konzentrationslager Dachau, Michael Lippert, sowie der Befehlshaber der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“ und spätere SS-Oberst-Gruppenführer und Kommandeur der 6. SS-Panzerarmee, Sepp Dietrich, wegen Ermordung von Röhm und weiterer SA-Führer. Es handelte sich um das umfangreichste Gerichtsverfahren zu den Morden. Bereits im Januar 1949, hatte die Münchner Staatsanwaltschaft eine Ermittlungsakte angelegt. Im Verlauf der Untersuchungen und der Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe wuchs dieser Fall auf 61 Aktenbestände mit insgesamt 5700 Seiten an – eine erst-rangige Quelle zu den Abläufen der Verbrechen.³⁶

.....
35 Vgl. Gritschneder (wie Anm. 5), S. 41. Grützer hat die Akten jedoch nicht vernichtet. Sie sind in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 71-95, wiedergegeben.

36 Vgl. ebd., S. 80.



Urteilsverkündung im Röhm-Prozess am 14. Mai 1957; links auf der Anklagebank stehend Dietrich und Lippert
Foto: sz photo/UPI

Ein weiterer vielbeachteter Prozess fand ebenfalls im Jahr 1957 vor dem Schwurgericht des Landgerichts Osnabrück gegen den aus Schlesien stammenden Udo von Woyrsch statt. Der SS-Gruppenführer und General der Polizei wurde beschuldigt, an den zahlreichen schlesischen Morden durch Erteilung oder Weitergabe von Erschießungsbefehlen mitgewirkt zu haben, die ihm Himmler und Göring per Fernschreiben im Zusammenhang mit der Mordaktion vom 30. Juni 1934 erteilt hatten.³⁷

Der Prozess gegen den ehemaligen SS-Sturmbannführer Kurt Gildisch im Jahre 1951 vor dem Landgericht Berlin fand in der Öffentlichkeit große Beachtung. Er war von grundsätzlicher Bedeutung für spätere Prozesse

gegen NS-Täter, weil in ihm Grundelemente formuliert wurden, wie Verbrechen, die in der Zeit des Nationalsozialismus begangen wurden, geahndet werden können. Die Presse sprach damals von einem Sensationsprozess, der weit über die Stadt hinaus Beachtung finden würde und äußerte die Hoffnung, dass nun weitere Hintergründe und Zusammenhänge des sog. „Röhm-Putsches“ aufgeklärt werden könnten.³⁸ Die Unterlagen zu diesem Prozess mit den Lebensläufen, Vernehmungsprotokollen, Plädoyers, persönlichen Briefen und Gerichtsurteilen befinden sich heute im Landesarchiv Berlin.³⁹ Die umfangreichen

.....
³⁷ Vgl. ebd., S. 105 ff.

.....
³⁸ Vgl. Landesarchiv Berlin (LA Berlin), B Rep. 058, Nr. 14093 (Strafsache gegen Kurt Gildisch wegen der Ermordung Dr. Erich Klauseners im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches), Bl. 36.

³⁹ Vgl. ebd., Nr. 14093 bis 15000.

Ermittlungen liefern nun tatsächlich eine Vielzahl interessanter Informationen zu den Abläufen und der daran beteiligten Personen. Nicht zuletzt liefern die Unterlagen sehr umfangreiche Einblicke in den Lebenslauf und die Psyche eines der markantesten SS-Männer.

Der Mordfall Klausener steht paradigmatisch für die Verlogenheit des NS-Regimes im Verlauf des Verbrechens. Die Absurdität der Begründung für die Mordaktion als Notwehrmaßnahme des Staates tritt hier besonders deutlich in Erscheinung – die Vorstellung, dass Erich Klausener gemeinsam mit der SA einen Putsch geplant haben könnte, ist völlig abwegig. Es gab nach heutigen Erkenntnissen zu keinem Zeitpunkt von Seiten der SA einen Putschversuch; dabei standen auch der NS-Führung um Hitler sämtliche Unterlagen der SA zur Verfügung. Zwar äußerten sich einzelne SA-Führer abfällig über Hitler oder brachten ihre Enttäuschung über die Politik des Führers zum Ausdruck. Von einem Putsch war jedoch nie die Rede. Die letzten Handlungen der SA-Führungsränge kurz vor dem 30. Juni 1934

geben keinen Hinweis darauf, dass sie in unmittelbarer Vorbereitung eines Putsches stand. Die massive Propaganda verfehlte jedoch ihre Wirkung nicht: Erhebliche Teile der Bevölkerung glaubten tatsächlich, dass mit dem energischen Durchgreifen des „Führers“ großes Unheil vom deutschen Volk abgewendet worden sei. Doch gab es schon damals Kreise, die das konstruierte Lügengebäude eines möglicherweise bevorstehenden Putsches als Betrugsmanöver durchschaut haben. Dass diese angesichts der Morde keinen Protest äußerten, zeigt, wie stark das NS-Regime Staat und Gesellschaft bereits im Griff hatte. Das Jahr 1934 stellte eine Zäsur dar: Reichskanzler Hitler konnte jenseits aller rechtsstaatlicher Prinzipien ungestraft Morde begehen lassen; die Reste einer unabhängigen Justiz wurden schrittweise abgebaut. Die Reichswehr wurde auf die Person Adolf Hitlers vereidigt, dem sie unbedingten Gehorsam zu leisten hatte. Die SS übernahm überall im Reich nach und nach die politische Polizei und etablierte ihr Terrorsystem. Das Verhängnis nahm seinen Lauf. ■

Das Frauenstimmrecht in der Schweiz – Geschichte eines scheinbaren Anachronismus

von Elisabeth Joris



Junge und ältere Frauen bei der Protestversammlung vor dem Bundeshaus in Bern, März 1969
Foto: Schweizerisches Nationalmuseum, ASL-Pressefotoarchiv, LM 115104.4

Die Schweiz führte 1848 als erstes Land das allgemeine Stimmrecht für Männer ein, für Frauen allerdings fast als letztes. Bereits vor 100 Jahren wurde die Thematik des Frauenstimmrechts aufgrund des 1918 ausgerufenen Landesstreiks erstmals im Schweizer Parlament debattiert. Obwohl das Frauenstimmrecht sich auf der Forderungsliste der Streikenden an zweiter Stelle befand, blieb der Erfolg aus. Im Jahr 1968 beabsichtigte der Schweizer Bundesrat, die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) unter dem Vorbehalt des fehlenden Frauenstimmrechts zu unterzeichnen. Doch dieses Jahr war geprägt von Revolten und ersten Manifestationen der neuen Frauenbewegung. Die Reaktionen der Frauenrechtlerinnen fielen diesmal deutlich heftiger aus. Sie kennzeichneten den Auftakt zur Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene im Februar 1971.



Trillerpfeife vom Protestmarsch
Foto: Schweizerisches Nationalmuseum, 1969 LM-116263

Diese einmalige Überlagerung neuer und alter Frauenforderungen thematisiert die Schweizer Regisseurin Petra Volpe in ihrem erfolgreichen Spielfilm „Die göttliche Ordnung“ aus dem Jahr 2017. Dass darin der Ehemann vornehmlich als Soldat erscheint, ist kein Zufall.

Dieser Beitrag zeigt die lange Vorgeschichte des Kampfes der schweizer Frauenrechtsbewegung, die zuerst



1968er Aufbruch in Zürich, Filmszene
Foto: "<http://alamodefilm.de>" alamodefilm.de

nicht wesentlich von anderen Entwicklungen in Europa abwich.¹ Die mit Stolz unterlegte Betonung der republikanischen Tradition, die sich viele politische Exponenten auf die Fahnen geschrieben hatten, durchzog ironischerweise auch die auf Partizipation ausgerichtete Argumentation von Frauenverbänden, was sich langfristig als ein Hemmschuh für die Erreichung der politischen Gleichstellung

.....

1 Catherine Bosshart-Pfluger: Bestrebungen zur rechtlichen und politischen Gleichstellung der Schweizerin im 19. Jahrhundert, in: Der Kampf um gleiche Rechte, hg. v. Schweizerischer Verband für Frauenrechte, Basel 2009, S. 32–41.

erweisen sollte, oder wie es die Historikerin Caroline Arni treffend formulierte: „Das Bekenntnis zur Nation war zugleich *nolens volens* ein Bekenntnis zu einem politischen Gemeinwesen, aus dem die Frauen grundlegend ausgeschlossen waren.“²

Demokratisch undemokratisch

Der liberal-demokratische Aufbruch von 1848 ließ auch in der Schweiz einzelne Frauen von der rechtlichen Gleichstellung träumen. Diese mussten dann allerdings feststellen, dass die revolutionäre Umwälzung den Männern zwar das allgemeine aktive und passive Wahlrecht, den Frauen aber nichts gebracht hatte.³ Neuen Schwung versprach rund zwanzig Jahre später die demokratische Bewegung, die in der Schweiz die direkte Mitsprache des Volkes bei der Gesetzgebung einforderte. Das bewog 1868 mehrere Frauen „aus dem Volk“ sich direkt an den kantonalen Verfassungsrat zu wenden. In einem Schreiben hielten sie den Politikern Selbstgefälligkeit vor und forderten den Rat auf, unmissverständlich die vollumfängliche „Wahlberechtigung und Wahlfähigkeit für das weibliche Geschlecht“ zu postulieren.⁴ In Genf gründete 1872 Marie Goegg-Pouchoulin die „*Association internationale pour la défense des droits de la femme*“, kurz „*Solidarité*“ genannt, die ebenfalls die „*égalité complète*“ einforderte. Als deren Mitglied rief die Bernerin Julie von May vor der bevorstehenden Revision der Schweizer Verfassung die Frauen auf, sich in Vereinen zusammenzuschließen, um ihren Interessen Gehör zu verschaffen.

Die Verfassungsrevision von 1874 ebnete der Einflussnahme von Vereinen bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen den Weg. Damit sollten noch vor der parlamentarischen Debatte unterschiedliche Interessenvertretungen in die Gesetzgebung eingebunden werden, um zu verhindern, dass ein vom Parlament angenommenes Gesetz im Nachhinein an der Urne abgelehnt würde. Denn neu war ein Gesetz dem Stimmvolk vorzulegen, wenn innerhalb von drei Monaten mindestens 30.000 Stimmbürger mit ihrer Unterschrift den Wunsch dazu bezeugten. Dieses „Gesetzesreferendum“ wurde 1891 noch durch das Initiativrecht ergänzt, das eine Teiländerung der Verfassung ermög-

lichte, sofern eine „Volksinitiative“ zu einem Verfassungsartikel von 50.000 Stimmbürgern innerhalb eines Jahres unterzeichnet werde. Dieses verfassungsmäßig garantierte direktdemokratische Recht war ein zentraler, aber nicht der einzige Faktor, der die Einführung der politischen Partizipation der Frauen von den Stimmen der Schweizer Männer abhängig machte. Dabei konnte sich die widersprüchliche Haltung der Männer nicht deutlicher zeigen, als dass den Frauen ausgerechnet aufgrund demokratischer Formalia die Gleichberechtigung vorenthalten wurde. Die Anrufung des Volkes war insofern nichts mehr als fragwürdige legitimatorische Praxis männlicher Autokratie.⁵

Kühne Pionierin – ambivalente „Stauffacherin“

Die Zurücksetzung wurde jedoch nicht widerspruchlos akzeptiert. Überall auf der Welt begannen Frauen die politische Gleichstellung einzufordern. Dazu rief zum Jahreswechsel 1886/87 die promovierte Historikerin Meta von Salis mit einem „ketzerischen“ Neujahrsartikel die Schweizerinnen auf: „Stimmen, wählen und gewählt zu werden sei hinfort unsere Devise und unser Ziel“, um „der übergangenen Klasse“ gleichzeitig zu raten, nicht auf die Zustimmung der „bisherigen Herren“ zu setzen.⁶ Zur selben Zeit reichte die auch in Berlin bekannte erste Juristin Europas, Emilie Kempin-Spyri, staatsrechtliche Beschwerde gegen die Verletzung von Artikel 4 der Bundesverfassung über die rechtliche Gleichstellung aller Personen ein. Sie verlangte die Ausdehnung des Begriffs „Schweizer“ und die damit einhergehenden Rechte für Frauen auf alle Gesetze. Diese Uminterpretation sei „ebenso neu als kühn“, so das Bundesgericht in seiner Ablehnung der Beschwerde.⁷

Stärker als diese beiden Pionierinnen versuchten Frauen um die Jahrhundertwende im Sinne von May über die Gründung einer Vielzahl neuer Vereine und Verbände die gesellschaftliche Situation von Frauen zu verbessern, ohne direkt die politische Mitbestimmung anzustreben. Als erste Organisation forderte 1893 der drei Jahre zuvor gegründete Schweizerische Arbeiterinnenverband das

.....

2 Vgl. Caroline Arni: Republikanismus und Männlichkeit in der Schweiz, in: Schweizerischer Verband für Frauenrechte (wie Anm. 1), S. 20–31, hier S. 29.

3 Elisabeth Joris: Liberal und eigensinnig, Die Pädagogin Josephine Stadlin – die Homöopathin Emilie Paravicini-Blumer. Handlungsspielräume von Bildungsbürgerinnen im 19. Jahrhundert, Zürich, S. 119 f.

4 Staatsarchiv Zürich, zit. n. Elisabeth Joris/Heidi Witzig: Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz, 4. erg. Auflage, Zürich 1991, S. 485.

5 Sybille Hardmeier: Die Schweizer Frauenrechtlerinnen und ihr Verhältnis zum Staat: zwei Thesen zur Auswirkung des politischen System und der politischen Kultur auf die frühe Frauenstimmrechtsbewegung, in: Frauen und Staat, hg. v. Brigitte Studer u. a., Itinera, Fasc. 20, 1998, S. 22–27.

6 Meta von Salis: Ketzerische Neujahrsgedanken einer Frau, Zürcher Post, Neujahrsausgabe 1887, zit. n. Bettina Volland, Teil I, Der lange Kampf, in: frauenRecht. Frauen- und Geschlechtergeschichte Graubünden, Bd. 1, hg. v. Silvia Hofmann u. a., Zürich 2003, S. 74 f.

7 Bundesgerichtsentscheid 13 4, zit. n. Marianne Delfosse: Emilie Kempin-Spyri (1853–1910). Das Wirken der ersten Schweizer Juristin, Zürich 1994, S. 45.



Emilie Kempin-Spyri, erste Juristin Europas, um 1890
Foto: ullstein/Gircke



Die "International Woman Suffragette Alliance", ca. 1914
Foto: ullstein/United Archives

Stimmrecht für Frauen. Ab dem Jahr 1909 wurde es zum primären Ziel der zu einem gesamtschweizerischen Verband zusammengeschlossenen Frauenstimmrechtsvereine. Sie traten schließlich der *International Woman Suffrage Alliance* (IWSA) bei.⁸

Da schon die wenigen Versuche, Frauen auf lokaler Ebene die Mitgliedschaft in den schulischen oder kirchlichen Behörden zu gewähren, an der Ablehnung der bestimmenden Männern gescheitert waren, zeigten sich die meisten bürgerlich geprägten Frauenvereine in Bezug auf das Vorgehen in Sachen Frauenstimmrecht vorsichtig. Selbst der 1900 gegründete Bund Schweizerischer Frauenvereine (BSF), der im Voraus mit seiner Absicht die Gleichstellung in der Ehe im neuen Zivilgesetz zu verankern, gescheitert war, hielt sich zurück.⁹ Daher suchten

nun die meisten Frauenverbände, die Eignung der Frauen zur Staatsbürgerin über gemeinnützige Tätigkeit und bildungsmäßige Aufklärung zu beweisen, um so die Männer für die politische Gleichstellung der Frauen zu gewinnen. Nicht den Eindruck von Suffragetten zu vermitteln war insbesondere in der deutschen Schweiz die vorherrschende Devise. Der in diesem Landesteil gepflegte Rückgriff auf die Figur der „Stauffacherin“ aus Schillers „Wilhelm Tell“, mit dem Ziel, sich in den patriotischen Diskurs der Jahrhundertwende einzubinden, erwies sich dabei als höchst zwiespältig: Als Stauffacherin sah sich die Frau als Gefährtin des Mannes, die nur indirekt durch den Einfluss auf Ehemann und Söhne an der Gestaltung der politischen Öffentlichkeit partizipieren konnte. Oder, um nochmals Arni zu zitieren, sie war diejenige, die „anstiftete, aber nicht mittat“.¹⁰

8 Sybille Hardmeier: Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890–1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung, 1997, S. 102–112.

9 Silke Redolfi: Frauen bauen Staat. 100 Jahre Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, 1900–2000, Zürich 2000, S. 32–50.

10 Arni (wie Anm. 2), S. 26.

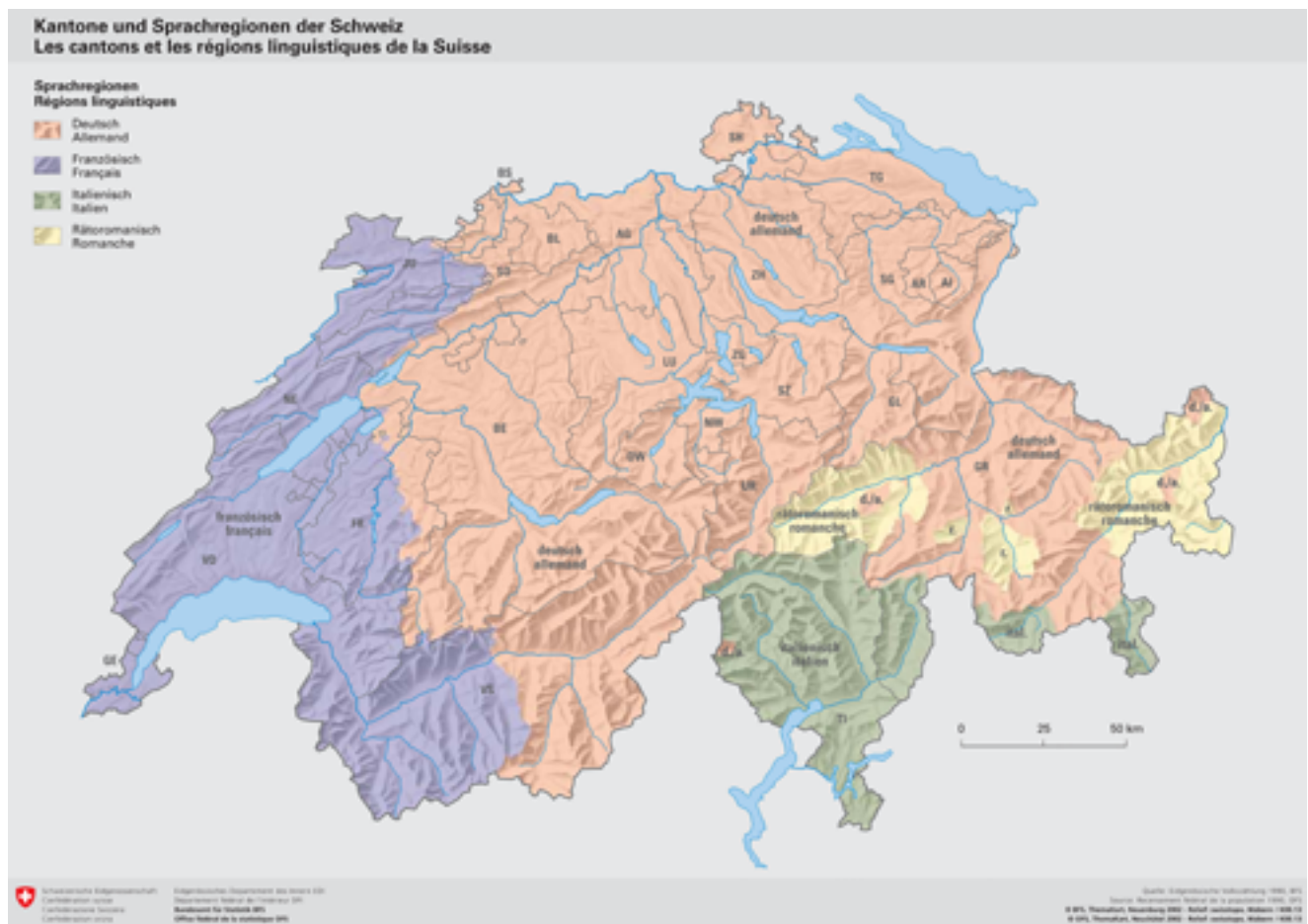


Foto: Schweizer Generalkonsulat



Darstellung der Stauffacherin in Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“
Foto: Joris

Selbst wenn die sich auf diese Figur beziehenden Frauenverbände durchaus die politische Gleichberechtigung als Ziel anvisierten, so lieferten sie den Männern über Jahrzehnte eine Steilvorlage: Sie beriefen sich in patriotischer Manier genau auf die schweizerische republikanische

Tradition, die die politische Einflussnahme der Frauen verhinderte. Zudem war dies auch mit dem von Tell symbolisierten Mythos der wehrhaften Schweiz verbunden, der den Staatsbürger mit dem Soldaten gleichsetzte. Trotz des Widerspruchs, dass wehrunfähige Männer nicht vom Stimmrecht ausgeschlossen waren, beschränkte dieses heteronormativ grundierte Leitbild von Wehrpflicht und Staatsbürgerschaft Frauen auf den Innenbereich des Hauses. Dies hatte für den Anspruch der Schweizerinnen auf politische Gleichstellung über Jahrzehnte hinweg verheerende Auswirkungen.

Allerdings erzeugte der seit 1890 gepflegte Ursprungsmythos der Nation in der Westschweiz bedeutend weniger Wirkung als in der deutschen Schweiz. Daher sollten sich die Differenzen bezüglich der Gleichstellungsstrategie zwischen Frauenverbänden der verschiedenen Sprachregionen im 20. Jahrhundert immer wieder manifestieren. Die Westschweizer Frauenstimmrechtsbewegung berief sich weit stärker auf den in Frankreich gepflegten Menschenrechtsdiskurs und nannte sich selbstbewusst *Mouvement*



Clara Zetkin um 1890
Foto: ullstein bild

féministe.¹¹ Ähnlich manifestierten sich die parteipolitisch bedingten unterschiedlichen Positionen. Die Liberalen traten vereinzelt für das Frauenstimmrecht ein, die Linke machte sich klar auf Programmebene dafür stark.

1918 – vom Krieg zum Landesstreik

1912 wurde der Arbeiterinnenverband Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und verpflichtete diesen zum Einsatz für das Frauenstimmrecht.¹² Ob allerdings bei diesem Kampf mit den Frauenrechtlerinnen zusammengearbeitet werden sollte, war auf Grund des starken Einflusses der deutschen Politikerin Clara Zetkin (SPD, später USPD und KPD) auf die Deutschschweizer Arbeiterinnenbewegung umstritten.

.....

11 Hardmeier (wie Anm. 8), S. 96–100, 117 ff.

12 Kurze Geschichte des Frauenstimmrechts in Quellen, hg. v. Elisabeth Joris/Renate Wegmüller, Wettingen 2011, S. 12 und 14.

Diese Frage wurde zu Beginn des Ersten Weltkriegs neu entfacht, als die Mehrheit der Frauenvereine ihren pathetisch überhöhten gemeinnützigen Einsatz als Vorleistung für den Erhalt des Frauenstimmrechts interpretierte: „Pflichten erfüllen heisst Rechte begründen“.¹³ Unbekümmert von diesen Streitfragen sandte die Genferin Emilie Gourd als Präsidentin des Verbandes für Frauenstimmrecht im November 1918 der Schweizer Regierung während der aufgeheizten Stimmung um den Landesstreik ein entsprechendes Telegramm.

Die damals unter preußischem Einfluss stehende Leitung der Schweizer Armee reagierte gegen Kriegsende mit der Besetzung der Stadt Zürich auf Manifestationen von Jungsozialisten zum einjährigen Jubiläum der Russischen Oktoberrevolution. Sie rief zu deren Rechtfertigung das Gespenst eines bolschewistischen Umsturzes herauf. Die Arbeiterbewegung proklamierte als Antwort auf diese Provokation am 11. November den unbefristeten Landesstreik. Forderungen wie der Achtstundentag, das Proporzwahlrecht und eben das Frauenstimmrecht waren allerdings alles andere als revolutionär. Emilie Gourd rief nun mit erwähntem Telegramm die Regierung auf, die von den Streikenden geforderte Einführung des Frauenstimmrechts umzusetzen, um sich zugleich von allen Gewalttaten zu distanzieren.¹⁴ Ergebnislos: unter dem Druck der Bereitschaft, die „Ordnung“ mit militärischer Gewalt wieder herzustellen, wurde der Streik abgebrochen.

Zwischen Resignation und Aufbruch

Intern stürzte das Telegramm von Gourd die Frauenrechtlerinnen in eine Krise. Die Missbilligung war groß und nicht wenige distanzten sich von der Linken und dem als Umsturzversuch gedeuteten Landesstreik. Gleichzeitig kam aber Hoffnung auf. Auch der bis dahin vorsichtig argumentierende Bund schweizerischer Frauenvereine setzte 1919 mit einem klaren Bekenntnis zum Frauenstimmrecht ein wichtiges Zeichen.¹⁵ Denn schließlich war in einer bedeutenden Zahl europäischer Länder nach Kriegsende das Frauenwahlrecht eingeführt worden. Diese Entwicklung machte auf die Schweizer Männer scheinbar kaum Eindruck. In sechs vorwiegend sozialdemokratischen

.....

13 Beatrix Mesmer: Pflichten erfüllen heißt Rechte begründen. Die frühe Frauenbewegung und der Staat, in: SGZ, 1996, S. 332–341.

14 Elisabeth Joris: Kampf um Frauenrechte – Allianzen und Bruchlinien, in: Cahier AEHMO/Traverse – Grève générale – Landesstreik, hg. v. François Vallotton u. a., in Prod., ersch. 2018.

15 Redolfi (wie Anm. 9), S. 71–77; vgl. Beatrix Mesmer: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971, Zürich 2007, S. 79–88.

Kantonen – darunter Basel, Zürich und Genf – erfolgten Abstimmungen zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts auf lokaler Ebene. Sie endeten jedoch allesamt mit einem mehr als deutlichen Nein der Männer, auch in den von den Sozialdemokraten dominierten Wahlkreisen.

Auch die im Gefolge des Streiks bereits im Dezember 1918 im Schweizer Parlament eingereichten Motionen eines Basler Liberalen und eines Zürcher Sozialdemokraten wurden jahrzehntelang in die Schublade gelegt.¹⁶ Nicht besser erging es der an der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit SAFFA von 1928 lancierten Frauenstimmrechtspetition, die 1929 mit einer Viertelmillion Unterschriften von Frauen und Männern eingereicht wurde. Dies war die höchste Zahl an Unterschriften einer Petition seit der Gründung des Bundesstaates 1848.¹⁷ Doch auch diese verschwand letztendlich. Wirtschaftskrise und totalitäre Regime in den Nachbarländern sowie der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bewogen die Frauenverbände zur Mäßigung, auch wenn sie immer wieder auf das fehlende Stimmrecht verwiesen. Konservative Politiker wollten sie unter dem Stichwort „Doppelverdienerinnen“ nicht nur weiterhin von der rechtlichen Gleichstellung ausschließen, sondern auch verheiratete Frauen zurück an den Herd befördern. Erst als sich mit dem Sieg der Alliierten klar abzeichnete, dass nun auch in allen Ländern Europas das Frauenwahlrecht eingeführt würde, erzeugten Eingaben im Parlament neuen Optimismus.

„Weibeln“ oder Provozieren im Kalten Krieg

Kurz vor Kriegsende reichte der Sozialdemokrat Oprecht ein Postulat ein, um sicher zu stellen, dass parallel zu Frankreich und Italien auch in der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt werde. Die Frauenverbände gründeten ein Aktionskomitee zur Unterstützung dieses Postulats. Doch gleichzeitig schlossen sich auch lokale Gruppierungen aus der deutschen Schweiz zum Schweizerischen Frauenkreis gegen das Frauenstimmrecht zusammen. So wurde 1945 zwar im Parlament heftig debattiert, allerdings ohne Resultat. 1949 wollte der junge katholisch konservative Nationalrat Peter von Roten die Einführung des Frauenstimmrechts mit einem weiteren Postulat evaluieren.¹⁸

Unter dem Einfluss seiner Ehefrau Iris von Roten, einer versierten Juristin, Feministin und Journalistin, war er in

eklatantem Gegensatz zu seiner Partei zu einem der prominentesten Vertreter der Einführung des Frauenstimmrechts über den Interpretationsweg geworden. Dies sollte dem als „Frauenknecht“ diffamierten von Roten den Parlamentssitz kosten. Auch der Schweizerische Verband für Frauenstimmrecht schlug über eine Eingabe an die Regierung, das heißt dem siebenköpfigen Bundesrat, vor, den Begriff des „stimmberechtigten Schweizers“ in der Verfassung im Sinne der Forderung von Kempin-Spyri rund 70 Jahre zuvor auf beide Geschlechter anzuwenden, da sich dann eine Abstimmung und allfällige Demütigung durch die Männer erübrigt hätte. Weitere Eingaben folgten und in einigen Kantonen wie Basel und Genf kam es zu Probeabstimmungen, in denen Frauen ihre Stimmen abgeben konnten: Überall bejahten klare Mehrheiten die Einführung des Stimm- und Wahlrechts, eine Befürwortung, die allerdings gesamtschweizerisch bei den Männern kaum Wirkung zeigte.

Die Debatten zur Frage des Frauenstimmrechts in beiden Räten des Parlaments (Nationalrat und Ständerat) und in der Presse waren hitzig. Auch wenn sich der rein bürgerlich zusammengesetzte Bundesrat in den 1950er Jahren nicht mehr gegen das Frauenstimmrecht aussprach, so war dennoch spürbar, dass die Mehrheit der liberalen bis konservativen Politiker sich offen oder versteckt dagegen stellte. Diese Haltung war nur scheinbar ein Anachronismus.¹⁹ Es ging schlicht um Macht: als Oberhaupt der Familie, in Bezug auf die Verfügung über das Vermögen der Ehefrau sowie um die Erhaltung der ungleichen Löhne in der Berufswelt. Der Kalte Krieg war ein geeignetes Umfeld, diese Machtposition zu behaupten. Man sah auch nicht davon ab, die Nicht-Betroffenheit vom Ersten und Zweiten Weltkrieg als einen spezifischen Verdienst des Schweizer Systems und des damit zusammenhängenden Wehrwillens des Staatsbürgers als Soldat zu präsentieren. Ohne Selbstzweifel zu zeigen, ordneten Politiker von der eidgenössischen bis lokalen Ebene den Frauen unter dem Schlagwort „Stauffacherin“ weiterhin die Rolle im Haus zu. Im Kalten Krieg erhielt die restriktive Haltung wieder von anderer Seite Aufwind: dem Antikommunismus. Denn wie man wusste, war in den sozialistischen Ländern stärker als im Westen ja auch die Mutter berufstätig und die Kinder wurden gemeinschaftlich in Krippen erzogen. Die Kampagnen wirkten: Keine einzige Abstimmung zu Gunsten des Frauenstimmrechts auf kantonaler Ebene wurde befürwortet.

16 Joris/Wegmüller (wie Anm. 12), S. 14 f.

17 Joris/Wegmüller (wie Anm. 12), S. 17; Hardmeier (wie Anm. 8), S. 299–312.

18 Renate Wegmüller: Die Frau gehört ins Haus, Frauenstimmrecht und seine Hindernisse in der Schweiz und im Kanton Bern – zugleich ein Beitrag zur Art. 4 Abs. 2 BV, Bern 2000, S. 28.

19 Caroline Arni: Hier ist das Buch. Iris von Rotens „Frauen im Laufgitter“, die Rhetorik der Unpünktlichkeit und der feministische Essay, und Regina Wecker: Zu Caroline Arnis „Rhetorik der Verspätung“ in: Olympe. Feministische Zeitschrift zur Politik 28 (2009), S. 41–49 und S. 50–53.

Befürworterinnen des Frauenstimmrechts gaben sich in der Phase des Kalten Kriegs dazu her, gegen ihre Interessen zu votieren. Sie wollten nicht den geringsten Zweifel darüber entstehen lassen, dass sie sich mit aller Kraft den Schweizer Kommunisten als „Wühlmäusen“ der Sowjetunion entgegenstellten. So gaben einige Frauenvereine anlässlich von Volksinitiativen zum Frauenstimmrecht, die von der kommunistischen Partei der Arbeit lanciert wurden, sogar selbst die Nein-Parole aus. Nicht so der Frauenstimmrechtsverband, der dem Trend zu trotzen wagte. Er fand allerdings unter jungen Frauen nur noch wenig Unterstützerinnen. In der Hochkonjunktur orientierten sich diese verstärkt am *American Way of life*, der eher das Leitbild der für das Wohl der Familie engagierten, konsumfreudigen sowie modernen Hausfrau favorisierte. Die Priorität dieser Frauenrolle stellte kaum jemand in Frage. So verfolgten auch die Frauenverbände nun die Strategie, niemanden mit einem streitbaren Auftritt zu provozieren, sondern mit Aufklärungsarbeit und Anpassung an normative Erwartungen um die Gunst der Männer zu werben.

Doch nicht alle Frauenrechtlerinnen waren mit dieser Zurückhaltung einverstanden. Als nun der Bundesrat im Zeichen des allgemeinen Wehrwillens auch die Frauen in einen obligatorischen Zivildienst einbinden wollte, erhob sich unter einem Teil von ihnen ein Sturm der Entrüstung, da sie sich zu einem Geschäft, das sie betraf, nicht mal an der Urne äußern konnten. Kategorisch verweigerten sie die Übernahme neuer Pflichten ohne Rechte. Peter von Roten ließ in ihrem Namen bei einem sozialdemokratischen Bundesrichter ein rechtliches Gutachten über die Zulässigkeit der Eintragung der Frauen in die Stimmregister erstellen. Dem positiven Gutachten entsprechend organisierten einige wenige Gemeinden in der französischen West- und italienischen Südschweiz auf Initiative der Stimmrechtsverbände die Beteiligung an dieser Abstimmung. Für das größte Aufsehen sorgte die kleine Bergbauerngemeinde Unterbäch, die unter von Rotens Ägide entschied, den Frauen den Gang zur Urne zu erlauben. Das mediale Echo war enorm und reichte bis nach New York.²⁰

1959 – erneuter Sieg eines selbstgefälligen Patriarchats

Unter dem Druck der Reaktionen auf die Zivildienstvorlage sah sich der Bundesrat zur Beschleunigung in der Organisation der ersten Abstimmung über das Frauenstimmrecht genötigt. Im Parlament war 1958 die Zustim-

mung zur Durchführung einer solchen Abstimmung nur vordergründig, da sich einige Gegner der Stimme enthielten. Sie waren sich sicher, dass die Vorlage an der Urne abgelehnt würde, und wollten sie deshalb vor das Männervolk bringen. Die das Frauenstimmrecht effektiv befürwortenden Männer blieben im Parlament in der Minderheit. Auch der Bundesrat ergriff nicht offen Partei, sondern hielt sich zurück. So wurden in seiner Botschaft nicht nur die befürwortenden Argumente, sondern ebenso stark die Argumente der Gegner hervorgehoben: Die Frauen selber wollten demnach das Stimmrecht gar nicht, verstünden nichts von Politik, leisteten keinen Militärdienst und gehörten ins Haus.²¹ Unterstützung erhielten sie von den Komitees gegen das Frauenstimmrecht, die u. a. proklamierten, die Frau sei „durch die Emanzipation vielmehr zum Handlanger des männlichen Geistes geworden“.²²

Die Frauenverbände, inzwischen auch der Schweizerische katholische Frauenbund, setzten sich im Vorfeld



Iris von Roten: „Frauen im Laufgitter“

Foto: Joris

20 May B. Broda: „Wenn Männer für Frauen motzen. Ein politisches Lehrstück zur Einführung des Frauenstimmrechts“, in: Frauen und Staat (wie Anm. 5), S. 53–76.

21 Yvonne Voegeli: Frauenstimmrecht und politisches System der Schweiz, in: Frauen und Staat (wie Anm. 5), S. 33–37.

22 Vaterland v. 10.11.1958.

mit enormem Engagement für das Frauenstimmrecht ein, redeten, lobbyierten, klärten auf, wollten aber unter allen Umständen jegliche Provokation vermeiden. Als nun Iris von Roten im Spätsommer 1958 in der Buchhandlung der zweiten Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit SAFFA ihr fulminantes Werk „Frauen im Laufgitter“ auflegte, kam es zum Skandal. Denn sie plädierte darin nicht nur für die rechtliche und berufliche Gleichstellung, sondern ebenso für die freie Liebe. Da war sie, die Provokation, die man unter allen Umständen vermeiden wollte. Die meisten Frauenverbände distanzieren sich von Buch und Autorin gleichermaßen, ja bezichtigten später zum Teil Iris von Roten der Mitschuld am Abstimmungsdebakel zum Frauenstimmrecht. Denn die Mehrheit der Männer verweigerten am Sonntag, 1. Februar 1959, den Frauen dieses Recht mit einer satten Zweidrittelmehrheit: die meisten ohne Scham über die inzwischen weltweit abnorme Situation, vielmehr stolz auf den schweizerischen „Sonderweg“. Eigentlich ein Skandal, der allerdings im Gegensatz zu Iris von Rotens Werk nicht als solcher in die Geschichte einging. Vielmehr hielt sich die Empörung in Grenzen. Dagegen wurden die Lehrerinnen am Töchterschulhaus Basel, die am Montag nach der Abstimmung als Antwort auf das Resultat streikten, von den Behörden bestraft.

Trotzdem, ein erster Durchbruch war geschehen. In Neuenburg, Waadt und Genf überwogen die befürwortenden Stimmen. Alle drei Kantone führten nun das Frauenstimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene ein.

1968 – Auftakt zum Durchbruch

Die Regierung sah nach dem negativen Männer-Entscheid vorläufig keinen Grund zu handeln. Selbst die in vielen Städten Europas sich manifestierenden Proteste veranlassten ihn nicht, etwas hinsichtlich dieser Frage zu unternehmen. Dieser Aufbruch war zwar ein transnationales Phänomen, doch mit je national oder auch regional eigener Färbung, so in Deutschland unterlegt von der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und in den USA mit dem Vietnamkrieg. Das Spezifische der Schweiz war der kaum noch nachvollziehbare Ausschluss der Frauen als Staatsbürgerinnen. Dass sich allerdings die neu entstandene Frauenbewegung nicht mit der formal rechtlichen Gleichstellung begnügte, sondern neben gleichen Löhnen und Bildungschancen auch die sexuelle Befreiung der Frauen sowie die Aufteilung der Haus- und Betreuungsarbeit einforderte, schienen die Herren trotz der sich auch in der Schweiz manifestierenden Unruhen nicht wahrzunehmen. Vielmehr wollte der Bundesrat in



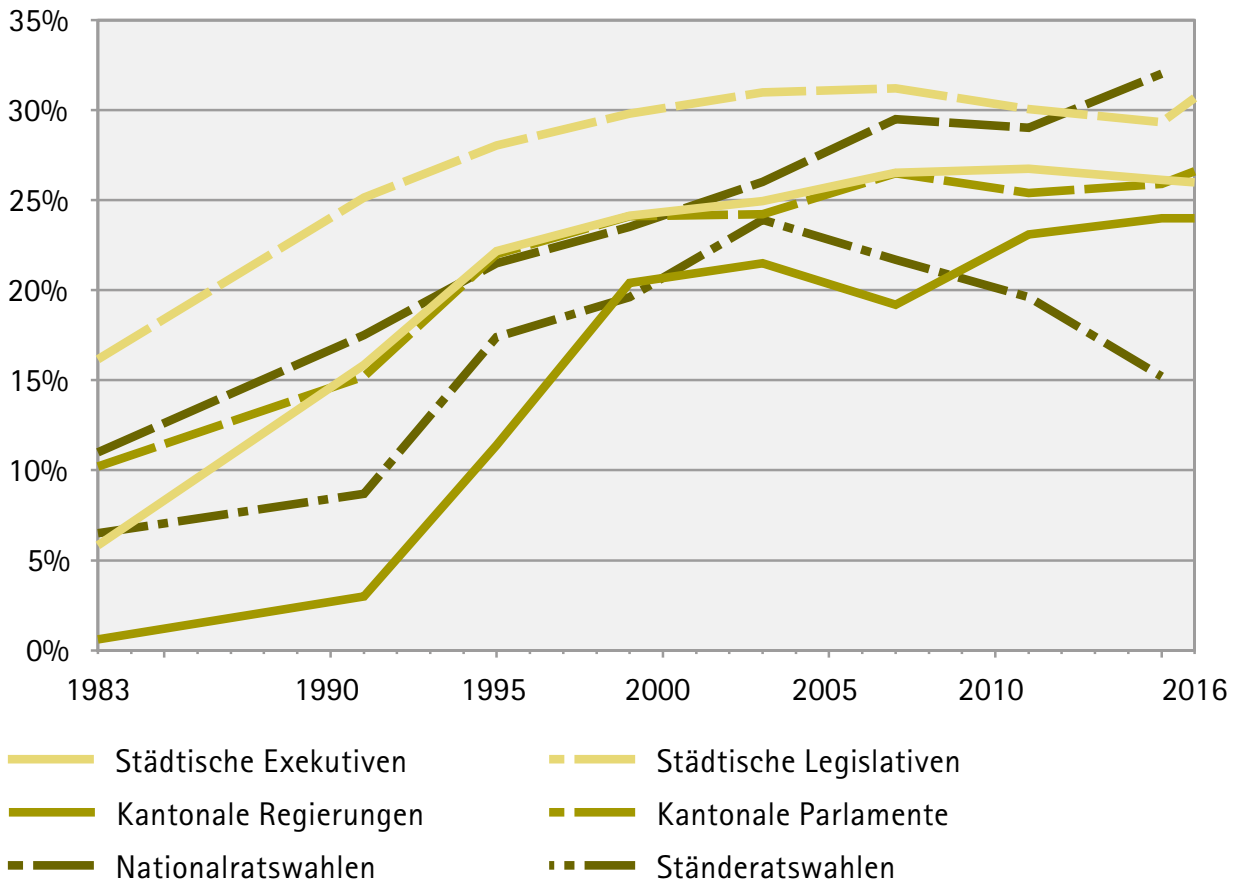
Das Bundeshaus, Sitz von Regierung und Parlament in der Schweizer Hauptstadt Bern

Foto: Stefan Huwiler/imageBROKER/Süddeutsche Zeitung Photo

eben diesem Jahr 1968 die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit dem Vorbehalt des fehlenden Frauenstimmrechts unterzeichnen.

Auf diesen Affront reagierten die Frauenrechtlerinnen mit einem Sturm der Entrüstung. Doch wie - darüber war sich wie schon beim Landesstreik 1918 auch der Schweizerische Frauenstimmrechtsverband nicht einig. Auf der Straße oder mit einer Protestversammlung? Eine knappe Mehrheit entschied sich für die Versammlung im Berner Kursaal, da man unter keinen Umständen den Eindruck erwecken wollte, mit der Neuen Linken gemeinsame Sache zu machen. Man war schließlich vorgewarnt. Bei der Feier zum 75-jährigen Jubiläum des Zürcher Frauenstimmrechtsvereins im Schauspielhaus im November 1968 hatten sich junge Frauen des Mikrofons bemächtigt und riefen die Anwesenden zur Diskussion statt zum Fei-

Entwicklung des Frauenanteils in den politischen Institutionen in der Schweiz



Quelle: BFS – Wahlstatistik

© BFS 2017

ern auf: „Der Kampf um das Frauenstimmrecht bringt die junge Generation nicht mehr auf die Barrikaden.“²³

Trotz dieser Erfahrung entschied sich die Minderheit der Frauenstimmrechtsvereine, auch die Zürcherinnen, für einen Marsch nach Bern. Unter der Leitung der Zürcherin Emilie Lieberherr lief ein Demonstrationszug von rund 5000 Personen, mehrheitlich ältere Frauenrechtlerinnen vom Bahnhof bis vor das Bundeshaus, dem Sitz von Regierung und Parlament.

Wie befürchtet, nahmen auch junge Frauen und Männer der Neuen Linken am Marsch teil, rote Fahnen

mischten sich unter die Transparente. Auch die älteren Frauenrechtlerinnen zeigten sich nicht mehr zahm. Um die Miete für die Lautsprecheranlage zu bezahlen, ließ Lieberherr Trillerpfeifen verkaufen. Ihre fulminante Rede gipfelte in der Resolution zu Händen von Bundesrat und Parlament: „Wir Schweizerinnen hier auf dem Bundesplatz fordern das volle Stimm- und Wahlrecht auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheit des Europarates darf erst dann unterzeichnet werden, wenn dieser Vorbehalt nicht mehr nötig ist.“²⁴ Kein Bundesrat fühlte sich bemüßigt, die Resolution entgegenzunehmen, was die Demonstrierenden mit schrillum Trillerpfeifenkonzert kommentierten. Nun versuchten auch junge Frauen und

²³ Joris/Witzig (wie Anm. 4), Quelle 274, S. 536 f.; vgl. May Broda u. a.: Die alte und die neue Frauenbewegung, in: Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren, hg. v. Mario König u. a., Zürich 1998, S. 201–226.

²⁴ Die Staatsbürgerin 4/5, S. 2.

selbst Männer ihrerseits die Bühne zu stürmen und die Rede zu ergreifen. Doch um dem Vorwurf der gemäßigten Frauenrechtlerinnen, mit dem Marsch der aufbegehrenden Jugend eine Plattform für ihre revolutionären Parolen zu geben zu entkräften, ließ Emilie Lieberherr einfach den Stecker der Lautsprecheranlage ziehen.²⁵

Die Teilnahme älterer Frauen zum einen, junger Protestierender zum anderen, ergab ein höchst ungewöhntes Bild, das Echo auf den Marsch war enorm. Um die 250 Berichte erschienen und drängten die Protestversammlung der Frauenverbände im Kursaal an den Rand des öffentlichen Interesses. Doch die intensive Lobbyarbeit dieser Frauenrechtlerinnen zeigte ebenso Wirkung wie der Protestmarsch. Im Eiltempo kam nun eine neue Abstimmungsvorlage ins Parlament. Bereits 1971, wie zwölf Jahre zuvor am ersten Februarsonntag, fand die Abstimmung statt, doch mit dem zahlenmäßig umgekehrten Ergebnis einer Zweidrittelmehrheit *für* das Stimmrecht. Dieses Kippen zeichnet der Film „Die göttliche Ordnung“ nach, wenn auch – dem Plot geschuldet – mit erheblichen Freiheiten bezüglich der zeitlichen Abfolge.

Das Ende der „göttlichen Ordnung“

Die Dynamik des Films „Die göttliche Ordnung“ wird ausgelöst durch das gesetzlich gestützte Verbot des Ehemannes gegenüber der Heldin, als Mutter zweier Söhne wieder eine Berufstätigkeit aufzunehmen. Nach der Einführung des Frauenstimmrechts stand das seit 1912 gültige Familienrecht allerdings zur Disposition. Gegen das vom Parlament Mitte der 1980er Jahre verabschiedete partnerschaftliche Eherecht, das der patriarchalen Vorherrschaft in der Familie ein Ende bereitere, wollte eine Gruppe Politiker rund um Christoph Blocher, den heute noch über die Schweizer Grenzen hinaus bekanntesten Schweizer Rechtskonservativen, mit einem Referendum vorgehen. Die Mehrheit der abstimmenden Männer in der deutschsprachigen Schweiz lehnten die Gesetzesrevision Mitte der 1980er Jahren immer noch ab, doch das inzwischen gültige Frauenstimmrecht machte diesen Patriarchen einen Strich durch ihre Rechnung. Die Frauen stimmten in allen Sprachregionen der Schweiz mit überwältigender Mehrheit mit Ja und glichen die negativen Stimmen bei weitem aus. So ist seit 1988 zumindest formal auch in der Familie die „göttliche Ordnung“ abgeschafft. Im Kanton Appenzell allerdings, in dem der Film spielt, dauerte auf

25 Lotti Ruckstuhl: Frauen sprengen Fesseln. Hindernislauf zum Frauenstimmrecht in der Schweiz, Bonstetten 1986, S. 138–142.



Filmcover „Die göttliche Ordnung“ von Petra Volpe
Foto: alamodefilm.de

Der Film erzählt die Geschichte der Protagonistin Nora, einer jungen Hausfrau und Mutter die 1971 mit ihrem Mann, ihren zwei Söhnen und dem Schwiegervater in einem Dorf im Schweizer Kanton Appenzell lebt. Eigentlich sollte diese Zeit ganz im Zeichen der 68er-Bewegung stehen, doch von den gesellschaftlichen und strukturellen Umwälzungen in anderen Teilen der Welt ist im Schweizerischen Appenzell nichts zu spüren. Sie beschließt sich den verhärteten Strukturen in ihrer Heimat entgegenzusetzen. Als die Appenzeller Männer nun in einem Votum über das Frauenwahlrecht abstimmen sollen, beginnt Nora sich für ihre Rechte zu engagieren. Mit ihren politischen Ambitionen motiviert sie auch andere Frauen aus ihrem Dorf Veränderung zu schaffen. Gemeinsam streben sie letztlich nicht mehr nur politische, sondern auch sexuelle Gleichberechtigung an. Als Nora öffentlich zu einem Streik aufruft, intensiviert sich der Konflikt, Dorf- und Familienfrieden geraten in Gefahr und die komplexen Beziehungsstrukturen zwischen Generationen und Geschlechtern werden zunehmend deutlich.



Aktionskomitee „Ein Ja für die Frau“, 5. Februar 1971
Foto: Keystone/Keystone Str

kantonalen und kommunalen Ebene die Männerherrschaft noch bis 1990 an. Frauen durften nur in eidgenössischen Angelegenheiten an die Urne. Während der Halbkanton Appenzell Ausserrhoden (AR) sich 1989 für das Frauenstimmrecht aussprach, musste das katholisch dominierte Innerrhoden (AI) dazu im Herbst 1990 auf Grund der Klage einer Appenzellerin per Bundesgericht gezwungen werden.²⁶ Der Ausschluss widersprach dem seit 1981 in der Bundesverfassung verankerten Gleichstellungsartikel, der dank einer von Frauen lancierten Volksinitiative überhaupt formuliert worden war. So konnten nun die Frauen die nicht für sie gedachten direktdemokratischen Rechte der Schweiz für ihre Interessen nutzen. Und sie scheuten sich auch nicht mehr, sich groß in Szene zu setzen.

Im Jubiläumsjahr 1991 folgten rund eine Million Frauen im Rahmen der angelegten 700 Jahre Ursprungsmythos Feier der Schweiz unter der Parole „700 Jahre Eidgenossenschaft, 20 Jahre Frauenstimmrecht, 10 Jahre Gleichstellung“ am 14. Juni mit verschiedensten Aktionen dem Aufruf zum landesweiten Frauenstreik. Neben dem 8. März gilt bis heute der 14. Juni als spezifisch schweizerischer Frauentag, mit dem formale Gleichstellung in der Familie, in der Ausbildung und im Beruf, insbesondere bezüglich Lohnleichheit, endlich auch konkrete Realität wurde. 🌈

26 Vreni Mock: Aus eigener Kraft? – Der lange Weg der Appenzellerinnen zur politischen Gleichberechtigung, in: FrauenLeben Appenzell. Beiträge zur Geschichte der Frauen im Appenzellerland, 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Renate Bräuniger, Herisau 1999, S. 340–375, hier S. 347 f.

„Ich gehe dorthin, wo der Fußball so viel mehr leistet als nur das Spiel auf dem Platz“

Jimmy Hartwig im Interview mit Tim Frohwein



Auf der Veranstaltung „Mikro-kosmos Amateurfußball“ stellte sich DFB-Integrationsbotschafter Jimmy Hartwig den Fragen von Interviewpartner Tim Frohwein

In seiner aktiven Zeit war William, genannt „Jimmy“ Hartwig einer der erfolgreichsten Fußballer seiner Generation: dreimal Deutscher Meister (1979, 1982, 1983) und einmal Europapokalsieger der Landesmeister (1983) mit dem Hamburger SV, Nationalspieler, Olympia-Teilnehmer. Hartwig lernte während seiner Karriere aber auch die Schattenseiten des Fußballs kennen: Als zweiter farbiger Spieler in der Geschichte der Bundesliga sah er sich immer wieder rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. Heute möchte er als DFB-Integrationsbotschafter dazu beitragen, dass Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe derartige Erfahrungen nicht mehr machen müssen. Auf der Veranstaltung „Mikrokosmos Amateurfußball“ gab er im Gespräch mit Tim Frohwein einen Einblick in seine Arbeit.

Herr Hartwig, wann und warum haben Sie das Ehrenamt des DFB-Integrationsbotschafters übernommen?

Zu meiner aktiven Zeit hätte ich selbst sehr gut von Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung profitiert. Als der DFB vor über fünf Jahren mit der Idee auf mich zukam, die Aufgabe des Integrationsbotschafters zu übernehmen, war für mich klar, dass ich das machen will. Ich möchte mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie muss man sich Ihre Arbeit eigentlich vorstellen?

Ich bin das ganze Jahr als Botschafter für die Werte des Fußballs unterwegs: Respekt, Fair Play und Vielfalt. Konkret heißt das: Ich besuche jedes Jahr dutzende Veranstaltungen und Projekte der Regional- und Landesver-



Jimmy Hartwig als aktiver Fußballer, hier im Spiel FC Schalke 04 gegen den Hamburger SV (Saison 1978/79)

Foto: United Archives/Werner OTTO/Süddeutsche Zeitung Photo

bände des DFB und trete dabei mit denjenigen in Kontakt, die sich engagieren – etwa, wenn ein Fußballverein Flüchtlinge zum Fußballspielen einlädt oder eine Schule mit Kindern aus vielen Ländern oder unterschiedlichen Sozialschichten den Fußball nutzt, um Gemeinschaft zu gestalten. Ich leiste meine Arbeit also an der Basis – ich gehe dorthin, wo der Fußball so viel mehr leistet als nur das Spiel auf dem Platz.

Was leistet der Fußball neben dem Platz?

Es gibt keinen besseren Integrationsmotor als die weltweit beliebteste Teamsportart. In einem Einwanderungsland wie Deutschland bringt er Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammen. Die Zahlen sprechen doch für sich: Fast ein Fünftel der rund sieben Millionen DFB-Mitglieder hat einen Migrationshintergrund – und wir hatten in den letzten zwei Jahren in Deutschland mehr als 40.000 Anträge von Ausländern für einen Spielerpass. Das zeigt auch, dass sehr viele geflüchtete Menschen sehr gerne Fußball spielen – und beim Spielen das Vertraute im Fremden finden.

Sie waren einst der zweite farbige Spieler in der Bundesliga. Inwiefern hilft Ihnen Ihre eigene Geschichte bei der Arbeit als Integrationsbotschafter?

Ohne meine Erfahrungen von damals würde ich heute nicht als DFB-Integrationsbotschafter vor Ihnen sitzen,

das wäre nicht glaubwürdig. Damals habe ich erleben müssen, wie bei Spielen mit meiner Beteiligung Bananen aufs Feld geflogen sind – ich musste einmal sogar ein Fußballspiel im Übertragungswagen verfolgen, weil mir vorher gewisse Gruppierungen schlimme Ansagen gemacht haben. Derartige Vorfälle lassen sich in der Bundesliga heute eigentlich nicht mehr beobachten – das hat übrigens auch mit der starken Arbeit zahlreicher Fanprojekte und sogar von Ultra-Gruppierungen zu tun. Leider müssen wir aktuell aber wieder feststellen, dass die Fremdenfeindlichkeit nicht aus allen Köpfen verschwunden ist. Ich empfinde das als sehr beunruhigend.

In den Bundesliga-Stadien sind Gewalt und Rassismus also vergleichsweise seltener zu beobachten. Als DFB-Integrationsbotschafter sind sie ja auch im Amateurfußball unterwegs – wie sieht es dort aus?

Der DFB erhebt seit einigen Jahren ein Lagebild des Amateurfußballs – und dieses Bild ist durchaus positiv: In der jüngsten Ausgabe wurde festgehalten, dass der Schiedsrichter in über 99 Prozent der Spiele weder einen Gewaltvorfall noch eine Diskriminierung notierte – und das bei mehr als 1,3 Millionen erfassten Spielen. Das zeigt uns doch: In der ganz großen Mehrheit sind im deutschen Fußball eben weltoffene Menschen und keine Rassisten unterwegs.

Trotzdem und gerade vor dem Hintergrund erstarkender rechter Bewegungen in der Gesellschaft ist Ihre Aufgabe so wichtig. Was würden Sie als Integrationsbotschafter gerne noch erreichen?

In meiner Rolle kann ich nur unermüdlich dazu aufrufen, die Integration selbst in die Hand zu nehmen. Ich hoffe, ich kann den Menschen vermitteln, wie wichtig und bereichernd es sein kann, auf Fremde zuzugehen. Gerade im Umgang mit Flüchtlingen eröffnen sich oft neue Perspektiven auf das Leben. Wozu denn Barrieren aufbauen? Die Energie, die man so vergeudet, sollte man besser in ein positives Engagement stecken. Immer nur jammern, schimpfen oder Schlimmeres: damit verbessert man rein gar nichts!

Wenn es am Ende keine Rolle mehr spielt, welche Herkunft, welche Religion oder welches Geschlecht der Trainer beim Verein um die Ecke oder das Präsidiumsmitglied beim Verband hat, dann wäre ich zufrieden. Dann könnten wir endlich die großen Potenziale in unserer Gesellschaft optimal nutzen.

Arbeit mit Zukunft – Die digitale Transformation gestalten

von Dieter Spath, Thomas Lange und Luise Ortloff

Neue Serie:
Digitalisierung in
der Diskussion

Die Globalisierung, die Digitalisierung und die Entwicklung hin zu einer Plattformökonomie verändern radikal klassische Wertschöpfungsketten. Vor allem die Visionen von Industrie 4.0,¹ Smart Service Welt² und Lernenden Systemen³ verdeutlichen diesen Wandel.

Zunehmend verschwimmen die Bereiche der Produktion und der Dienstleistung. Unternehmen müssen immer schneller auf immer radikalere technische Umbrüche reagieren – nicht zuletzt ausgelöst durch die Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Etablierte Geschäftsmodelle und bislang erfolgreiche Unternehmen werden von Startups und branchenfremden Unternehmen herausgefordert – allen voran den großen amerikanischen IT-Unternehmen.

Trotz anhaltend guter Konjunktur, Exportstärke der Industrie und geringer Arbeitslosigkeit in Deutschland dürfen wir uns nicht in Sicherheit wiegen. Denn die digitale Transformation ist kein Selbstläufer: Sie muss

aktiv gestaltet werden.⁴ Frühere Erfolge und historische Stärken sind kein Garant für die Zukunft. Zwar gehört Deutschland zu den innovationsstärksten Ländern der Welt; in der digitalen Transformation haben Länder wie die USA und Großbritannien teilweise aber einen erheblichen Vorsprung.⁵ Dabei betrifft die Notwendigkeit der Transformation Unternehmen, die Bereiche Bildung und Arbeit sowie die Gesellschaft als Ganzes. Wer im digitalen Wandel erfolgreich sein will, muss den Strukturwandel als Innovationsmotor begreifen. Viele Unternehmen gestalten Arbeitsprozesse daher völlig neu. Sie setzen unter anderem auf sogenannte agile Methoden wie Scrum⁶ oder Design Thinking⁷, um schneller und kundenorientierter

1 Vgl. Promotorengruppe Kommunikation der Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft/acatech: Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, Abschlussbericht des Arbeitskreises Industrie 4.0, Berlin 2013.

2 Vgl. Arbeitskreis Smart Service Welt/acatech: Smart Service Welt – Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Internetbasierte Dienste für die Wirtschaft, Abschlussbericht, Berlin 2015.

3 Vgl. Fachforum Autonome Systeme/acatech: Das Fachforum Autonome Systeme im Hightech-Forum der Bundesregierung – Chancen und Risiken für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, Kurzfassung des Abschlussberichts, München 2017.

4 Vgl. acatech: Die digitale Transformation gestalten – Was Personalvorstände zur Zukunft der Arbeit sagen. Ein Stimmungsbild aus dem Human-Resources-Kreis von acatech und Jacobs Foundation (acatech IMPULS), München 2016a.

5 Vgl. acatech/BDI: Innovationsindikator 2017, Berlin 2017.

6 Scrum ist eine Projektmanagement-Methode, bei der die Selbstorganisation der Teammitglieder im Mittelpunkt steht.

7 Kreativität gilt als ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Gestaltung der digitalen Transformation in Unternehmen. Mit Design Thinking soll das kreative Denkvermögen der Stakeholder durch eine Vielzahl von Vorgehensweisen und Tools methodisch angeregt und gefördert werden.

innovative Lösungen zu entwickeln. Viele Beschäftigte begrüßen diese neue Arbeitsweise: Sie erhalten völlig neue Kreativitäts- und Entscheidungsspielräume und sehen darin eine Möglichkeit, den Wandel ihres Unternehmens aktiv mitzugestalten.

Trotz einer Vielzahl an Herausforderungen aufgrund der steigenden Komplexität der unternehmensinternen Organisation und einem tiefgreifenden Strukturwandel stellt die digitale Transformation und damit einhergehende Veränderungen in Arbeits- und Organisationsprozessen für Beschäftigte und Unternehmen auch eine große Chance dar. Digitale Technologien ermöglichen zum Beispiel mobiles sowie zeit- und ortsunabhängiges Arbeiten, das für viele Beschäftigte interessant sein kann. Neue Freiheitsgrade bei der Leistungserbringung ermöglichen flexibleres, selbstbestimmteres und eigenverantwortlicheres Arbeiten: Beschäftigte können so ihre individuellen Arbeitsanforderungen und ihre persönliche Lebensgestaltung besser in Einklang bringen. Unternehmen bietet die Digitalisierung die Chance, ihre Produktivität, Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit wirksam zu steigern. Grundvoraussetzung dafür ist ein neues Verständnis von Arbeit, welches die Offenheit beinhaltet, alle Arten von Arbeit – vom Angestelltenverhältnis über die Selbstständigkeit und das Freelancertum bis hin zur Freiwilligen- und Familienarbeit – gleichermaßen zu akzeptieren.

Unternehmen können die Chance der Digitalisierung nur dann optimal nutzen, wenn sie ihre Arbeitsorganisation teils grundlegend anpassen. Neue gesetzliche Regelungen und Verfahren zur Mitbestimmung müssen diese Bemühungen flankieren. Im HR-Kreis – Forum für Personalvorstände zur Zukunft der Arbeit von acatech und der Jacobs Foundation beispielsweise haben Personalvorstände führender Technologie- und Dienstleistungsunternehmen gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Lösungsansätze für die Gestaltung der digitalen Transformation entwickelt.⁸ Drei zentrale Handlungsfelder werden dabei aus der Perspektive der Unternehmen als besonders erfolgskritisch gesehen: die Agilität der Organisation, lebenslanges Lernen und eine zukunftsorientierte betriebliche Mitbestimmung. Unternehmen stehen dabei vor einer enormen Herausforderung: Sie müssen einerseits bestehende Stärken auf Basis des heutigen Geschäfts

weiter effizient ausbauen und die Produktivität erhöhen. Gleichzeitig müssen sie aber auch konsequent Freiräume für die Erprobung neuer Strukturen schaffen, um das Geschäft von morgen zu entwickeln. „Ambidextrie“ – also die Fähigkeit von Unternehmen, bestehende Stärken weiter zu nutzen („Exploitation“) und gleichzeitig ganz neue Strukturen zu erkunden („Exploration“) – wird dabei als die Voraussetzung für einen erfolgreichen unternehmerischen Wandel angesehen. Das Prinzip lautet dabei „eine Organisation – zwei Betriebssysteme“.

Vor diesem Hintergrund skizziert der folgende Beitrag die vom HR-Kreis erarbeiteten Handlungsfelder und deren Gestaltungsmöglichkeiten für eine gelingende Transformation. Dabei werden zentrale Aussagen der acatech DISKUSSION „Arbeit in der digitalen Transformation“ in Auszügen dargestellt.

Beschäftigte zu aktiven Gestaltern der Transformation machen

Insgesamt ist es für den digitalen Wandel entscheidend, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr zuzutrauen und ihnen die Möglichkeit zu geben, die digitale Transformation selbstbestimmt und eigenverantwortlich mitzugestalten. Sie sind die besten „Expertinnen und Experten“ zur Gestaltung ihrer eigenen Arbeitswelt. Es geht darum, den Mitarbeitern zuzutrauen, dass sie diese Freiheiten nutzen können und wollen. Eine zukunftsgerichtete Haltung des Gesetzgebers und der Betriebspartner folgt dem Prinzip „Individuelle Freiräume schaffen und begleiten“. Denn: Es gibt keinen Masterplan zur Gestaltung der zukünftigen Arbeitswelt, der alle denkbaren Entwicklungen bereits antizipieren und entsprechende Regelungen treffen könnte. Der Weg der Transformation führt vor allem über eine Kultur der Veränderungsbereitschaft und über Experimente.

Arbeitsorganisation auf Agilität ausrichten

Die Digitalisierung erlaubt Unternehmen, noch schneller und präziser die Bedürfnisse von Kundinnen und Kunden zu adressieren und ihre Angebote im Wettbewerb zu differenzieren. Sinkende Markteintrittsbarrieren und neue datengetriebene Geschäftsmodelle ermöglichen neue Umsatzpotenziale und können in etablierten Industrien teils disruptive Wirkungen⁹ erzielen. Können bislang erfolgreiche Firmen mangels Innovationen die Anforderungen

8 Vgl. Joh. Christian Jacobs/Henning Kagermann/Dieter Spath: Arbeit in der digitalen Transformation – Agilität, lebenslanges Lernen und Betriebspartner im Wandel. Ein Beitrag des Human-Resources-Kreises von acatech und der Jacobs Foundation – Forum für Personalvorstände zur Zukunft der Arbeit (acatech DISKUSSION), München 2017.

9 Vgl. Clayton M. Christensen: The innovator's dilemma: When new technologies cause great firms to fail, Boston, Massachusetts 1997.



Viele Unternehmen befinden sich bereits auf dem Weg der digitalen Transformation.
Quelle: dpa-infografik

des Marktes nicht mehr erfüllen, besteht die Gefahr, vom Markt verdrängt zu werden. Umsetzungsgeschwindigkeit, Veränderungsbereitschaft und Anpassungsfähigkeit werden damit zu Erfolgsgegaranten im globalen Wettbewerb. Die Transformation von Unternehmen ist dabei nicht nur für den Erhalt und die Steigerung der globalen Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Chancen der Digitalisierung müssen auch in der Arbeitswelt ihre Entsprechung finden: Unternehmen orientieren sich daher zunehmend am Prinzip der organisationalen Agilität.

Das Konzept organisationaler Agilität wird in der Wissenschaft seit mehr als 20 Jahren intensiv diskutiert. Dabei handelt es sich um die dynamische Fähigkeit von Organisationen und deren handelnden Akteuren, auf der einen Seite Umweltveränderungen wahrzunehmen und auf der anderen Seite, schnell und effektiv auf diese Veränderungen reagieren zu können.¹⁰ In diesem Sinne umfasst organisationale Agilität drei Dimensionen, die von agilen Organisationen gleichzeitig abgedeckt werden: (1) Die Kunden-Agilität bezeichnet die Fähigkeit, Kundenre-

aktionen und -stimmen in Marktwissen transformieren zu können, (2) die Partner-Agilität fördert die Reaktion auf Marktveränderungen durch den Austausch mit und das Lernen von Geschäftspartnern und (3) die operationale Agilität ermöglicht Organisationen, Prozesse schnell umzugestalten um aufkommende Marktpotenziale ohne Verzögerungen ausschöpfen zu können.¹¹ Agiles Arbeiten findet dabei zunehmend zeit- und ortsunabhängig wie auch in Netzwerken sowie auf digitalen Plattformen statt.

Um bestmögliche Rahmenbedingungen für Innovationen zu schaffen, hat der Rückversicherungskonzern Munich Re beispielsweise ergänzend zum bestehenden traditionellen Arbeitsumfeld eine globale Innovationsinfrastruktur mit verschiedenen Elementen etabliert. So bietet das „Innovation Lab“, als Kreativ- und Denklabor im Unternehmen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwa räumliche, zeitliche, finanzielle und personelle Unterstützung an, um innovative Ideen – unter anderem zusammen mit Kunden – in Prototypen umzusetzen. Ein Kernziel des Innovation Lab ist es, ein Startup-ähnliches Umfeld zu schaffen, in dem die Beschäftigten zeitlich befristet, ausschließlich und konzentriert ihre Ideen weiterentwickeln können. Ferner bietet das Innovation Lab

10 Vgl. Carmen M. Felipe/José L. Roldán/Antonio L. Leal-Rodríguez: An explanatory and predictive model for organizational agility, in: Journal of Business Research 69/2016, Nr. 10, S. 4624–4631; Eric Overby/Anandhi S. Bharadwaj/Vallabh Sambamurthy: Enterprise agility and the enabling role of information technology, in: European Journal of Information Systems 15/2006, Nr. 2, S. 120–131.

11 Vgl. Vallabh Sambamurthy/Anandhi S. Bharadwaj/Varun Grover: Shaping Agility through Digital Options: Reconceptualizing the Role of Information Technology in Contemporary Firms, in: MIS Quarterly 27 (2003), Nr. 2, S. 237–263.

einen kreativitätsfördernden sowie inspirierenden „*Co-Working-Space*“ für Teams mit Kunden sowie anderen externen Partnern.

Agilität kann auf Organisationsebene betrachtet werden, schlägt sich aber auch in den angewendeten Arbeitsmethoden der Organisation nieder. Gerade in der Produktentwicklung werden agile Arbeitsmethoden wie etwa Scrum eingesetzt, um schnell zu innovativen Lösungen zu kommen.¹² In diesem Zuge hat beispielsweise das Softwareunternehmen SAP im Jahr 2010 damit begonnen, Scrum als agile Projektmethodik in der Softwareentwicklung einzuführen. Ziel war es, den Abstimmungsaufwand untereinander zu reduzieren sowie die Innovationsgeschwindigkeit zu erhöhen und damit einhergehend die Entwicklung von Softwareprodukten effizienter zu gestalten. Darüber hinaus kommt bei SAP die kreativitätsfördernde Methode des Design Thinking als ein Instrument agiler Produktentwicklung zum Einsatz. Dadurch werden Co-Innovationen mit Kunden und Partnern in relativ kurzen Zyklen gefördert. Agile Arbeitsmethoden wie beispielsweise Scrum und Design Thinking aber auch neue Organisationsprozesse haben viele Dimensionen, die unter Umständen mit der gewachsenen Firmenkultur und -struktur kollidieren können. Ein Kernelement agiler Entwicklung ist dabei eine starke Unterstützung durch das Top-Management. Nur so kann der Balance-Akt gelingen, Freiraum und Zeit für die Umstellung zu schaffen, während parallel das Tagesgeschäft erledigt wird.

Agile Arbeits- und Organisationsprozesse erfordern zudem einen neuen Modus in der Zusammenarbeit mit Freelancern. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie Akteure mit ganz unterschiedlichen selbstgewählten Erwerbsformen gemeinsam in innovativen Arbeitskontexten zusammenarbeiten können. Eine steigende Zahl teils hochqualifizierter, gut verdienender und innovativer Talente – gerade auch im Digitalbereich – strebt keine Festanstellung mehr bei einem einzigen Arbeitgeber an. Gleichzeitig wird es für Unternehmen zunehmend überlebenswichtig, noch flexibler und schneller auf veränderte Rahmenbedingungen, Technologie- und Marktanforderungen reagieren zu können. In diesem Kontext wollen und müssen Unternehmen in digitalen Ökosystemen verstärkt mit diesen selbstbewussten und selbstbestimmten Freelancern zusammenarbeiten. Unternehmen gewinnen dadurch neben neuen Kreativitätsimpulsen von außen

auch „Atmungsfreiheit“ in der hochdynamischen Transformationsphase.

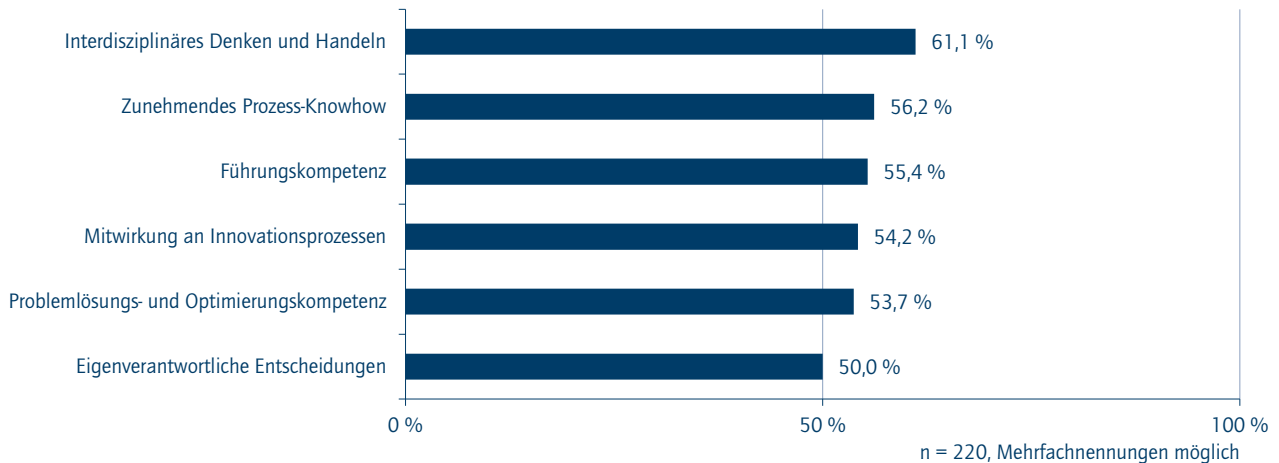
Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit sichern: Lebenslanges Lernen fördern

Für die gemeinsame Gestaltung der digitalen Transformation spielen die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine entscheidende Rolle. Aus- und Weiterbildung sind von eminenter Bedeutung, um digitale Technologien in Produkte, Prozesse und Services zu integrieren, innovative, datenbasierte Geschäftsmodelle für die Plattformökonomie zu entwickeln sowie Unternehmensstrukturen und -kulturen nachhaltig zu verändern. Im Zuge der Transformation müssen Unternehmen einen technologischen Wandel, einen Wandel ihrer Geschäftsmodelle und einen Wandel der Organisation nach innen vollziehen. Generell wird dieser Trend zu einem erheblichen „Skill Shift“¹³ führen: Die Digitalisierung in Unternehmen kreiert neue Tätigkeiten und Jobs – Tätigkeitsprofile verändern sich und neue, teils anspruchsvollere Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Wissen und Kompetenzen unterliegen einer immer kürzeren Halbwertszeit und müssen kontinuierlich und flexibel weiterentwickelt werden. Darüber hinaus werden die Aneignung neuer Kenntnisse und Kompetenzen der Beschäftigten, insbesondere im Kontext der Digitalisierung, auch angesichts des demografischen Wandels und des ansteigenden Fachkräftemangels zunehmend zur entscheidenden Voraussetzung für die Sicherung der individuellen Beschäftigungs- und Arbeitsfähigkeit. Neben den technischen Kompetenzen zählen Kreativität, Problemlösungskompetenz, Kollaborationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit wie auch Projekt- und Kundenmanagement zu den Schlüsselkompetenzen, die auch in Zukunft wichtig bleiben. Als entscheidende Fähigkeiten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werten Unternehmen künftig interdisziplinäres Denken und Handeln sowie ein starkes Prozess-Know-how – also ein bereichsübergreifendes Verständnis für Zusammenhänge in der Produktion und der Wertschöpfungskette.¹⁴ Um die steigende Komplexität des Geschäfts zu beherrschen, brauchen Führungskräfte darüber hinaus vermehrt hybride Kompetenzen, also die Fähigkeit interdisziplinären Denkens und Handelns. Damit Führungskräfte die digitale Transformation glaubwürdig

12 Vgl. Petri Kettunen/Maarit Laanti: Combining Agile Software Projects and Large-scale Organizational Agility, in: Software Process. Improvement and Practice 13 (2008), Nr. 2, S. 183–193.

13 Skill Shift: Der mit der digitalen Transformation einhergehende Wandel in Arbeits- und Organisationsprozessen verändert auch Anforderungs- und Jobprofile.

14 Vgl. acatech: Kompetenzen für die Industrie 4.0 – Qualifizierungsansätze und Lösungsbedarfe (acatech POSITION), München 2016b.



Entwicklungsbedarf bei den Fähigkeiten der Beschäftigten
Quelle: acatech

und kompetent „von vorne“ treiben und geeignete Bedingungen für den Wandel ihres Unternehmens schaffen können, setzen Großunternehmen verstärkt auf Design-Thinking-Seminare, Workshop-Wochen im Silicon Valley, digitale Bootcamps, Entrepreneurship-Trainings und Kulturdialoge.

Im Zuge der digitalen Transformation werden der Zugang zu und der Zugriff auf Wissen in vielfacher Hinsicht erleichtert. Dadurch ergeben sich erweiterte Anforderungen an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung, Zusammenarbeit und Offenheit für lösungsorientiertes Handeln. Zugleich eröffnet die Transformation vielfältige neue Möglichkeiten, im und durch das berufliche Handeln zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Der Begriff „lebenslanges Lernen“ erhält damit eine erweiterte Bedeutung: Lernen findet, vom Arbeitgeber unterstützt, stärker arbeitsintegriert, kumulativ und kontinuierlich, durch Feedback-mechanismen begleitet und dadurch zielorientierter statt.

Lebenslanges Lernen ist einer der wichtigsten Schlüssel, um neue Bedarfe frühzeitig zu adressieren und die Chancen der digitalen Transformation wirksam in eine gesteigerte Produktivität sowie Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit von Unternehmen umzumünzen. Die Befähigung zum kontinuierlichen Wissens- und Kompetenzerwerb und das entsprechende Selbstverständnis sichern aber vor allem die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nach dem Prinzip „geteilte Verantwortung“ können Arbeitgeber und Beschäftigte dabei jeweils ihren Beitrag zur Stärkung des lebenslangen Lernens leisten, um ein zentrales „Versprechen“ der digitalen Transformation einzulösen – sie im Sinne einer gesellschaftlichen Win-Win-Situation gestalten zu können: Unternehmen müs-

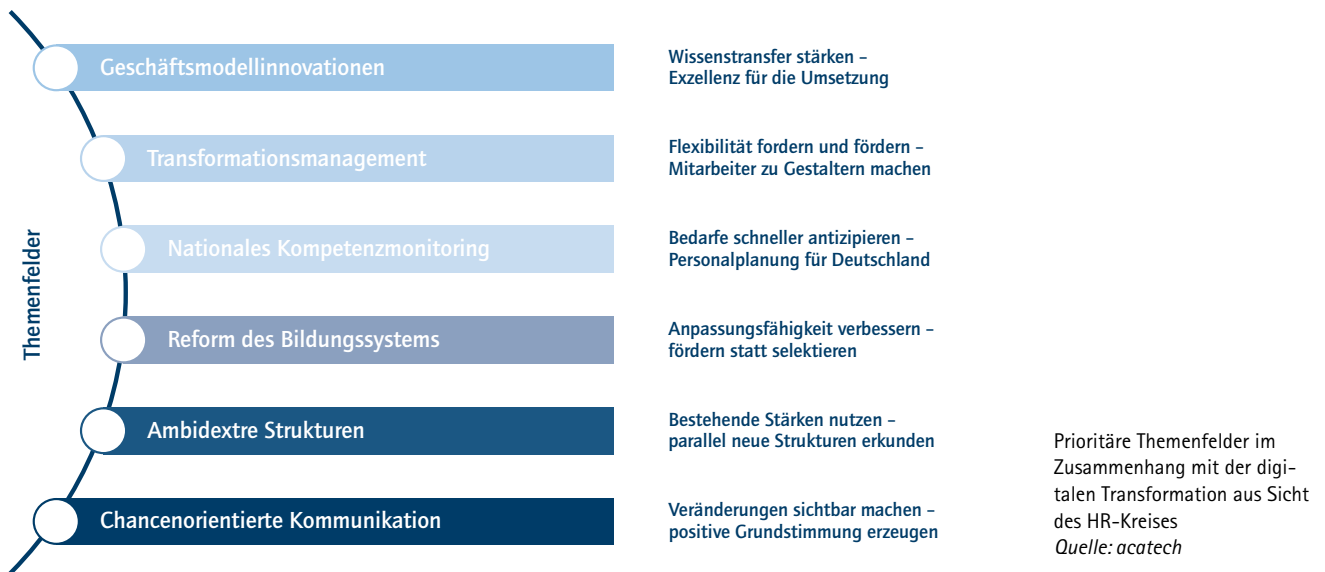
sen dabei lernförderliche Arbeitsbedingungen schaffen und individuelle Lernprozesse bedarfsgerecht begleiten. Beschäftigte lernen – nach ihren Möglichkeiten – verstärkt selbstbestimmt, eigenverantwortlich und investieren in ihre eigene berufliche Zukunft gegebenenfalls auch Freizeit für das Lernen.

Eine zukunftsorientierte Strategie für lebenslanges Lernen basiert auf drei Eckpfeilern:¹⁵

1) Unternehmen schaffen lernförderliche Arbeitsumgebungen

Um langfristige Beschäftigungsfähigkeit zu sichern, müssen Lernprozesse an den konkreten Anforderungen im Betrieb ansetzen. Für Wissensarbeiterinnen und Wissensarbeiter bieten Unternehmen unter anderem „Immersive Learning Journeys“ an, die den Austausch und das Sammeln von Erfahrungen auch außerhalb des Unternehmens ermöglichen. Sie fördern das Lernen in virtuellen Netzwerken und neue Zertifizierungsformen informellen Lernens (zum Beispiel *Nano-Degrees* – Kleinstabschlüsse, die durch ein Online-Studium erworben werden können.). In der Fertigung unterstützen digitale Assistenz- und Wissenssysteme die Beschäftigten. Sie lernen zunehmend „*On the Job*“ durch die arbeitsintegrierte, informelle Vermittlung von Kenntnissen und „*On Demand*“, also arbeitsplatznah und bedarfsgerecht.

¹⁵ Vgl. Dieter Spath: Lebenslang Lernen – Chancen der Digitalisierung nutzen, in: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): Werkheft 03: WeiterLernen, Berlin 2017, S. 82.



2) Beschäftigte lernen flexibel und selbstbestimmt

Es gibt keine „One-size-fits-all“-Lösungen für die Weiterbildung. Sie muss immer an individuellen Bedürfnissen und Kompetenzen der Beschäftigten ansetzen. Digitale Angebote mit hoher Personalisierbarkeit unterstützen flexibles und selbstbestimmtes Lernen. Indem Unternehmen die Selbstwirksamkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern, machen sie sie zu aktiven Gestaltern der digitalen Transformation.

3) Staat und Gesellschaft flankieren zukunftsorientierte Weiterbildung

Ein branchenübergreifendes Nationales Kompetenz-Monitoring könnte helfen, Durchbruchpunkte der Verbreitung neuer Technologien frühzeitig zu erkennen und neue Weiterbildungskonzepte schnell hochzufahren – quasi „Just in Time“.¹⁶ Vor allem müssen sich auch die Hochschulen noch stärker am Weiterbildungsmarkt beteiligen.

Innovation mit sozialer Stabilität verbinden: Den Wandel partnerschaftlich gestalten

Viele Beschäftigte begrüßen die Chancen des digitalen Wandels: sie wollen ihn aktiv mitgestalten und von seinem individuellen Flexibilitätsversprechen profitieren. Gleichzeitig brauchen sie ein gewisses Maß an Verlässlichkeit und Stabilität – auch und gerade in Zeiten des Strukturwandels.

Das Spannungsfeld zwischen Flexibilitäts- und Stabilitätsanforderungen stand schon immer im Mittelpunkt unternehmerischen Handelns; im Zuge der Digitalisierung hat das Bedürfnis nach mehr Flexibilität gegenüber jenem nach Stabilität jedoch noch einmal enorm an Bedeutung gewonnen. Eine moderne Mitbestimmungskultur muss diesem Umstand Rechnung tragen. Sie stärkt unter anderem die Mündigkeit und Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen und zeichnet sich durch digitale und agile Mitbestimmungsverfahren aus. Eine gute Balance neuer Anforderungen an die Veränderungsfähigkeit von Unternehmen und der Interessen der Beschäftigten könnte so zu einem deutschen Alleinstellungsmerkmal und internationalen Wettbewerbsvorteil in der digitalen Transformation werden. 🌟

¹⁶ acatech, BDI und Hans-Böckler-Stiftung haben gemeinsam ein Konzept für ein solches Nationales Kompetenz-Monitoring entwickelt. Das BMBF förderte diese Initiative. Der Ansatz wird u.a. auch von der Kommission Arbeit der Zukunft unter Leitung von DGB-Chef Reiner Hoffmann besonders positiv bewertet: „Die Kommission unterstützt das Vorhaben, ein Kompetenz-Monitoring einzuführen und dieses zu institutionalisieren. [...] Für die Sicherung von Teilhabechancen ist ein solches Instrument [...] unverzichtbar: So wie Betriebe Märkte beobachten, müssen auch die Erwerbstätigen – genau wie Bildungssystem und Sozialpartner – die Chance haben, sich auf neue Anforderungen rechtzeitig vorzubereiten“, zit. n. Kerstin Jürgens/Reiner Hoffmann/Christina Schildmann: Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Bielefeld 2017, S. 93.

Rechtsextremismus revisited. Die Sonderausstellung „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“

im NS-Dokumentationszentrum München,
29. November 2017 – 8. April 2018

von Ulla-Britta Vollhardt



Blick in die Ausstellung

Quelle: NS-Dokumentationszentrum München/Foto: Orla Connolly

Grundzüge der Ausstellung

Seit Ende November zeigt das NS-Dokumentationszentrum München die Sonderausstellung „Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945“. Sie dokumentiert rechtspopulistische, rechtsradikale und rechtsextremistische Akteure, Organisationen und Parteien von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Anhand exemplarischer Fotos und Dokumente, zumeist aus München und Bayern, werden Aktivitäten bis hin zu Gewalttaten des Spektrums am äußersten rechten Rand aufgezeigt. Ein eigener Teil der Ausstellung ist der rechtsextremen Ideologie gewidmet. Er klärt anhand von ausgewählten Exponaten über die demokratie- und menschenfeindlichen Elemente dieser Weltanschauung auf – wie etwa Rassismus, Sozialdarwinismus und Nationalchauvinismus. Die Exponate verdeutlichen, mit welchen Strategien und Methoden dieses Gedankengut verbreitet wird und inwieweit es für die Mitte der Gesellschaft anschlussfähig ist. Auch die – oft mangelhafte – demokratische Gegenwehr gegen die Umtriebe der extremen Rechten wird behandelt.

Rund 100 Gruppen haben bereits an Führungen durch die Ausstellung teilgenommen, von Schul- und Berufsschulklassen, Lehrerinnen und Lehrern und anderen Multiplikatoren über Vertreter der politischen Bildung, zivilgesellschaftlicher Initiativen und der Museums- und Gedenkstättenlandschaft bis hin zu Polizei und Staatsschutz. Die begleitenden Abendveranstaltungen etwa zum NSU-Prozess, zu den europäischen rechtspopulistischen und -extremistischen Bewegungen, zum Szeneausstieg oder zum Alltagsrassismus stießen durchwegs auf großes Interesse; rege Diskussionen schlossen sich an. Es ist evident: Mit den vermehrten rechtsextremistisch motivierten Übergriffen, dem wachsenden Antisemitismus, muslimfeindlicher und rassistischer Hassrede, die auch in den Bundestag Einzug gehalten hat, ist das Thema ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Die gegenwärtige Entwicklung in der (west-)deutschen Geschichte nach 1945 zu verorten und Rechtsextremismus auch als historisches bzw. historisch gewachsenes Phänomen sichtbar zu machen, war bei der Gestaltung der Ausstellung ein zentrales Anliegen. Sie bildet insofern eine logische Fortführung und Vertiefung der Dauerausstellung des NS-Dokumentationszentrums, die die sogenannte Nachgeschichte des Nationalsozialismus eigens und bewusst thematisiert.

Die extreme Rechte seit 1945

Die nach Jahrzehnten gegliederte Chronologie des Rechtsextremismus zeigt erschreckende und erhellende

Kontinuitäten auf: wiederkehrende Feindbilder und Propagandazeichen, das Auf und Ab von Parteien und Gruppierungen, die verschwinden und neu gegründet werden, über allem die Kontinuität des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit, die sich wie ein roter Faden durch die Jahrzehnte ziehen.



Von der Münchner Polizei beschlagnahmtes antisemitisches Pappschild, April 1948

Quelle: StadtAM, Pol.Dir. 649



Am 15. Juni 1965 wurden 32 Grabsteine des jüdischen Friedhofes in Bamberg mit Beleidigungen und NS-Hetzparolen geschändet.

Foto: dpa-Bildarchiv/Schnörren

So ist eines der ersten Dokumente der Ausstellung ein unscheinbares Pappschild, das in einer Aprilmacht 1948 an mehreren, vor allem von Juden besuchten Münchner Gaststätten angebracht wurde. Es trägt – drei Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager – die Aufschrift „6 Mil-

lionen Juden wurden zu wenig vergast!“ und ergeht sich in antisemitischen Vernichtungsphantasien. Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen, früh gipfelnd in der sogenannten antisemitischen Schmierwelle von 1959/60, die Leugnung des Holocaust und die Verbreitung antisemitischer Verschwörungstheorien bilden eine traurige Konstante in der Geschichte der Bundesrepublik.

Der parteimäßig organisierte Rechtsextremismus blieb nach dem Verbot der in der Tradition des Nationalsozialismus stehenden „Sozialistischen Reichspartei“ 1952 durch den Bundesverfassungsgerichtshof – es war das bislang einzige Verbot einer rechtsextremen Partei – ein gutes Jahrzehnt lang ein nahezu bedeutungsloses Randphänomen. Im politischen Vorfeld jedoch entstanden seit den 1950er Jahren verschiedenste Zusammenschlüsse und Vereinigungen der extremen Rechten, die teils über Jahrzehnte wirksam blieben. Beispielhaft sei hier nur die bereits 1952 gegründete „Wiking-Jugend“ genannt, die bis zu ihrem Verbot 1994 nach dem Vorbild der „Hitler-Jugend“ rechtsextremistische Jugenderziehung betrieb. Aus ihr gingen führende Persönlichkeiten der extremen Rechten wie der NPD-Politiker Udo Pastörs hervor. Auch der Oktoberfest-Attentäter Gundolf Köhler hatte ihr angehört. Der letzte Vorsitzende der „Wiking-Jugend“, Wolfram Nahrath, ist heute als Anwalt der rechten Szene tätig; im Münchner NSU-Prozess verteidigt er Ralf Wohlleben.

Die erstrebte „nationale Sammlung“ der extremen Rechten gelang erst Mitte der 1960er Jahre, als die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) die zersplitterte Parteienlandschaft rechts der Unionsparteien zu integrieren vermochte. In der Zeit der Großen Koalition (1966-1969), als eine starke Opposition fehlte, und unter dem Eindruck von Liberalisierung und Studentenprotesten gewann die NPD rasch Zulauf und erzielte mit einem rigiden Antikommunismus, militanten Nationalismus und reaktionärer Propaganda ungeahnte Wahlerfolge, die ihr Sitze in sieben Länderparlamenten bescherten. Der Einzug in den Bundestag 1969 misslang nur knapp. Die Regierungsübernahme durch SPD und FDP im selben Jahr, die bei den Unionsparteien eine Öffnung nach rechts bewirkte, ließen die von inneren Auseinandersetzungen zerrissenen Nationaldemokraten dann bald bedeutungslos werden. Erst 2004 gelang ihnen bei den sächsischen Landtagswahlen wieder der Sprung in ein Länderparlament.

Nach dem Niedergang der NPD nahm die politische Auseinandersetzung neue Formen an. Die militante Rechte ging von der parlamentarischen Opposition zum aktionistischen und zunehmend gewaltsamen „nationalen Widerstand“ über, der sich insbesondere gegen die neue Ostpo-

litik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) richtete. In München sammelte der rechtsextreme Verleger Gerhard Frey alle einschlägigen Gruppierungen parteiübergreifend 1971 in seiner „Deutschen Volksunion“ (DVU) und rief zum Kampf gegen Brandt auf. In Abgrenzung zu den Alt-Rechten und ehemaligen Nationalsozialisten im Umkreis der NPD entstand nun eine „Neue Rechte“ mit „nationalrevolutionären“ Ideen, aus der sich nicht zuletzt heute die rechtsextreme „Identitäre Bewegung“ speist. Zugleich bildeten sich am äußersten rechten Rand gewaltbereite terroristische und paramilitärische Gruppierungen wie Karl-Heinz Hoffmanns „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder Manfred Roeders „Deutsche Aktionsgruppen“ sowie offen neonazistische Bewegungen wie Michael Kühnens „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ oder Friedhelm Busches „Volkssozialistische Bewegung“. 1979 kam es zu 1.483 rechtsextremistisch motivierten Ausschreitungen, davon 93 Gewalttaten – das war der höchste Stand seit 1945.

Die angestaute Aggression der militanten Rechten entlud sich Anfang der 1980er Jahre in einer bis dahin



Ankündigung einer NPD-Wahlkundgebung mit Otto Heß, dem Neffen von Rudolf Heß, in München, 21. Mai 1965
Quelle: StadtAM, PL 25335

nach einschlägigen Studien circa 20 Prozent der deutschen Bevölkerung zu einem latenten Antisemitismus. Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zeigen, dass abwertende Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet sind, sie richten sich neben Juden beispielsweise gegen Homosexuelle, Muslime, Sinti und Roma sowie Langzeitarbeitslose. Eine besondere Ausprägung von Fremden- und Islamfeindlichkeit ist in den letzten Jahren zweifellos die Feindschaft gegenüber Flüchtlingen. Vor allem Rechtspopulisten schüren „Überfremdungsängste“ und Sozialneid und schaffen ein Klima des Gegeneinander und des Hasses, aus dem oft genug nicht nur verbale Gewalt entspringt. Die Übergänge zwischen rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Agitation sind hier nicht selten fließend.

Die Ausstellung beleuchtet anhand von aktuellen Beispielen aus München und Bayern zehn zentrale Facetten der rechtsextremen Ideologie, die zum Teil eng aufeinander bezogen und nicht scharf gegeneinander abgrenzbar sind: ein übersteigerter völkischer Nationalismus, die

Ablehnung gesellschaftlicher Vielfalt und der Parteidemokratie, die Verharmlosung oder gar Verherrlichung des Nationalsozialismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die Feindschaft gegen Juden, Sinti und Roma, Muslime, Homosexuelle sowie die sozialdarwinistische Überzeugung vom Recht des Stärkeren.

Rechtsextreme Ideologie wird in Kundgebungen und Demonstrationen, mit Plakaten, Flugblättern, Aufklebern oder durch Graffiti verbreitet. Eine besondere Rolle spielen heute das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke für die Weitergabe menschenfeindlichen Gedankenguts. Die ausgestellten Fotos und Dokumente tragen diesen Verbreitungswegen Rechnung und verdeutlichen sie zugleich. So tragen sie dazu bei, über rechtsextreme Propagandastrategien und -inhalte aufzuklären. Das Gezeigte ist hässlich, zum Teil unerträglich brutal. Die Ausstellung konfrontiert bewusst mit diesen Zeugnissen des Hasses, mahnen sie doch dazu, die Gefahr von Rechts außen ernstzunehmen und sich ihr zu stellen.



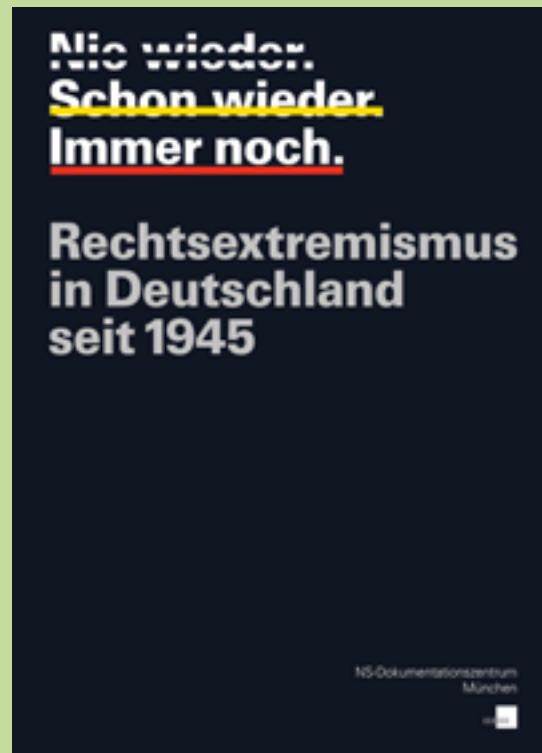
Zehn Facetten rechtsextremer Ideologie. Blick in die Ausstellung
Quelle: NS-Dokumentationszentrum München/Foto: Orla Connolly

Ausstellung und Katalog

Die Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums München entstand in Kooperation mit der Fachstelle für Demokratie der LH München und der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.). Sie ist noch bis einschließlich 8. April 2018 im ersten Obergeschoss des NS-Dokumentationszentrums München, Max-Mannheimer-Platz 1 (vormals Brienner Straße 45), 80333 München zu sehen. Das NS-Dokumentationszentrum ist von Dienstag bis Sonntag jeweils von 10 bis 19 Uhr geöffnet (erweiterte Öffnungszeiten für Schulklassen und Gruppen nach Vereinbarung). Bis 18 Jahre Eintritt frei, Erwachsene 5 Euro (ermäßigt 2,50 Euro). Aktuelle Informationen sind auf www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de zu finden.

Zur Ausstellung erschien ein Katalog, der die gesamte Ausstellung dokumentiert und zusätzlich dreizehn Fachbeiträge enthält, die sich dem Themenfeld Rechtsextremismus aus unterschiedlichen Perspektiven nähern. Neben aktuellen wissenschaftlichen Analysen der „extremen Rechten“ (mit Beiträgen u. a. von Wolfgang Benz, Alexander Häusler, Beate Küpper und Andreas Zick) werden die politischen und gesellschaftlichen Gegenstrategien sowie die Perspektive der Opfer vorgestellt (Beiträge u. a. von Miriam Heigl, Marcus Buschmüller, Jutta Neupert und Siegfried Benker).

Ergänzt wird das Spektrum durch zwei journalistische Fallstudien zu den beiden wohl am tiefsten im kollektiven Gedächtnis der Deutschen eingegrabenen Verbrechen des rechten Terrors seit 1945, dem Oktoberfest-Attentat (Ulrich Chaussy) und den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds (Thies Marsen).



Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945, Katalog zur Ausstellung, hg. von Winfried Nerdinger in Zusammenarbeit mit Mirjana Grdanjski und Ulla-Britta Vollhardt, 280 Seiten, Metropol Verlag, Berlin 2017 Museumsausgabe: ISBN 978-3-946041-18-4, 28 Euro.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. v. d. Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz
Praterinsel 2
80538 München

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Uta Löhner
Redaktionsassistentin: Laura Christen

Titelfoto: Ausschnitt aus dem Gemälde „Kriegskrüppel“ von Otto Dix (1920)
(c) VG Bild-Kunst, Bonn 2018
Foto: sz photo

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Praterinsel 2, 80538 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmbw.bayern.de
www.blz.bayern.de